

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Die
Vierte Gewalt:
Gleichschaltung der
Berichterstattung in
Mittel- und Westdeutschland**

Sonderheft Nr. 32



**Die
Vierte Gewalt:
Gleichschaltung der Berichterstattung in
Mittel- und Westdeutschland**

Sonderheft Nr. 32

Die Macht der Vierten Gewalt

Inhaltsverzeichnis	Seite
Die Vierte Gewalt: Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Gleichschaltung der Berichterstattung in Mittel- und Westdeutschland	2-92
Schlußbemerkungen	93-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96

Die Vierte Gewalt: Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Gleichschaltung der Berichterstattung in Mittel- und Westdeutschland

Am tyrannischsten ist jene Herrschaft, welche aus Meinungen Verbrechen macht, denn jedermann hat das unverbrüchliche Recht auf Gedankenfreiheit.

Baruch de Spinoza (1632-1677, niederländischer Philosoph)

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Presse" in der DDR (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

... Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

... Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.

Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Nachrichtenpolitik" in der DDR (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.

"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter".

Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.

Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Ostblock-Agenturen übernommen.

Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über den "Rundfunk" in der DDR (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über das "Fernsehen" in der SBZ (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).

Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben.

Auf die Möglichkeit des Empfangs in der Bundesrepublik wird mit technischen Mitteln und Sondersendungen hingezielt; andererseits empfängt ein beträchtlicher Teil (etwa 70 %) der Fernsehteilnehmer in der SBZ westdeutsche Sendungen. Durch den Bau von Gemeinschaftsantennen, die ausschließlich auf den Kanal des Ostfernsehens ausgerichtet sind, versucht man seit Herbst 1959, den Empfang westdeutscher Sendungen zu verhindern.

1965 soll das sowjetzonale Fernsehen auf 95 % des Gebietes der SBZ empfangen werden können; zur Zeit werden nur knapp über 60 % erreicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Bewußtseinsbildung" in der SBZ (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.

Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.

Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.

In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.

Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was

zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.

Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfassten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen bestimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.

Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingegenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Ideologie" in der SBZ (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.

Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Propaganda" in der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.

Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.

Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.

Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergrößerung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.

Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den

Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht. Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflussbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...

Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Zensur" in der DDR (x009/499): >>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Preszensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".

Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über.

Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt. Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.

Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.

Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete im Jahre 1962 über die "Sprache" in der DDR (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteijargons verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...

Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plan-Disziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der pseudo-philosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.

Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin (der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die

Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzlichkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen. ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Juli 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>Der Medienkampf gegen Religion, Kirche und christliche Wertordnung

Der chinesische Philosoph Hsün-tsu (häufig als Sun Tsu wiedergegeben) stellte etwa 500 v. Chr. folgende "Regeln für die politischpsychologische Subversion" auf, die nach dem Urteil von General Gehlen, dem langjährigen Chef des BND noch heute nahezu unverändert und uneingeschränkt gültig sind, wenn man sie der Formulierungen entkleidet, die den Besonderheiten ihrer Zeit entsprechen. Es heißt bei Sun Tsu:

"Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf auf dem Schlachtfeld zu brechen. Nur auf dem Schlachtfeld ist die direkte Methode des Krieges notwendig; nur die indirekte kann aber einen wirklichen Sieg herbeiführen und festigen. Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist! Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande vor ihren Mitbürgern preis! Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen!

Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen! Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes! Fördert die Jungen gegen die Alten! Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstungen, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte! Entwertet alle Überlieferungen und Götter!

Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplizen zu kaufen! Bringt überall geheime Kundschafter unter! Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Versprechungen, denn es bringt hohe Zinsen ein."

Wenn man sich an das Wort von Sigmund Freud erinnert: "Der Verlust der Scham ist der Beginn des Wahnsinns", wird deutlich, warum destruktive Kräfte in unserer Gesellschaft den Pansexualismus fördern.

Es ist nicht zu übersehen, daß hierzulande die Freiheit weitgehend pervertiert ist. Artikel 5 (1) unseres Grundgesetzes bestimmt:

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ..."

In Absatz (2) heißt es: "Die Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze ..."

Jedermann, der die Zeit der braunen oder roten Diktatur erlebt hat, wird dieses Grundrecht vorbehaltlos begrüßen, ist es doch für eine freiheitliche demokratische Staatsordnung "schlechthin konstituierend", wie das Bundesverfassungsgericht sagt (BVerfGE 20, 97).

"Meinungsmache gegen die Kirche hat Konjunktur in Deutschland. Kaum eine Talkshow oder Gazette, die sich den Unentwegten unter den Kirchenkritikern nicht schon als Forum angeeignet hätten.

Kirchensteuer, Zölibat und Drewermann auf allen Kanälen, Enthüllungsbücher auf den Best-

sellerlisten. Vergleichbares an öffentlichen Schmähungen kirchlicher Amtsträger, aber auch Verhöhnung und Veralberung christlicher Glaubensinhalte, Gebote und Riten findet nur, wer bis in die dreißiger Jahre zurückgeht.

Im "Stürmer-Stil" wettete zum Beispiel der sozialdemokratische Pressedienst "ppp" am 23.6.92, die "verbalen Exzesse" der "Oberpriester" und "klerikalen Fundamentalisten" Meisner, Lehmann und Dyba gegen den Bundestagsbeschluß zum Paragraphen 218 seien ein "Affront", der "Grundfragen der demokratischen Verfassung berührt". Die "bedauerliche Tatsache, daß die Kirche aus Steuermitteln finanziert wird, macht sie noch nicht zu einer demokratischen Institution. Die mittelalterlichen Kostüme und Requisiten, in denen die Oberhirten stolzieren, sind ... weder ein Ausweis für ein Mandat noch für staatsmännische Weisheit, höchstens für patriarchalischen Starrsinn und Hochmut. Im demokratischen Rechtsstaat müsse 'der Kircheneinfluß auf die Gesetzgebung so gering wie möglich bleiben'."

Mit diesen Worten leitet Andreas Pittmann im "Rheinischen Merkur" vom 2.7.93 eine Untersuchung über Religion in der Gesellschaft ein. Hat er zu schwarz gesehen, stark übertrieben oder ist an seinen Feststellungen zumindest "etwas dran"? Nun, wer Presse, Rundfunk und Fernsehen in den letzten Jahrzehnten aufmerksam verfolgt hat, muß den Beobachtungen Pittmanns zustimmen.

Vom Guten Geschmack und der Freiheit der Kunst

Die seit Jahr und Tag in verschiedenen Medien zunehmende und sich ständig steigende Stimmungsmache, ja Hetze gegen die Kirchen, bezeichnete der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber im Juni 1988 als "Alarmsignal".

Offenkundig handelt es sich nicht um ein rein innerkirchliches Problem, sondern um eine Frage, die von einschneidender Bedeutung für unsere ganze Gesellschaft ist. Wenn insbesondere die katholische Kirche im Fadenkreuz der Angriffe steht, dürfte dies vor allem daran liegen, daß sie noch immer wesentlich fester gefügt ist als die evangelische. Zudem sind in Papsttum, Hierarchie und in ihrem im allgemeinen noch geschlossenen Lehrgebäude die Angriffsziele deutlicher auszumachen.

Aber nicht nur die Kirche als Institution und ihre offiziellen Vertreter werden immer wieder attackiert, sondern inzwischen häufen sich auch massive Angriffe auf Christus, die jegliches Mindestmaß an Anstand und Respekt vor den religiösen Überzeugungen der Gläubigen vermissen lassen. Angehörige nichtchristlicher Religionen begegnen christlichen Glaubenswahrheiten bisweilen mit einer Ehrfurcht, die vielen Medienleuten fremd ist.

So protestierte etwa der Islamische Weltkongreß in seinem Zentralorgan "The Muslim World" gegen Herstellung und Verbreitung des seinerzeit in Dänemark geplanten Films "Das Liebesleben des Jesus Christus": "Dieser Film ist eine einzige Herabwürdigung des erhabenen Charakters des Jesus von Nazareth" (Die Welt, 17.9.73).

Und während in mehreren nichtchristlichen Ländern z.B. in Indien und Israel "Die letzte Versuchung Christi" verboten wurde, war sie bei uns im Zeichen der Freiheit der Kunst in den Kinos zu sehen. Als sich in Biberach Gläubige vor dem Kinoeingang zum Sühnegebet einfanden - es gab keinerlei Gewalt und niemand wurde am Betreten des Kinos gehindert - schimpfte eine Fernsehjournalistin bei ihren Kollegen über die Beter:

"So fängt's an – und bei den Hexenverbrennungen endet es. Ich bin entsetzt."

Vor Jahr und Tag strahlte die ARD ein Spottgedicht auf das "besoffene Christkind" aus. In der Sendung "Pink" durfte Udo Lindenberg das Kind von Bethlehem ungestraft als "Sensationsfratz" verhöhnen. Und wer die "Karikaturen" der Berliner "taz" zum Weihnachtsfest 1988 gesehen hat, kann über den geradezu satanischen Haß gegen den Erlöser des Menschengeschlechts nur zutiefst erschrecken.

Ist es eigentlich noch keinem dieser "Künstler" in den Sinn gekommen, daß seine "Witze" und "Gags" den Sudel- und Hetzblättern der Nazis wie "Das Schwarze Korps" und "Der Stürmer"

zum Verwecheln ähnlich sehen? Damals ging es gegen die "Dunkelmänner", heute handelt es sich vielfach um einen Aufstand gegen Gott und seine Kirche mit erhobener Faust.

Wenn auf dem Berliner "Gag-Festival" 1965 der Papst als Esel im Stall von Bethlehem zu sehen war, Kleriker als Fledermäuse oder Vampire mit Krallen, Prälaten, die gierig ein Kruzifix fressen und geil nach nackten Nonnen schauen, während der Gekreuzigte augenzwinkernd zuschaut, so erinnert dies an die braunen Schmutzblätter. Aber ein gekreuzigtes Schwein auf Golgatha – so etwas gab es nicht einmal im Dritten Reich.

Am 18.4.1987 befaßte sich die "taz" unter der Überschrift "Gourmands und Gourmets - Gut abgehangen am Kreuz ist er allgegenwärtig. Zum Osterfest einige Tips, was etwas kultivierte Küchen daraus machen würden", mit der Geschichte des Kannibalismus. Dem Beitrag wurden die Einsetzungsworte Jesu beim Letzten Abendmahl vorangestellt.

Von verschiedener - auch nichtchristlicher Seite - wurde gegen die Verantwortlichen Strafantrag gestellt - vergebens. Die Staatsanwältin erklärte, die Freiheit der Kunst sei nicht grenzenlos, sondern werde durch die Grundrechte der Religionsfreiheit und der Menschenwürde eingeschränkt. Hier handele es sich nicht mehr um eine Satire, sondern das religiöse Empfinden der Gläubigen werde in den Schmutz gezogen. Dagegen meinte das Gericht, der inkriminierte Artikel sei nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Der Tatbestand einer Religionsbeschimpfung sei nicht verwirklicht. Ist dies eigentlich erst dann der Fall, wenn gegen diese Art von "Satirikern" Morddrohungen à la Khomeini ausgestoßen werden?

Auf dem Hintergrund der Berliner Gerichtsentscheidung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 24.5.88 von Interesse. In ihm heißt es, weder die Beschlagnahme obszöner Gemälde noch die Verurteilung des Künstlers bzw. Ausstellers wegen unzüchtiger Veröffentlichungen verstoße gegen die Freiheit der künstlerischen Äußerung (Art. 10 der Menschenrechtskonvention).

Dieses Urteil macht Mut, nicht jede Verunglimpfung des christlichen Glaubens oder der Kirchen - an Juden und Moslems traut man sich vorsichtshalber nicht ran – widerspruchslos hinzunehmen, sondern sich gegen die geistigen Umweltverschmutzer in Presse, Rundfunk, Fernsehen und auf der Bühne entschlossen zur Wehr zu setzen. Eine wehrhafte Demokratie darf nicht dulden, daß unter dem Deckmantel der Freiheit von Kunst und Presse Millionen Andersdenkende tyrannisiert werden. Sonst verkommt sie zum Nachtwächterstaat und schaufelt sich letztlich das eigene Grab.

In jüngster Zeit gab es einen Hoffnungsschimmer: Das Kölner Amtsgericht verurteilte den Regisseur der alternativen Karnevalsveranstaltung "Stunksitzung" zu einer Geldstrafe von 6.000 DM, weil er in einer Sitzung ein Kruzifix zeigte, auf dem der Schriftzug INRI durch "Tünnes" ersetzt worden war. (Dewezet, 30.6.93)

Hexen und Morden

In vorderster Front gegen die verhaßte Kirche steht der "Spiegel". In seiner Nr. 51/1987 heißt es im Kommentar "Die Abtreibung ein Stellvertreter-Krieg":

"Wenn die christliche Kirche, korrupt wie alles Menschenwerk, die Menschen zu deren Unglück manipuliert; wenn die römische Kirche Politik zum Schaden der Menschheit treibt, ... wie sollte ein von ähnlichen Ignoranten gewählter Papst, dem die Disziplinierung seines weltweiten Imperiums immer noch das Wichtigste war, über die moralischen und psychischen Probleme einer Kindesabtreibung autoritäre Aussagen machen? ... Die christliche Kirche, man vergißt es immer wieder, hat durch all die Jahrhunderte wenig Respekt vor dem bereits geborenen Leben gezeigt. Sie hat selbst in einer Weise gemordet und morden lassen, die den Verbrechen des 20. Jahrhunderts immerhin nahekommt."

Vielleicht waren es Passagen dieser Art, welche die Moderatorin Lea Rosh, inzwischen Leiterin des Funkhauses Hannover, in den von ihr kräftig manipulierten Talkshows vom 20.1. und 10.2.89 "Freitagnacht - Kirche adieu - Die Lust der Christen und der Frust der Kirchen" zu

ihren gewohnt gehässigen Ausfällen gegen die katholische Kirche animierten, die mit der geschichtlichen Wahrheit wenig zu tun hatten.

Die Äußerungen der Berliner Pastorin Helga Frisch, sie "habe mit Vergnügen gelesen, daß im 11. Jahrhundert, als das Zölibat eingeführt wurde, die Priester sogar mit der Ermordung des Erzbischofs gedroht und den Nuntius umgelegt haben. Ich wundere mich, daß die Priester heute nicht mal so ein paar ähnliche Maßnahmen ergreifen", quittierte sie mit Lachen.

"Ganz nebenbei" ließ sie einfließen, die katholische Kirche solle das Wort Menschenrecht nicht in den Mund nehmen. Neben ihrer Mitschuld am Massenmord an den Juden habe die Kirche allein eine Million Frauen als Hexen verbrannt.

Da solche dummdreisten Behauptungen immer wieder aufgetischt werden, mag es hilfreich sein, hierauf einmal etwas näher einzugehen.

Zum Komplex der Judenverfolgung möchte ich noch etwas ausdrücklich sagen, zumal der Vatikan erst kürzlich ein Dokument über die Shoah veröffentlicht hat. 1968 war ich zum ersten Mal in Yad Vashem, dem weltweit größten Dokumentationszentrum über die Judenverfolgung. Der Abteilungsleiter für Bayern sagte mir:

"Aus meiner langjährigen Arbeit kann ich sagen: Es gab nur 2 wirkliche Gegner des Nationalsozialismus: die Kommunisten und die katholische Kirche". Wenngleich dies sicher etwas überspitzt ist, trifft es doch weitgehend zu. Die katholische Kirche hat nach dem sorgfältig recherchierten und gut belegten Buch des jüdischen Historikers und Theologen Pinchas E. Lapide, der im vergangenen Jahr gestorben ist, "Rom und die Juden" unter Pius XII. wenigstens 700.000, wahrscheinlich aber sogar 860.000 Juden vor dem sicheren Tod gerettet, weit mehr als alle anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen, das Internationale Rote Kreuz und die westlichen Demokratien zusammengenommen. (S. 188)

An dieser Rettungsaktion haben deutsche Katholiken ihren Anteil. Thomas Mann und Max Horkheimer, beide nicht gerade Freunde der katholischen Kirche, ließen nach 1945 untersuchen, wer den Juden in Deutschland am meisten geholfen hat. In einem Spiegel-Interview des Fernsehens zeigten sie sich überrascht, "daß gläubige Katholiken die größte Bereitschaft zeigten, den Verfolgten zu helfen." Für Juden gab es katholische Hilfsstellen in Berlin, Hamburg, Freiburg. Die größte Hilfsstelle befand sich in Wien, das ja damals zum Großdeutschen Reich gehörte und über 4.000 Juden betreute. Über das im vergangenen Jahr noch einmal aufgelegte Buch von Lapide urteilt "The Jewish Chronicle", London:

"Hier handelt es sich nicht um eine Reinwaschung, sondern um eine wesentliche Berichtigung zum "Stellvertreter" von Rolf Hochhuth ... Lapidés Beweisführung scheint mir schlüssig ... Hätten denn Papst Pius XII. und seine Kirche überhaupt mehr tun können?"

Was ist mit der Million Hexen, die der Mordlust der katholischen Kirche zum Opfer gefallen sein sollen? Der "Spiegel" gab in seiner Ausgabe vom 22.10.84 ihre Zahl mit 6 Millionen an. Hans Küng, der sich nach Entzug der Lehrerlaubnis verstärkt gegen die Kirche ins Zeug legt, brachte es in einem Artikel der "ZEIT" (4.10.85) gar auf stolze 9 Millionen. Man fühlt sich unwillkürlich an ein Wort des mutigen Kämpfers gegen den Hexenwahn, P. Friedrich v. Spee, erinnert, der in seiner "Cautio Criminalis" schreibt:

"Da ist es denn kein Wunder, wenn das immer mehr um sich greifende Gerede uns in wenigen Jahren Hexen in so reichlicher Zahl verschafft."

Am Sonntag, dem 19.4.98, brachte das ZDF um 19.30 Uhr in der Reihe Sphinx die Sendung über "Hexenjagd im Namen Gottes", die erstaunlich um objektive Darstellung bemüht war, nicht zuletzt über Spee.

Der Reichsführer SS Himmler ließ von 1935-44 durch die Forschungsstelle H (= Hexen) sämtliches Material über Hexen und deren Prozesse sammeln und auswerten. 154 Archive und Bibliotheken wurden systematisch durchgekämmt, vermutlich, um es bei der nach dem "Endsieg" geplanten "Endlösung der Kirchen" als Belastungsmaterial vorzulegen. Für Deutschland

liegt die ermittelte Zahl deutlich unter 100.000. Für ganz Europa kamen die Forscher auf eine Zahl, die eher bei 500.000 als bei einer Million liegt.

Sie ist gewiß erschreckend genug. Aber warum die Bilanz des Grauens so maßlos übertreiben? Übrigens befanden sich unter den beklagenswerten Opfern keineswegs nur Frauen, sondern neben Knaben wurden auch zahlreiche Männer, darunter nicht wenige Priester, als "Hexer" verbrannt.

Vom 15. Jahrhundert an wurden die Hexenprozesse vorwiegend vor weltlichen Gerichten geführt, weil die geistlichen Obrigkeiten immer weniger gegen angebliche Hexen und Zauberer vorgingen. Schließlich machte nicht die Aufklärung, sondern vor allem die "Cautio Criminalis" des Jesuiten Friedrich v. Spee diesem grausigen Spuk allmählich ein Ende. Der Philosoph Leibniz nannte dieses Werk "das männlichste Buch, das je der Feder eines Kämpfers für Wahrheit und Recht, gegen Lüge und Unrecht entfließen ist".

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß neben der breiten Masse des Volkes Naturwissenschaftler und Juristen dem Hexenwahn nicht weniger verfallen waren als Theologen beider Konfessionen. So vertrat der große Astronom, Mathematiker und Naturforscher Johannes Kepler die Ansicht, die Hexerei lasse sich nicht leugnen. Der Schöpfer der deutschen Strafrechtswissenschaft, Benedict Carpzov, ebenso Protestant wie Kepler, soll über 10 Todesurteile gegen vermeintliche Hexen als weltlicher Richter unterschrieben haben.

Nun sollte sich gerade unsere Zeit nicht hochmütig über die gewiß bedauerlichen Untaten vergangener Jahrhunderte erhitzen. Die Massenmorde der Bolschewiken und Nazis sind noch in schrecklicher Erinnerung. Zudem werden alljährlich allein in Deutschland zwischen 250.000 und 300.000 ungeborene Kinder unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen im Mutterleib gemordet.

- Ende Mai 1995 berichtete eine Tageszeitung über "Ermunterung zu Sex und Abtreibung für starke Mädchen". Es handelt sich um ein illustriertes Heft der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Mit ihm ist der bisherige Höhepunkt staatlicher "Aufklärung" erreicht. 1979 war eine Schrift des Bundesministeriums für Jugend usw. erschienen unter dem Titel: "Mußehen muß es nicht geben."

Die Quintessenz dieser Broschüre lautet: Probiert ruhig alles aus, aber paßt auf! 1986 folgte die Schrift "Gemeinsam leben ohne Trauschein", um die damals auf 2 Millionen geschätzten "Lebenspartner" - heute sollen es nahezu 5 Millionen sein - vor den schlimmsten Enttäuschungen zu bewahren, wenn der "Egoismus zu weit" ein jähes Ende findet.

Die frühere Ministerin Süßmuth, die im Volksmund Rita Kondomi heißt, bediente sich bei ihrer "Aufklärung" über Aids staatlich subventionierter Erfüllungsgehilfen, deren Slogans ausgesprochen pervers sind: "Laß deiner Phantasie freien Lauf: Setze alles in die Tat um, worauf du scharf bist! Entdecke die Geilheit!"

1994 veröffentlichte die Landeszentrale für Gesundheitserziehung in Rheinland-Pfalz das Sexheft "Let's talk about Sex". In ihm werden Kinder und Jugendliche zum lustvollen Ausleben ihrer Sexualität ermuntert: "Macht das, was Euch Spaß macht, dann, wann Ihr wollt, Euer Gefühl zählt."

Mit dem Heft "Starke Mädchen" wird Moral und Menschenwürde endgültig der Abschied gegeben: "Sich selbst zu befriedigen (zu onanieren oder zu masturbieren, wie es auch heißt), ist auch für Mädchen schön. Wie und wie oft Du es machst, mußt Du selbst entscheiden, Regeln gibt es dafür nicht." Alles, was Spaß macht, ist für die Autoren "normal":

"Normal sind alle Beziehungen zwischen Frau und Mann, Frau und Frau, Mann und Mann, in denen die Partnerinnen freiwillig und gleichberechtigt über Sex entscheiden. Die sexuellen Techniken sind dann unerheblich. Denn Sex ist Deine Privatsache."

Natürlich kann dabei auch etwas schiefgehen. Dann wird ein Schwangerschaftstest empfohlen, denn "nur wenn Du Bescheid weißt, hast Du eine echte Wahl, ob Du das Baby bekommen

oder die Schwangerschaft unterbrechen willst."

Hier wird die Verantwortungslosigkeit auf die Spitze getrieben: Eine Abtreibung so, wie man überlegt, ob man in die Disco oder auf eine Party gehen soll? Die Entscheidung für das Kind ist mit zahlreichen Problemen behaftet, hingegen die Tötung des Kindes kein Grund für Bedenken oder Vorwürfe.

Stern, Spiegel, Basta & Co.

Betrachtet man die ständige Hetze gegen die Kirchen einmal vorurteilsfrei, drängt sich die Frage auf, wie so etwas in einer Zeit, die sich so gern auf Toleranz beruft, möglich ist. Gewiß vermögen wir keine schlüssigen Beweise vorzulegen, dennoch gibt es aufschlußreiche Hinweise.

Viele Medienleute sind nicht nur nicht christlich, sondern suchen auch christliche Stellungen zu verhindern. Unerwünschte Leserbriefe werden nicht abgedruckt, zu Sendungen, die sich mit Kirchenfragen befassen, werden häufig nur solche Vertreter christlicher Kirchen eingeladen, die nur mehr dem Namen nach Mitglied einer Kirche sind und deren Animosität gegen die "Amtskirche" hinlänglich bekannt ist. Anders ist es wohl kaum zu erklären, daß ausgerechnet die ehemalige Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann immer wieder im Fernsehen - in den letzten Jahren über 100 x - Gelegenheit zu Ausfällen gegen Kirche und Christentum erhält.

Wer sich der Peinlichkeit unterzieht, Frau Ranke-Heinemann in ihren zahlreichen Fernsehauftritten zu "bewundern", kann nur mit Bestürzung registrieren, daß so jemand Professorin der Theologie werden konnte. Wahrlich kein Ruhmesblatt für Kirche und Wissenschaft!

Wie gewohnt, bewegt sich Frau Ranke-Heinemann auch in einer Talkshow mit Lea Rosh auf derart niedrigem Niveau, daß selbst aus dem recht einseitig ausgesuchten Publikum gefragt wurde, ob sie denn vor nichts Ehrfurcht habe. Nach Sigmund Freud ist der Verlust der Scham der Beginn des Schwachsinn. Wenn dies zutrifft, dürfte Frau Ranke-Heinemann bald ein Fall für den Psychiater werden.

Auch in unserem Nachbarland Österreich hat man längst zum Sturm auf die Kirche geblasen. Noch bevor der Nachfolger von Kardinal König am 14.9.86 im Wiener Stephansdom geweiht wurde, suchte ihn das österreichische Polit-Sex-Magazin "Basta" mit einem "Knüller" der Lächerlichkeit preiszugeben, vor dem man selbst im Dritten Reich zurückschreckte. Eine sog. Journalistin suchte den designierten Erzbischof im Beichtstuhl auf, um ihm allerlei über Politik und Sex zu entlocken. Sie sei Volksschullehrerin und suche einen seelsorgerischen Rat. Bei diesem "Beichtgespräch" ließ sie heimlich ein Tonband mitlaufen. Unter dem Titel "Pater Groer bittet zur Beichte" (im Inhaltsverzeichnis heißt es: " 'Basta' beichtet beim Erzbischof") veröffentlichte sie, was P. Groer angeblich oder tatsächlich gesagt hatte. Dieser Afterjournalismus rief in Österreich lebhaft Empörung hervor.

Fast noch erschreckender war der darauf folgende Club 2. Der Chefredakteur des famosen Blattes betonte in der Fernsehsendung mehrmals, er habe sich bei den Katholiken entschuldigt, die sich getroffen gefühlt haben könnten. So etwas habe er nicht beabsichtigt.

Beim Erzbischof gebe es nichts zu entschuldigen. So etwas sei, bitte schön, nicht neu. Im deutschen Sprachraum sei dies bereits der 21. Fall! "Spiegel", "Stern" und "Pardon" hätten schon vor Jahren solche "Beichten" gebracht und seien von den Gerichten stets freigesprochen worden.

Der bekannte Journalist Kurt Ziesel untersuchte in seinem 1988 erschienenen Buch "Die Meinungsmacher", "Spiegel", "ZEIT", "Stern" & Co" die völlige Einseitigkeit dieser Publikationsorgane, die durch Verbreiten von Halbwahrheiten, Lügen, Manipulationen und historischen Verfälschungen zur Desinformation der Öffentlichkeit beitragen. Dort heißt es:

"Der besondere Haß des "Stern" gilt der katholischen Kirche. Wenn man an die vielen Pamphlete gegen sie, gegen ihre christlichen Bräuche und erst unlängst gegen den Papst liest, wird

man an die antikatholischen Hetzartikel in der SS-Wochenzeitschrift Schwarzes Korps erinnert." (S. 158)

Als Papst Johannes Paul II. zum zweiten Mal Deutschland besuchte, empfing ihn der "Stern" mit einer Serie über angebliche "Geheime Sünden des Vatikans". Nach Art der Porno-Blätter war auf dem Titelblatt ein Kardinal mit über dem Schoß weit geöffneter Soutane zu sehen, in die in knalligem Rot Bilder des Papstes, einer nackten Frau und einer Hand mit gebündelten Geldscheinen montiert waren. Mit dem Motto "Kaputte Finanzen, böse Intrigen, lockere Moral" wurden der Vatikan und seine Priester charakterisiert.

In seinem Artikel "Weg mit dem Zölibat" vom 18.2.93 wußte der "Stern" zu vermelden:

"Heute steht Papst Johannes Paul II. für die 2.000 Jahre Leib- und Lustfeindlichkeit der katholischen Kirche. Und zugleich für ihre Bigotterie, denn den meisten Diözesen sind die heimlichen Verhältnisse ihrer Priester nicht nur bekannt, sie dulden sie auch."

Natürlich bleibt der "Stern" die Beweise für diese ungeheuere Beschuldigung schuldig. Aber das dürfte ihn wenig kümmern. Schon die alten Römer wußten: Audacter calumniare, semper aliquid haeret! (Verleumde nur tüchtig, etwas bleibt immer hängen!)

Wenn z.B. der Schreiberling der Badischen Zeitung in seinem Artikel "Zölibat - Liebe verboten!" (1993) behauptet, seit 1965 hätten allein in Deutschland 48.000 Priester ihr Amt wegen des Zölibats aufgegeben und jährlich würden deswegen etwa zwanzig bis 25 Prozent ihren Dienst quittieren, scheint er nicht gemerkt zu haben, daß dann schon längst kein Priester mehr existieren würde, ganz davon abgesehen, daß die Kirche in dieser Zeit nicht annähernd über so viele Priester insgesamt verfügt hat.

Am 25. Oktober 1993 war Kardinal Ratzinger zu einer Priestertagung in Paderborn. In der anschließenden Diskussion wurde er gefragt, wieviele Priester denn tatsächlich ihr Amt in Deutschland aufgegeben hätten. Da der Kardinal nicht über das Zahlenmaterial verfügte, antwortete Erzbischof Degenhardt auf diese Frage.

Er tat es um so lieber, als in den Medien seit Jahren der Eindruck erweckt wird, als verließen jährlich Tausende von Priestern ihren Dienst. Nach Erzbischof Degenhardt gibt es derzeit insgesamt 17.000 Priester in Deutschland. Seit 1935 (!) wurden in Paderborn 110 Priester laisiert, etwa zehn Prozent von allen in den 27 deutschen Diözesen laisierten Priestern. (Paderborn gehört zu den umfangreichsten Diözesen mit entsprechend vielen Priestern.)

Man könne daher davon ausgehen, daß seit 1935 insgesamt etwa 1200 Priester laisiert wurden. Gewiß ist jeder einzelne Fall bedauerlich, denn jeder Priester sprach bei seiner Weihe sein "Adsum", ich bin bereit. Immerhin haben die phantastischen Zahlen der Badischen Zeitung gottlob nichts mit der Realität zu tun.

Dem Kenner der Zeitgeschichte fällt in diesem Zusammenhang die Greuelpropaganda des Herrn Goebbels - weiland Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda unter Hitler - ein. Er behauptete am 28. Mai 1937 in seiner Rede in der Deutschlandhalle, bei den damals - nach der Enzyklika Pius XI. "Mit brennender Sorge" - inszenierten Sittlichkeitsprozessen gegen Priester und Ordensleute, in diesem Verfahren handele es sich nicht um bedauerliche Einzelscheinungen, sondern um einen allgemeinen Sittenverfall, wie er in diesem erschreckenden und umfangreichen Ausmaß kaum jemals in der Kulturgeschichte der Menschheit festzustellen sei. Es könne heute leider keinem Zweifel unterliegen, daß selbst die tausend und aber-tausend Fälle, die zur Kenntnis der Justiz gekommen seien, nur einen Bruchteil des wahren Umfangs dieser Sittenverderbnis darstellten und nur ein Symptom für den Gesamtverfall bedeuteten. Die deutschen Bischöfe stellten hierauf am 1.6.1937 fest:

"Von 21.641 Weltpriestern Deutschlands sind 49 in diese Prozesse verwickelt. Davon sind 21 verurteilt. Von 4.174 Ordenspriestern sind neun angeklagt, einer davon abgeurteilt."

Will der Schreiberling der Badischen Zeitung dem "Altmeister der Lüge" nacheifern? Nach wie vor gilt der Satz: Lügen haben kurze Beine.

Der "Spiegel-Herausgeber" Augstein, dem die deutschen Bischöfe durch ihren Sprecher ein "neurotisches Verhältnis" zur katholischen Kirche bescheinigten, bringt mit einer gewissen Regelmäßigkeit vor christlichen Feiertagen Beiträge voller Un- und Halbwahrheiten. Dabei läßt er sich an primitiven Geschmacklosigkeiten so leicht nicht übertrumpfen. Zu Weihnachten 1990 hatte er sich wieder einmal unter der Titelgeschichte "Der Papst und die Lust" auf Johannes Paul II. eingeschossen. Das Titelbild "schmückt" ein Bild des Papstes mit einem Kondom, der in einer Teufelsfratze endet. Wie beim Leib- und Magenblatt der "Aufgeklärten" und Pseudointellektuellen üblich, wenn es um die katholische Kirche geht, verzapft er in diesem Artikel hanebüchenen Unsinn:

"In Johannes Paul II. kristallisieren sich 2.000 Jahre christlicher Leib- und Lustfreundlichkeit, die den Leib und die Liebe haßten ... Für Papst Johannes Paul II. ist die Welt mindestens vor 60 Jahren stehengeblieben." So konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß nach Ansicht des "Spiegel" die Enzyklika Humanae vitae "eine der fatalsten Fehlentscheidungen (ist), zu der sich ein Papst in diesem Jahrhundert hinreißen ließ".

Daß Augstein in demselben Heft die Fristenlösung als das "einzige Privileg" preist, das den neuen Bundesländern noch verblieben sei, verwundert dann nicht mehr.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, sagte bei der Eröffnung der Frühjahrskonferenz der deutschen Bischöfe 1993 zu Recht:

"Wir sind nicht wehleidig, aber das Maß ist nun bald voll." Denn wenn wir auch keinen "klassischen Kulturkampf" bismarckscher Prägung haben, muß man doch von einem massiven Kampf der verschiedenen Medien gegen Religion und Kirche sprechen.

Nun glaubt jemand in einer Kirchenzeitung (Ruhrwort, 22.5.93) unter dem Titel: "Nur nicht Märtyrer spielen - Schluß mit einer neuen Wehleidigkeit!", vor "Panikmache und unseriösem Vergleich" warnen zu sollen. Er zitiert dann ein Wort des hartgesottenen Medienfuchses Gerd Bacher vom ORF, der von "medialer Christenverfolgung", sowie von Bischof Kasper, der von "drohendem Kulturkampf" sprach, in dem die Kirche "sturmreif" geschossen werden solle. Dann kritisiert er "das laute Wehklagen" und ein 'Wehret den Anfängen', bevor die Kirche einem 'Kirchenkampf im Stürmer-Stil' ("pur-magazin") zum Opfer fällt. Später heißt es bei ihm: "Nicht zu vermeiden sind sicher Beiträge, die aus Haß, Unkenntnis oder Besserwisseri verbreitet werden." (Warum eigentlich nicht? Vgl. etwa die Artikel 1 und 18 des Grundgesetzes)

Der Verfasser, den die "Freunde" der Kirche sicher als "nützlichen Idioten" schätzen werden, plädiert für "etwas Humor".

Zweifellos, läßt sich vieles mit Humor leichter tragen. Nicht aber Verspottung und Diffamierung dessen, was Menschen heilig ist. Oder sind Juden und Moslems eigentlich auch so humorvoll? Schließlich empfiehlt er doch sogar den Gang zum Kadi, "wenn aus Rücksichtslosigkeit und mit fehlender Achtung vor religiösen Gefühlen die Kirche angegriffen wird bis zur Gotteslästerung".

Das Strafgesetzbuch bietet im § 166 die Möglichkeit, gegen solche Entgleisungen vorzugehen. Er lautet: "(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

Aber weiß denn der blauäugige Autor nicht, daß unsere Gerichte nahezu ausnahmslos selbst die größten Beleidigungen der Kirche und ihrer Amtsträger, sowie die Verächtlichmachung der Religion lediglich als Ausdruck der Meinungsfreiheit oder "Satire" einstufen? In Friedrich Wilhelm Webers "Dreizehn Linden" sagt der noch heidnische Held des Epos:

"Wo ich mich in Demut beuge, darf ein Tor nicht ruchlos schelten: Was euch heilig, will ich achten; was mir heilig, laßt es gelten."

Politische Agitation

Als der "Rote Campus", die Zeitung der Hochschulgruppe der Jusos Frankfurt im Wintersemester 1992-1993 einen großformatigen Aufruf unter dem Titel "Katholikenproblem lösen!" veröffentlichte, befanden die Richter, hier handele es sich ganz offenkundig um eine Satire. In diesem "satirischen" Aufruf heißt es:

"Schon das Symbol, das die Katholiken anbeten, das Bild eines Gefolterten am Kreuz, ist ein beredtes Zeugnis der latenten Gewaltbereitschaft dieser Gruppe. Muß es erst so weit kommen, daß sich keine hessische Frau mehr aus Angst vor Katholiken auf die Straße traut?"

Zu den Vorgängen um die Frankfurter Hochschulgruppe und ihr Pamphlet veröffentlichte die FAZ eine aufschlußreiche Glosse (27.1.93):

"Es hat in der SPD immer Strömungen gegeben, die sich gegen die Kirchen und die ihr angehörenden Menschen richteten. In den sechziger und siebziger Jahren hat die SPD-Spitze zwar viel Mühe darauf verwandt, das Verhältnis zur Kirche zu verbessern. In dem Maße aber, wie die Kirchgänger als weltanschaulich gebundener Wählerblock an Bedeutung verloren haben, haben auch die entsprechenden Bemühungen der Sozialdemokraten nachgelassen.

Nein, da kann es keinen Zweifel geben: Wenn der SPD-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Eichel, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister von Schoeler (SPD) oder der "Kirchendezerrent" im Magistrat Grüber (SPD) befürchten müßten, die Geschmacklosigkeiten ihres Parteinachwuchses könnten sie Stimmen kosten, dann hätten sie sich längst distanziert.

Hätte ein angetrunkener Hohlkopf ähnliche Scherze über Juden, Muslime oder Gewerkschafter verbreitet - die Gralshüter von Menschlichkeit und Toleranz hätten laut aufgeschrien. So geht es aber nur um ein paar Katholiken, die ohnehin im Verdacht stehen, eher die "falsche" Partei zu wählen. Im übrigen denken sich die sozialdemokratischen Spitzen wohl, wer mit der Kerze in der Hand für Mitmenschlichkeit auf der Straße gestanden hat, darf sich alles erlauben."

Daß es die Feinde der Kirche aber nicht bei bloßen Hetzreden bewenden lassen, sondern auch "mutig" zur Tat schreiten, zeigte sich in bis dahin einmaliger Weise am 26. September 1991. Randalierer, die sich zu einer Protestkundgebung gegen die Haltung der Kirche zu Aids und Drogen zusammengefunden hatten, drangen in den Fuldaer Dom ein und störten mit Hetzparolen wie: "Stoppt die Kirche! Die Kirche geht über Leichen! Die Kirche bringt uns den Tod!" die Abschlußandacht der Deutschen Bischofskonferenz. Als zuständiger Hausherr erteilte Erzbischof Dyba den Chaoten eine deutliche Antwort, die wenige Tage später "Die Welt" zu einem gehässigen Artikel gegen ihn veranlaßte: "Fulda versagt dem Oberhirten die Gefolgschaft."

Nun kennt zwar die katholische Kirche keine Gefolgschaftsführer, aber Tausende Katholiken aus Fulda und Umgebung bekundeten in einer spontanen Aktion ihre Solidarität mit ihrem Bischof. Eine gemeinsame Erklärung wurde Erzbischof Dyba nach einer feierlichen Vesper im Dom unter lang anhaltendem Beifall überreicht.

Dem Redakteur war - abgesehen von der Fehleinschätzung der Katholiken - offenbar nicht bewußt, daß § 167 unseres Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bedroht, wer einen Gottesdienst oder eine gottesdienstliche Handlung in grober Weise stört.

Zu einem noch weit gravierenderen Zwischenfall kam es dann am Abend des 8.11.91 in Marburg. Rund 50 Demonstranten störten einen Gottesdienst in der St. Johannes-Kirche, indem sie das hintere Drittel des Gotteshauses besetzten und mit Trillerpfeifen, Gesängen und Zwischenrufen den Gottesdienst störten und die Predigt des Erzbischofs verhinderten. Als dieser nach der hl. Messe unter Polizeischutz die Kirche verließ, machten Autonome Jagd auf ihn. Skandierende Chöre heizten die Chaoten an: "Haut dem Dyba eine rüber!" und "Schlagt den Dyba tot!"

Zusammen mit 3 anderen Priestern wurde der Erzbischof durch die Gassen Marburgs gejagt,

getreten und bespuckt.

Eine in Marburg verteilte Erklärung, die von Gruppen wie "AStA-Friedensreferat" (!), "Aids-Hilfe Marburg", "Autonomes Schwulenreferat", "Rosa Telefon Marburg", "Feministisches Archiv" usw. unterzeichnet worden war, ließ erkennen, daß mit den tätlichen Angriffen der Fuldaer Oberhirte nicht nur als einzelner getroffen werden sollte. Sein engagiertes Eintreten für den Schutz der ungeborenen Kinder brachte diese Gruppen zur Raserei.

In dem Pamphlet wird Erzbischof Dyba und dem Papst vorgeworfen, eine Politik zu betreiben, "die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Lesben, Schwulen, Fixern, HIV-Infizierten, an Aids Erkrankten, Prostituierten und Jugendlichen mit Füßen tritt, eine Politik, die zu Ignoranz und Doppelmoral führt und dadurch permanent Menschenleben kostet."

Die Marburger Kriminalpolizei leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch ein, der als Offizialdelikt verfolgt werden muß. Aber, wie es bisweilen zu gehen pflegt, gelang es ihr nicht, unter den inzwischen auf 150 "kampfstarken Chaoten" angewachsenen Gruppen auch nur einen einzigen Täter zu ermitteln. Handelte es sich hier um Schlamperei, schlichte Unfähigkeit oder gar einen "Wink von oben"?

Die hessische CDU-Landtagsfraktion verurteilte die "wiederholten Störungen von Gottesdiensten in Hessen und die tätlichen Angriffe auf den Fuldaer Erzbischof Dyba". Zuletzt seien Gottesdienste in Deutschland durch die Nationalsozialisten gestört worden.

Es sei erschreckend, mit welcher Intoleranz Gewalttäter die Freiheit der Religionsausübung zu verhindern trachteten. Aufgabe "aller verantwortlich denkenden Menschen" über parteipolitische und konfessionelle Grenzen hinweg sei es, diesen Anfängen zu wehren. Für die Angriffe in Marburg könne und dürfe es keine Rechtfertigung geben. (KNA 15.11.91)

Und noch ein Beispiel ...

In seinem Buch "Die Meinungsmacher" untersucht Kurt Ziesel neben "Spiegel" und "Stern" auch die sich "liberal" dünkende Zeitung die "ZEIT".

Wenn es gegen die Kirche geht, scheint dem Organ der "roten Gräfin" Dönhoff kein Autor, keine Quelle zu suspekt zu sein. Am 3.9.82 ließ sie im "ZEIT-Dossier" einen abgefallenen Priester einen langen Artikel über "SS-Spitzel mit Soutane" zum Thema schreiben, "wie die katholischen Bischöfe im "Dritten Reich" mitschuldig wurden." Herr Denzler, Autor dieses Artikels, stützte sich auf das "Zeugnis" eines ebenfalls abgefallenen Priesters, der in der Nazizeit einen Mitbruder denunziert und es später als SS-Sturmbannführer zum Kirchenreferenten Heinrich Himmlers gebracht hatte.

Der inzwischen verstorbene Karmelit, P. Eugen Dost, schrieb hierauf an die "ZEIT" und wurde sogar von Gräfin Dönhoff höchstpersönlich einer Antwort gewürdigt: "Ja, Sie haben ganz recht, es war eine unselige Idee, Herrn Denzlers Artikel in der ZEIT zu bringen. Offenbar hat keiner von uns gewußt, um wen es sich dabei handelt."

Angesichts der zahllosen Schmähungen und Verleumdungen von Religion und Kirche in den verschiedenen Medien scheint es angebracht, sich in Erinnerung zu rufen, was Friedrich der Große, der bei seinem Regierungsantritt 1740 verordnet hatte: "Gazetten dürfen nicht genieret werden", am 13. August 1756 an Voltaire schrieb:

"Die Toleranz muß jedem Bürger die Freiheit lassen, zu glauben, was er will. Aber sie darf nicht so weit gehen, daß sie die Frechheit und Zügellosigkeit junger Hitzköpfe gutheißt, die etwas vom Volk Verehrtes dreist beschimpfen. Das ist meine Ansicht. Sie deckt sich mit dem, was zur Sicherung der Gedankenfreiheit und der öffentlichen Ruhe nötig ist - und das ist der erste Gesichtspunkt jeder Gesetzgebung."

Nun bieten ja die Grundrechte unserer Verfassung sowie die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über "Straftaten, welche sich auf Religion und Weltanschauung beziehen", genügend Schutz gegen Mißbrauch der freien Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit - wenn sie nur angewendet würden.

Die völlige Verwilderung der mitmenschlichen Kultur läßt für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft nichts Gutes ahnen. Der ehemalige Bundespräsident Heinenmann erklärte in der Diskussion über den Gotteslästerungsparagrafen, Gott bedürfe keines Schutzes. Aber um ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft zu ermöglichen, dürfe die Verächtlichmachung der Religion nicht geduldet werden.

Der Verdacht liegt nahe, daß sich enthemmte Chaoten und dezidierte Atheisten nur deswegen gegen den christlichen Glauben austoben, weil sie von den Kirchen nichts zu fürchten haben. Können wir aber von unseren Jugendlichen, bei denen sich eine steigende Neigung zur Kriminalität abzeichnet, Achtung vor fremdem Eigentum, vor der Würde und Unantastbarkeit ihrer Mitmenschen erwarten, wenn wir die höchsten Güter der Menschheit der Verächtlichmachung preisgeben?

- Es wird allem Anschein nach geflissentlich übersehen, daß die Erziehung der Jugend zur "Ehrfurcht vor Gott, im Geist der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe ... zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit" in mehreren Bundesländern Verfassungsauftrag ist. So fast gleichlautend in Baden-Württemberg (Artikel 12), Saarland (Artikel 30) und Rheinland-Pfalz (Artikel 33).

Die "mutigen" Medienleute und Journalisten, die sich nicht scheuen, im Bewußtsein ihrer Machtposition die verhaßte(n) Kirche(n) immer wieder zu verunglimpfen und mit Schmutz zu bewerfen, sollten sich an den Zauberlehrling erinnern, der die Geister, die er rief nicht mehr los wurde. Das ständige Schüren von Emotionen könnte eines Tages in unkontrollierbaren Haß münden. Die Zeit der braunen Diktatur lehrt uns, daß es von der Hetze zur Diskriminierung und schließlich zur Verfolgung oft nur ein kurzer Weg ist. Mit Bezugnahme auf Anschläge gegen Ausländer schrieb der "Stern" am 3.6.93: "Rufmord geht Mord voraus".

Dies gilt auch für die Kirche. An Brandstiftung und Vandalismus in unseren Kirchen haben wir uns ja bereits gewöhnen müssen.<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 25. August 2007 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der Führer lebt ... in den deutschen Medien**

Wenn man aus dem Ausland kommt, von welcher Seite auch immer, und die deutsche Grenze überschreitet, sieht man mit dem bloßen Auge sofort, daß man in Deutschland ist. Wälder von kirchturmhohen Windrädern, mit denen die deutschen Schildbürger auch noch zwei Jahre nach dem verdienten Abgang von Trittin Strom aus Wind machen wollen, und Hakenkreuzflaggen und Hitlerbilder an jedem Zeitungsstand. Das sind die auffälligen Merkmale, an denen man erkennen kann, daß man deutschen Boden betreten hat.

Die Schildbürger trugen bekanntlich, weil sie vergessen hatten, in ihr Rathaus Fenster einzubauen, das Sonnenlicht in Eimern und Schüsseln ins Gebäude. Unsere modernen Schildbürger versuchen es mit Windmühlen zur Stromerzeugung, also mit ins Bombastische vergrößerten Fahrraddynamos - im Zeitalter der weiterentwickelten, kohlendioxydfreien Kernenergie, die die ganze übrige Welt ausbaut.

Hitler lebt, 62 Jahre nach seinem Selbstmord, an allen Zeitungsständen, auf allen Fernsehkanälen, im Straßenbild. Vor dem Sitz des Bundesfinanzministers in der Berliner Wilhelmstraße, dem ehemaligen Reichsluftfahrtministerium, flattern die fünf Meter hohen Hakenkreuzflaggen lustig im Wind, 300 Wehrmachtssoldaten rollen in Schützenpanzern und Mannschaftswagen durch die Straßen. Allen alten und jungen Nazi-Anhängern wird ganz warm ums Herz. Man dreht die ersten Szenen des Stauffenberg-Films mit Tom Cruise, morgen wird man einen anderen Film drehen, einen Fernseh-Spot mit Hitler, eine Ausstellung mit Hitlers Bildern eröffnen, ein Theaterstück mit Hitler aufführen, eine sensationelle Reportage drucken: "Wo sind Hitlers Noten?"

Die Erstschrift der Meistersinger-Partitur, die ihm zum 50. Geburtstag geschenkt wurde, sie

ist verschollen! Wollte Hitler Picasso deportieren, fragt ein soeben erschienen Buch. Der Maler sollte als Zwangsarbeiter nach Essen gebracht werden! Hörte der Führer jüdische Schallplatten? Russischer Geheimdienstmann entdeckt Hitlers Schallplattensammlung. Wann wird "Mein Kampf" endlich im Buchhandel wieder erscheinen? Natürlich als kommentierte wissenschaftliche Ausgabe. Bisher konnte man ihn nur im Ausland oder antiquarisch beziehen. Soll Hitlers Buch nun erscheinen? Ja, sagen berühmte Wissenschaftler, die kommentierte Ausgabe ist lange überfällig.

Alle eben genannten Meldungen stammen aus der letzten Woche.

Hitler im Film, Hitler als Maler, Hitler in der Architektur, Hitler als Comic. Hitler in der Oper, Hitler sogar im "Tatort". In Deutschland ist immer "Führerwetter". Die Abbildung von Hakenkreuzen scheint nie verboten zu sein, wenn sie sich nur linksrum drehen, also von strammen Linken "Spiegel-verkehrt" bearbeitet werden. Offenbar kann sich das Volk an den Führerbildern und Hakenkreuzfahnen nicht satt sehen, denn in einer freien Wirtschaft wird bekanntlich nur das produziert, was auch verkäuflich ist.

Bei "Spiegel-Gründer" Augstein und "stern-Chef" Henry Nannen war die Vorliebe für Hitler-Stories noch verständlich. Beide waren bei der Wehrmacht, Offiziere, später gut umerzogen. Augstein war einer der ersten Lizenzträger, als die Alliierten die Umerziehung an die Deutschen abgaben, seine Wochenzeitung machte die Sache erst professionell. Nannens Illustrierte folgte. Gegen Hitler ging es, und gegen die Bonzen und die Drahtzieher. Im "Spiegel" und im "stern" stand, warum das alles so gekommen war und wer daran schuld war und wer nicht. Ergebnis offen. Also jede Woche noch mal.

Gegen Hitler und Stalin und die Diktaturen, die Stalin überall in Europa an die Macht gebracht hatte. Besonders interessierten die Zustände in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Aber das Hauptinteresse der Herausgeber galt natürlich der Vergangenheit, die bei der Gründung der Magazine noch ganz nahe war. Manche NS-Größen waren noch gar nicht wieder aus der Gefangenschaft entlassen, andere in Südamerika untergetaucht. Das gab viel Stoff für spannende Untersuchungen.

Was ist eigentlich aus Baldur von Schirach geworden, wo lebt seine Frau, wenn ja - wovon? Wo lebt Hitlers Sekretärin, wo seine Schwester? Gab es heimliche Verbindungen der katholischen Kirche zu den Nazigrößen, die auf dem Weg durch italienische Klöster von Priestern nach Südamerika geschleust wurden?

Das alles muß Rudolf Augstein damals ebenso interessiert haben wie seine Leser, die mit ihm jung waren und langsam älter wurden und immer noch was dazulernen wollten über die Nazi-Zeit, von der jeder nur seinen kleinen Ausschnitt gekannt hatte. Das machte den "Spiegel" so erfolgreich. Das gab Stoff für Tausende von Seiten.

Was macht Leni Riefenstahl, was Kristina Söderbaum, wie war es wirklich mit Albert Speer, mit Generalfeldmarschall Paulus, mit Goebbels' Frauen, mit Görings Drogensucht, mit Rommels Afrika-Feldzug, mit Gallands und Mölders Abschüssen feindlicher Flugzeuge. Waren die Abschluß-Zahlen womöglich nach oben korrigiert, das Ritterkreuz mit Schwertern verdient? Das interessierte Augstein, das interessierte die Leser.

War alles wirklich so schlimm? Hat der Führer das gewußt? Die Antwort: Es war noch viel schlimmer, aber anders. "Spiegel-Leser", so hieß der Slogan, wissen mehr. "Spiegel-Leser" wußten mehr vom Führer, von Göring und Goebbels und allen den anderen.

Wie lebten die in ihren Bunkern, und wie war es mit ihren Frauen und mit ihren Weibergeschichten und vegetarischen Eintopfsuppen und mit den Gelagen und mit dem Kunstraub und der Extra-Uniform, das war endloser Stoff für den "Spiegel", Woche für Woche. Augstein brachte die Nazi-Zeit den deutschen Lesern, die sie selber ja nur immer an einer einzelnen Stelle der Front, auf der Flucht, im Luftschutzbunker oder in ihrer kleinen Stadt miterlebt hatten und nicht in den Zentren der Macht, so richtig nahe.

Chefredakteur und Leser waren eine Einheit: gegen die Diktatur, aber doch sehr interessiert an ihrer Erscheinungsform. Wie war es genau, das Schlimme? Hauptsache, die Details stimmen. Stimmt das, daß wir den ersten Düsenjäger der Welt gebaut haben, die deutsche Me 262 A-1a (Schwalbe), mit der fast gleichzeitig gebauten Me 262 A-1b nicht zu verwechseln, ebensowenig wie das Ritterkreuz mit Schwertern mit dem Ritterkreuz mit Schwertern und Brillanten. Wievielmals wurde es überhaupt verliehen? Das wird nie in der Quiz-Sendung mit Jörg Pilawa und Günther Jauch gefragt. "Spiegel-Leser" könnten es beantworten.

50mal Albert Speer, 14mal Kristina Söderbaum, 200mal Goebbelsstagebücher, 100mal Führerbunker. Ohne Gewähr.

Hatten wir nun doch Wunderwaffen? Nein. Eigentlich nicht, aber fast, immerhin bauten wir an der Atombombe, wir hatten auch die ersten Raketen dazu, die ersten Düsenjäger sowieso, und die Verflüssigung von Kohle zu Benzin für Flugzeuge und Panzer war eine deutsche Erfindung. Wer war schuld an den KZ-Greueln? Wer wußte davon? Bitte melden. Die eigentliche Entnazifizierung fand im "Spiegel" statt, und alle wurden eingestuft als nicht sehr belastet - ausgenommen natürlich die ganz schlimmen Fälle, die Verbrecher, KZ-Kommandanten und Mordkommandos, dagegen waren alle, niemand wollte dafür sein.

Die Leserschaft des "Spiegel" hat sich verjüngt. Von den Lesern von 1950, den Kriegsteilnehmern, den Überlebenden von Flucht, Bombenkrieg und Gefangenschaft, ist die Hälfte gestorben, aber vorher hatten sie die deutsche Wirtschaft wieder angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen und die Städte wieder aufgebaut.

In diesen Städten wuchs die neue Generation der "Spiegel-Leser" auf, die Anzeigenseiten des "Spiegel" wuchsen um das Fünffache und die Anzeigenpreise um das 20fache, und nachdem die Städte und Fabriken halbwegs gut aufgeräumt und die Kinder des Wirtschaftswunders in die neu aufgebauten Universitäten eingezogen waren, gingen die meisten von ihnen erst mal demonstrieren, als Anhänger der antiautoritären Revolte von 1967/68.

Mit ihnen kam eine neue Welle von Entnazifizierung ins Land, aber diesmal entnazifizierten nicht die Besatzungsmächte die Deutschen, diesmal entnazifizierten die Söhne und Töchter ihre Eltern, der "Spiegel" half auch hier mit exakten Daten und Enthüllungen über bisher unbekanntes Details. Und vor allen Dingen Fotos. Der "stern" immer dabei, seit den "Hitlertagebüchern" aber vorsichtig.

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und wissen immer noch mehr, aber dieses seltsame Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel-Leser" haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Kopf und wollen die "furchtbare Zeit" immer noch mal sehen, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel-Haus". Hitler, Hitler, Hitler. Die Deutschen seien krank, sagt meine griechische Freundin.

Sind die Deutschen wirklich krank? Oder nur die "Spiegel-Leser" und die Leser des "stern"? Hitler und sein Hund, Hitlers letzte Geliebte, Hitlers ehemalige Geliebte, Hitlers versteckte Schwester, Hitlers Kusine, Hitlers Arzt, Hitlers Medikamente, Hitlers Freunde im Hause Wagner, Hitler und Leni Riefenstahl, Hitlers Verklemmtheit, Hitler als Nichtraucher, Hitlers Zeichnungen. Und Hitlers Architekt, der natürlich ganz besonders, er war auch noch ein Frauentyp. Wenn kein Sex-Titelbild mehr über das Sommerloch hilft, der Führer tut es. Es ist immer Führerwetter in Deutschland.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Januar 2008: >>"Über alles berichten, aber nicht alles zeigen"

Von Uwe Felgenhauer

Vor 20 Jahren startete im deutschen Fernsehen die Kindernachrichten-Sendung "logo". In der

Sendung wird das Weltgeschehen täglich altersgerecht aufbereitet. Der "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr". Da möchte so mancher Erwachsener noch mal Kind sein.

"Wer, wie, was - wieso, weshalb, warum?" Das Motto der "Sesamstraße" gilt auch für "logo" - die einzige tägliche Nachrichtensendung für Kinder im deutschen Fernsehen. Am 25. Januar 1988 wurde sie erstmals im ZDF ausgestrahlt, zehn Jahre später kam der Kinderkanal (KiKa) als zweite Heimat hinzu. Und obwohl die "logo-Redaktion" um das Zebra-Maskottchen Gunnar die anfängliche Testphase nicht mitzählt und deshalb erst 2009 das 20-jährige Jubiläum feiern will, kann man schon heute gratulieren. Zu einem Format, das dem in Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Recht auf Information auch für die Kleinsten sowie dem spezifisch kindlichen Blick auf die Welt angemessen Rechnung trägt.

Aus heutiger Sicht läßt sich sogar sagen: Die Einführung von "logo" kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Seit dem ersten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre registrieren Forscher eine Verrohung in der Berichterstattung der TV-Nachrichten, Gewaltopfer werden zunehmend in Großaufnahme gezeigt. Gleichzeitig spielen immer mehr Heranwachsende im Kinderzimmer und auf der Straße Krieg. Auch ein Hinweis darauf, daß sie den medial aufbereiteten Schrecken in Zeitung, Fernsehen oder Internet ohnehin rezipieren (übernehmen).

Daß Kinder auch diesen Teil der Realität brauchen, glauben mittlerweile die meisten Pädagogen. Denn Kinder müssen und wollen wissen, was auf der Welt geschieht. Nur so erhalten sie das notwendige Rüstzeug, um mitreden und sich eine eigene Meinung bilden zu können. Um so mehr allerdings ist eine kindgerechte Vermittlung und dafür ein Perspektivwechsel vonnöten.

Nachrichten, die über alles berichten, aber nicht alles zeigen

Kinder reagieren auf Schreckensmeldungen mit emotionaler Verunsicherung, noch viel schneller als bei Erwachsenen blockieren zu heftige Bilder bei ihnen die Aufnahme von Informationen. Schnell fragen sie sich: Kann mir und meiner Familie das auch passieren? Um darauf Antworten zu geben, versucht "logo" in einordnenden Erklärstücken Zusammenhänge und einen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Kinder herzustellen - in einer einfachen, altersgerechten Sprache, die wie die Bilder weitestgehend auf Emotionalisierung verzichtet. So entstehen Nachrichten, die über alles berichten, aber eben nicht alles zeigen.

Wenn "logo", konzipiert für Acht- bis 13-Jährige, von Konfliktherden dieser Welt erzählt, wird viel mit Landkarten, Zeichentrick und einfachen Grafiken gearbeitet. Beim Streit der Volksgruppen auf Sri Lanka etwa stellen fünf Strichmännchen-artige Wesen die Singhalesen dar, drei die bevölkerungsmäßig unterlegenen Tamilen. Lange hätten die beiden Volksgruppen gemeinsam regiert, heißt es im Erklärstück, dann habe ein neuer Staatschef das alleinige Sagen für die Singhalesen reklamiert, woraufhin die Widerstandsgruppe Tamilische Tiger für einen eigenen Staat zu kämpfen begonnen hätte.

Das ist zwar ebenso verkürzt dargestellt wie der Vergleich der Großen Koalition mit einer Fußball-Nationalmannschaft, in der laut "logo" Spieler zusammen antreten, deren Teams in der Bundesliga ansonsten gegeneinander spielen. Doch enthalten die derart heruntergebrochenen Fakten das Wesentliche.

Ein "logo-Jahr" für jeden Moderator

Mehrere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß die "logo-Informationsvermittlung" den Rezeptionsfähigkeiten der Halbwüchsigen weitgehend gerecht wird. Ältere Kinder verstehen zwar mehr, aber jüngere profitieren von Details, die sie in späteren Jahren dann besser einordnen können. "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne jedenfalls, "logo-Mitentwickler" und von 1988-1991 dort einer der ersten Nachrichten-Sprecher, betont noch heute, daß die einfache Sprache der Kinder-News seine Arbeit geprägt habe. Er wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr".

Diese Kollegen könnten im KiKa auch viele positive Neuigkeiten verlesen, denn Sport- und Freizeittrends, Knut und seine Freunde sowie News aus der Musikszene sind "logo" immer eine Nachricht wert. Und auch Kinderprojekte in aller Welt stehen oft im Fokus. Den jungen, oft unter schwierigen Bedingungen aufwachsenden Menschen gibt "logo" eine deutliche Stimme.

Aber natürlich auch den vielen Kindern in Deutschland, besonders wenn es Krisenszenarien wie Naturkatastrophen, Kriege oder Terroranschläge seelisch zu verarbeiten gilt oder wenn ihnen einfach nur etwas stinkt wie etwa eine illegale Müllkippe in der Nachbarschaft oder ein Spielplatz mit kaputten Spielgeräten. In der Rubrik "Redezeit" können sie ihr Herz ausschütten.

Seit mittlerweile zehn Jahren gibt es die Nachrichten für den Nachwuchs mit vielfältigem Angebot auch im Internet. Auf der Webseite lassen sich verpaßte "logo-Sendungen" für mobile Abspiegelgeräte herunterladen. Kinder sollten ihre I-Pods oder MP3-Player mit den Downloads allerdings gut verstecken. Denn sonst kann es sein, daß sie plötzlich verschwunden sind - ausgeliehen von Mama oder Papa, die endlich mal das kapierten wollen, was in der "Tagesschau" immer nur an ihnen vorüber rauscht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Juni 2009 (x887/...):
>>**Mehr Berichterstattung führt auch zu mehr Theater**

von Philip Baugut

Er freue sich, daß Medienmacht und Medienmanipulation die demokratische Kultur nicht erschüttert hätten, rief Gerhard Schröder am Abend der Bundestagswahl 2005 seinen Anhängern zu. Der trotz furioser Aufholjagd soeben abgewählte Kanzler inszenierte sich als Opfer einer journalistischen Verschwörung - und befeuerte auf seine Art die Diskussion über das Verhältnis von Politik und Medien.

Das Zusammenspiel beider Seiten prägt die Demokratie, ist deren Prinzip doch die Öffentlichkeit, die Journalisten herstellen. Mangels direkter Begegnungen mit den Bürgern brauchen gerade Bundestagsabgeordnete die Medien für den Transport ihrer Botschaften. Nur wer in der Berichterstattung vorkommt, "findet statt", wie es im politischen Berlin heißt. Also müssen Politiker auf die Bedürfnisse der Journalisten eingehen.

Gefragt sind brandheiße, möglichst exklusive Informationen, worum die rund 1.000 Parlamentskorrespondenten in der Hauptstadt knallhart konkurrieren. Aufmerksam wird registriert, wer zuerst das Interview mit der Kanzlerin bekommt, wer die SMS über den aktuellen Verhandlungsstand.

Um so belohnt zu werden, müssen Journalisten einen engen Draht zu den Spitzenpolitikern finden. Freundliche Leitartikel helfen dabei, doch die Vierte Gewalt soll den Mächtigen stets kritisch auf die Finger schauen. Die richtige Balance zwischen Nähe und Distanz ist folglich die Gretchenfrage in der politisch-medialen Welt.

Die Antwort wird auf zwei Bühnen gegeben, wie eine Studie auf Basis von Interviews mit führenden Abgeordneten und Journalisten zeigt. Auf der Vorderbühne, etwa bei TV-Interviews und Talkshows, ist die inszenierte Distanz zwischen beiden Seiten unübersehbar. Der Moderator will mit kritischen Fragen glänzen, der Politiker ihm mit wohlgeformten Antworten die Show stehlen.

An Theater erinnert besonders der Polittalk von Michel Friedman. "Wenn ich bei dem bin", erzählt ein Abgeordneter, der anonym bleiben möchte, "dann kloppen wir uns manchmal in einer unanständigen Weise, weil das auch seine Art, Quote zu machen, ist. In Wirklichkeit sind wir fast befreundet, nach der Sendung reichen wir uns nicht nur die Hand, sondern drücken uns auch." Es ist ein ebenso ritualisiertes wie inhaltsarmes Spiel, das beide Seiten vor laufenden Kameras aufführen. Eines, das die Zuschauer zunehmend langweilt - und davon ablenkt, daß auf der Hinterbühne die Musik spielt.

Der tiefgründige Austausch zwischen Politikern und Journalisten findet jenseits des Scheinwerferlichts statt. In den sogenannten Hintergrundkreisen, zu denen nur ausgewählte Journalisten Zugang haben, geben Abgeordnete mehr preis als in ihren glattgeschliffenen Pressemeldungen. Doch die brisanten Informationen sollen nur Interpretationshilfe sein und nicht veröffentlicht werden.

"Wer schwätzt, fliegt", so die Spielregel. Ein solcher Hintergrundkreis ist die "Gelbe Karte", dem SPD-nahe Journalisten angehören. "Die duzen ihre Gesprächspartner aus der Partei auch zum großen Teil", kritisiert "Stern-Chefredaktionsmitglied" Hans-Ulrich Jörges den "ganz engen Umgang" auf der Hinterbühne.

So verwundert nicht, daß mancher Journalist seinen Duz-Freund auch in politischen Fragen berät - und damit eine berufsethische Grenze überschreitet. Als Gegenleistung wird ihm zum Beispiel ein internes Positionspapier exklusiv zugespielt. Den Bürgern bleiben solche Tauschgeschäfte verborgen, obwohl sie die Berichterstattung beeinflussen. Daher sollte die Öffentlichkeit um die Mechanismen des politisch-medialen Zusammenspiels wissen.

Die Hintergrundkreise haben inzwischen an Bedeutung verloren, weil regelmäßig gegen die Spielregeln verstoßen wird. Vertrauliche Hintergrundinformationen, unbedachte Halbsätze, aus denen sich große Schlagzeilen basteln lassen, stehen oft schon am nächsten Tag in der Zeitung. Die Folge: Politiker informieren zurückhaltender oder verkaufen Dinge als vertraulich, die sie insgeheim veröffentlicht sehen wollen. Wer tief ins Innere eines Politikers blicken will, muß ihn zum Vier-Augen-Gespräch treffen. Doch nur wenige Medien wie der "Spiegel" oder die "FAZ" bekommen diesen exklusiven Zugang.

Es ist verständlich, daß Politiker im Umgang mit Journalisten höchst vorsichtig geworden sind. Der Medienwettbewerb um Prestige und Käufer führt zu einer ständigen Jagd nach Sensationen, die den politischen Prozeß belastet. Das haben die Verhandlungen zur letzten Gesundheitsreform gezeigt. Erst nach vielen zähen Runden fanden Union und SPD einen Kompromiß, den allenthalben kritisierten Gesundheitsfonds. Im Ringen um Kopfpauschale und Bürgerversicherung stach ein Verhandlungsteilnehmer medial heraus:

Der SPD-Linke Karl Lauterbach, Professor für Gesundheitsökonomie mit "pathologischem Selbstdarstellungsdrang", wie ein Journalist meint. Weil der Mann mit der Fliege nicht einmal bei seinen Parteifreunden Gehör fand, beschränkte er sich darauf, die Verhandlungen zu stören. So plauderte er Zwischenergebnisse aus und wettete gegen nahezu alles, worauf sich die Koalitionsarbeitsgruppe mühsam geeinigt hatte.

Hierfür boten ihm nahezu alle Medien eine Plattform. Obwohl Lauterbachs Einfluß auf die Verhandlungen minimal war, wurde er ausführlich zitiert, weil jede Äußerung das Koalitionstheater noch größer erscheinen ließ. Und die Berliner Journalisten lieben den Streit. "Wir sind Streitverstärker, im schlimmsten Fall sogar Streiterfinder", räumt ein allseits anerkannter Hauptstadtjournalist ein.

Der journalistische Nachrichtenhunger ist so groß, daß ihn die Verhandlungsteilnehmer nie stillen können. Denn politische Prozesse brauchen Zeit, Medien im Online-Zeitalter aber rund um die Uhr eine Schlagzeile. Das vergiftet das Verhandlungsklima, weil die Konfliktparteien stets versucht sind, Interna auszuplaudern und über die Medien Druck auf die Gegenseite auszuüben.

Natürlich macht der öffentliche Streit eine Demokratie aus. Doch wenn jeder Reformbaustein schon im frühen Verhandlungsstadium medial zertrümmert wird, bleibt der Politik für komplizierte Sachdiskussionen nur die Flucht hinter verschlossene Türen. Die Medienmeute, die Politiker auf Schritt und Tritt begleitet, stellt sich damit selbst ein Bein: Denn um der medialen Hysterie zu entgehen, werden die wichtigen Entscheidungen in kleinste Kreise verlagert und erst dann verkündet, wenn sie in trockenen Tüchern sind. So war es bei der "Rente mit 67": Hätten die Medien von dieser Reform früher Wind bekommen, wäre die SPD-Basis da-

gegen Sturm gelaufen.

Es ist paradox: Die Total-Öffentlichkeit unserer hektischen Mediendemokratie schafft nicht mehr Transparenz, Kontrolle und Diskurs. Im Gegenteil, sie macht die Hinterbühne zum Ort für das wirklich Wichtige. Mehr Berichterstattung bedeutet auch mehr politisches Theater.

Es hilft nichts, die ohnehin selbstkritischen Hauptstadtjournalisten an den Pranger zu stellen. Manche Politiker klagen heute über mediale Erregungswellen, um morgen auf ihnen zu reiten. Sie sollten sich mit Medienschelte zurückhalten.

Vor allem Gerhard Schröder, der zu vielen Journalisten engste Beziehungen pflegte. Einer seiner Freunde, Ex-RTL-Chefkorrespondent Gerhard Hofmann, präsentierte sich vor Journalistenkollegen genüßlich als Schröder-Intimus. Ausgerechnet dieser schrieb über das Wahlkampfjahr 2005 ein Buch mit dem Titel: "Die Verschwörung der Journaille zu Berlin".

Der Autor ist Kommunikationswissenschaftler und Politologe und promoviert über das Spannungsverhältnis von Journalismus und Politik.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. März 2013 (x887/...):

>>**Spitzenjournalisten auf Linie**

Studie untersuchte, was Medienmacher antreibt und deckte heikle Verbindungen auf

Die Medien gelten als vierte Gewalt im Staat. Starke Zweifel an der Funktion von Medien als Kontrollinstanz der Macht kann allerdings eine Studie wecken, die an der Universität Leipzig erstellt wurde. Brisanter Inhalt der auch unter dem Titel "Meinungsmacht" in Buchform erschienene Analyse des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger: die Einbindung deutscher Spitzenjournalisten in Machtzirkel der Eliten.

Für die Untersuchung wurde die soziale Umgebung von 219 leitenden Redakteuren führender deutscher Medien unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Ein Drittel der Redakteure unterhielt - außerhalb ihrer direkten journalistischen Aufgaben - informelle Kontakte zu Machtzirkeln der Politik- und Wirtschaftseliten in Deutschland. Konkret waren 64 Journalisten häufig in Organisationen wie der "Atlantik-Brücke", der Münchner Sicherheitskonferenz, der Trilateralen Kommission und der Bilderberger anzutreffen.

Nicht um berufliche Pflichten wie Recherchen oder Interviews zu verfolgen, sondern eher als Teilnehmer der Treffen. Vom neutralen Beobachter sind die Journalisten quasi ins Lager der politischen Akteure gewechselt. Problematisch ist dabei nicht nur, daß dieser Seitenwechsel den Medienkonsumenten nicht mitgeteilt wird, sondern daß dies auch einen nachweisbaren Einfluß auf die Berichterstattung hat.

Ausgerechnet vier leitende Außenpolitik-Journalisten der deutschlandweit führenden Printmedien - "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Süddeutsche Zeitung", "Die Welt" und "Die Zeit" - waren alle im selben US- und Nato-affinen Elitenmilieu unterwegs. Nicht nur das:

Bei scheinbar politisch so grundverschiedenen ausgerichteten Zeitungen sollten eigentlich weit voneinander abweichende Meinungsbilder zu erwarten sein, doch das Gegenteil war der Fall. Wenn es um Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, die Nato oder den Afghanistan-Krieg ging, konnte der Medienwissenschaftler einen auffallenden Gleichklang von Journalisten wie Michael Stürmer ("Welt"), Klaus-Dieter Frankenberger ("FAZ"), Stefan Kornelius ("SZ") und Josef Joffe ("Die Zeit") nachweisen.

Konkret festgemacht wurde dies am sogenannten "erweiterten Sicherheitsbegriff", für den symbolhaft die umstrittene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD) stehen kann: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Während die Mehrheit der Bevölkerung mit diesem stark ausgeweiteten Begriff von Verteidigungspolitik ein Problem hat, herrschte in der untersuchten Berichterstattung der vier Spitzenjournalisten die - stark an die USA angelehnte - Sichtweise von Sicherheitspolitik vor. Naheliegend ist die Erklärung, daß sich eine erstaunliche Zahl von Journalisten direkt von sicherheitspolitischen Eliten beeinflussen läßt - im Klartext, "einspannen" läßt.

Der Medienwissenschaftler Krüger hält aber noch eine andere Deutung für möglich. "Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten."

Problematisch sei aber, daß diese Verbundenheit der Journalisten mit Machtzirkeln in der Berichterstattung nicht transparent gemacht wird. Zumindest im Regelfall. Beim Springer Verlag werden Redakteure ganz offen mit Hilfe von Unternehmensgrundsätzen, die in den Arbeitsverträgen enthalten sind, unter anderem auf die "Unterstützung des transatlantischen Bündnisses" verpflichtet.

Unverblümt ist auch die Parteinahme, auf die Krüger im Zuge seiner Untersuchung beim ZDF gestoßen ist. Im Präsidium der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft", einer Organisation, die Lobbyarbeit für die Nato betreibt, war ein Außenpolitik-Ressortleiter des Fernsehsenders aktiv. Scheinbar ebenso wenig Wert auf den Anschein journalistischer Neutralität legte ein ZDF-Hauptstadtstudioleiter. Er saß im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, einer Einrichtung der Bundesregierung.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juni 2013 (x887/...):

>>"**Vierte Gewalt**" - nur eine Anmaßung

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zu Recht wird sie im Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Aber wie weit darf sie gehen, wo sind die Grenzen? Und ist Meinungsfreiheit identisch mit Pressefreiheit?

Unsere Medien sehen sich als Träger der öffentlichen Meinung, also auch als Objekt der staatlich geschützten Meinungsfreiheit. Gern nennen sie sich "Vierte Gewalt". Aber sind sie das wirklich?

Einmal abgesehen davon, daß unser Grundgesetz eine "Vierte Gewalt" überhaupt nicht kennt - die freie Presse hat die Aufgabe, die drei Gewalten des demokratischen Rechtsstaats - Gesetzgebung, Exekutive, Justiz - zu kontrollieren und das Volk als obersten Souverän darüber zu unterrichten. Sie hat nicht die Aufgabe, die Organe des Staates zu ersetzen.

Genau das aber maßen sich viele Journalisten und Publizisten an. Sie wollen nicht mehr "nur" Beobachter und Kommentatoren sein, sondern Ermittler, Richter und Henker in Personalunion. Da werden Verdächtige schon vor dem ersten Prozeßtag in Schlagzeilen verurteilt und dämonisiert. Da werden mißliebige Politiker falsch oder bewußt unvollständig zitiert.

Wer mit allzu aufdringlichen Enthüllern nicht reden will, wird - Waffenfreunde, aufgepaßt! - mit vorgehaltenem Mikrofon genötigt. Und die Verkommenheit korrupter Wirtschaftsbosse läßt sich mit nichts so demonstrieren wie mit vertraulichen Papieren, die man für ein saftiges Schmiergeld von einem Justizbeamten gekauft hat.

Solche Journalisten sollten nicht auch noch behaupten, sie seien "die Öffentlichkeit". Was sie schreiben und senden, ist nicht öffentliche Meinung, sondern ihre eigene veröffentlichte Meinung.<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der

Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespi-*

rale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösertigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandi-

sten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglöck (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen

vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen,

Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchener Sicherheitskonferenz

mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt.

...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/...): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**

... Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit

Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anlässlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespirale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.

Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 22. September 2016 (x892/...): >>**Deutschlandfunk: Ein Beispiel für Systemmedien**

Der Deutschlandfunk hat einen Beitrag von Christiane Florin gesendet, der die ganze Verlogenheit, den linken Subjektivismus und die gezielte Bosheit der Systemmedien deutlich macht, Medien im Übrigen, die von uns allen durch Zwangsbeiträge finanziert werden. Es handelt sich um einen Beitrag über die diesjährigen Priesterweihen in Zaitzkofen. Dafür reiste diese linke Dame extra für zwei Tage ins Priesterseminar. Ihr wurden bereitwillig Interviews mit Priestern und Seminaristen gewährt, in der Hoffnung auf einen zumindest halbwegs objektiven Bericht. Doch die Reise hätte sich die Frau sparen können: Der Beitrag stand sicher bereits vorher fest.

Aus den Interviews mit dem Regens des Priesterseminars, das 40 Minuten dauert, werden drei Sätze aus dem Zusammenhang gerissen zitiert, die zusammen weniger als eine Minute ausmachen. Das Gleiche gilt für die Interviews mit dem deutschen Distriktoberen der FSSPX, Pater Firmin Udressy und mit den Seminaristen.

Das Ziel und die Absicht des ganzen Berichts steht von vornherein fest und ist leicht zu durchschauen: Es soll verhindert werden, daß die Piusbruderschaft wieder voll in die Kirche aufgenommen wird, daß die FSSPX als katholische Priestergemeinschaft von der Kirche anerkannt wird, ein Wunsch, den offenbar auch Papst Franziskus geäußert hat. In dieser Absicht ist sich übrigens Frau Florin mit Bischof Williamson und seinen Anhängern einig, den sie sonst mehrfach benutzt, um die Priesterbruderschaft zu diskreditieren.

Der ganze Beitrag beruht auf Unterstellungen und Verdrehungen, wie man sie aus den Systemmedien seit langem kennt und gegen die man sich nicht wehren kann. So heißt es:

Wäre die katholische Kirche die Bundesrepublik und das Zweite Vatikanische Konzil die freiheitlich-demokratische Grundordnung, so müßte man wohl sagen: Die Piusbruderschaft steht nicht auf deren Boden, sondern weit rechts davon. Nicht wegen der alten Messe, sondern wegen der alten Ansichten: Nur der eigene Glaube gilt ihnen als Weg zum Heil, die autoritäre Kirche des 19. Jahrhunderts als Maß aller Dinge. Alles katholisch, alles hierarchisch, alles wie

in Zaitzkofen - dann wäre alles in Ordnung.

Die klare Absicht solcher Sätze: Die Piusbruderschaft ist verfassungsfeindlich - wir, die Guten aus der linken Szene, sind hingegen nicht verfassungsfeindlich. Hätte Adenauer die Meinungen dieser Dame und ihrer GesinnungsgenosInnen gekannt, er wäre sicher der Auffassung gewesen, daß solche linken Ideen mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind.

Der ganze Beitrag zeigt zudem eine vollkommene Ahnungslosigkeit über das Wesen und die Lehre der Kirche, selbst die Lehren des II. Vatikanischen Konzils, die von "unserer" linken Journalistin gegen die Piusbruderschaft ins Feld geführt werden. Sie versteht die Kirche wie eine politische Partei, die sich ein Programm gibt und dieses Programm auch jederzeit ändern kann. Der Beitrag beweist wieder einmal, daß die meisten Journalisten der Systemmedien nicht nur über eine Halbbildung verfügen, sondern noch weiter darunter anzusiedeln sind.

Da sie den Interviewpartnern keine Aussagen entlocken konnte, die in irgendeiner Weise dem entsprachen, was die von Zwangsabgaben deutscher Bürger lebende Dame gerne gehört hätte, muß sie die Aussagen, die sie bekommen hatte, so verdrehen und zusammenstellen, daß selbst Sätze einer jungen Mutter wie:

"Bei uns in der Schweiz geht es nur noch um den Menschen. Hier ist wirklich noch der Herrgott das Zentrum. Das ist einfach das, was bei uns fehlt. Bei der Priesterbruderschaft wird das gelebt, worauf es ankommt. Es geht nicht immer um den Menschen, es muß um den Herrgott gehen" zu Zeichen einer radikalen Ideologie verdreht werden.

Unsere Empfehlung, nicht nur an den Medienberater der FSSPX, der im Beitrag auch sein Fett wegbekommt, sondern an alle Konservativen und besonders an Katholiken: Keine Interviews oder irgendwelche anderen Beteiligungen an Talkshows etc. Vollständige Abstinenz. Wer meint, er könne dabei irgend etwas gewinnen, der täuscht sich. Wir leben nicht in einer echten Demokratie, wo verschiedene Auffassungen und Meinungen frei und offen diskutiert werden können, sondern wir leben in einer "gelenkten Demokratie", in der die herrschende Klasse im Einklang mit den gleichgeschalteten Medien gegen jede Meinung vorgehen, die nicht linksliberal (oder weiter links) ist. Was diese Systemmedien Putin in Rußland vorwerfen, das ist es, was sie selbst praktizieren. ...<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Januar 2017:
>>**Sprachkritik: "Volksverräter" ist das Unwort des Jahres 2016**

Eine Frau wartet neben einem Schild mit der Aufschrift "Volksverräterin" im August 2015 vor einer Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Heidenau auf die Ankunft von Bundeskanzlerin Merkel.

Nach "Gutmensch" im Jahr 2015 ist das Unwort des Jahres 2016 "Volksverräter". Das Wort sei ein "Erbe von Diktaturen" unter anderem der Nationalsozialisten, hieß es in der Begründung.

Sprachliche Entgleisungen erfüllen Pegida-Aktivisten und AfD-Mitglieder mit Genugtuung. Was treibt sie an? Nicht nur Enttäuschung und Frustration, in Teilen auch Abscheu und Haß. Das wurde deutlich, als rechte Demonstranten am 3. Oktober 2016, dem Tag der Deutschen Einheit, in Dresden Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck als "Volksverräter" diffamierten.

Eine sprachkritische Jury der Technischen Universität Darmstadt hat den Begriff am Dienstag nun zum "Unwort des Jahres 2016" gewählt. Man habe sich für das Wort entschieden, weil es etwa gegenüber Politikern so diffamierend wirke, "daß ein solcher Sprachgebrauch das ernsthafte Gespräch und damit die für die Demokratie notwendigen Diskussionen in der Gesellschaft abwürgt".

Völkische Gruppierungen und Nationalsozialisten setzten den Terminus schon in der Weimarer Zeit als propagandistisches Instrument im Zusammenhang mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg ein. Reichsminister Matthias Erzberger vom katholischen Zentrum wurde in

Pamphleten und Reden als "Volksverräter" diffamiert, nachdem er die Annahme des Versailler Vertrags mangels Alternativen befürwortet hatte. Rechtsradikale erschossen ihn auf offener Straße. Im Nationalsozialismus diente das Wort unter anderem dazu, politische Gegner zu isolieren und mundtot zu machen.

Die Vorstellung vom "Volksverräter" durchdrang auch das Strafrechtsdenken. Andersdenkende wurden als "Volksverräter" in Willkürprozessen zur Schau gestellt. Nach der Vorstellung des NS-Richters und Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, sollte die Rechtsprechung "vom festen Willen zur Ausrottung des Verrats" getragen sein. Straftatbestände wie Hochverrat, Landesverrat, Gebietsverrat sowie Volksverrat wurden angewendet - und vermeintliche Täter zu Tausenden zum Tode verurteilt.

Nun ist das Wort wieder da. So beschimpfte Stefan Räßle von der AfD-Fraktion im November im Landtag von Baden-Württemberg Mitglieder aus anderen Fraktionen als "Volksverräter". In der Debatte über Flüchtlinge diffamierte der Begriff auch "Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd, als Helfersyndrom oder moralischen Imperialismus", sagte Nina Janich vom Darmstädter Institut für deutsche Sprache am Dienstag. Zum "Wort des Jahres" hatte die Wiesbadener Gesellschaft für deutsche Sprache am 6. Dezember das Kunstwort "postfaktisch" gekürt.

Von "alternativlos" bis "Gutmensch"

2015 - Gutmensch: Der Vorwurf diffamierte Hilfsbereitschaft und Toleranz pauschal als naiv und dumm.

2014 - Lügenpresse: Die pauschale Verurteilung verhindere fundierte Medienkritik und leiste einen Beitrag zur Gefährdung der für die Demokratie so wichtigen Pressefreiheit.

2013 - Sozialtourismus: Der Ausdruck diskriminiere Menschen, "die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen" und verschleierte ihr Recht hierzu.

2012 - Opfer-Abo: Der Begriff stelle Frauen pauschal unter den Verdacht, sexuelle Gewalt zu erfinden und damit selbst Täterin zu sein. Jörg Kachelmann hatte die Wortschöpfung unter anderem in einem "Spiegel-Interview" verwendet.

2011 - Döner-Morde: Der Begriff wurde für die Mordserie der rechtsextremistischen NSU-Terroristen verwendet. Mit der "sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung" würden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt.

2010 - Alternativlos: Das Wort suggeriere zu Unrecht, daß keine Diskussion mehr notwendig sei.<<

Die Tageszeitung "Augsburger Allgemeine" berichtete am 25. Januar 2017: >>Korruption ist überall zu Hause - auch in Deutschland

Wie korrupt ist Deutschland? Laut Transparency International halten auch deutsche Behörden zunehmend gerne mal die Hand auf - vor allem in den Kommunen.

Im internationalen Vergleich gelten deutsche Unternehmen, Politiker und Behörden als vergleichsweise sauber. Doch die Organisation Transparency International, die weltweit gegen Bestechlichkeit kämpft, ist alarmiert: Führungskräfte deutscher Unternehmen nehmen es laut einer Studie als zunehmend normal wahr, daß "irreguläre Zahlungen" an Verwaltungen fließen, damit bestimmte Vorgänge beschleunigt oder erst möglich gemacht werden.

Aktuelle Fälle scheinen diese Einschätzung zu bestätigen: Mehrere hunderttausend Euro soll etwa der Oberbürgermeister von Regensburg von einem Bauunternehmer kassiert haben ...

Wie geschmiert lief dann offenbar im Gegenzug die Vergabe eines 35 Hektar großen Baugebiets an die spendable Firma. Seit einer Woche sitzt Rathauschef Joachim Wolbergs (SPD) wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Auch gegen dessen Amtsvorgänger Hans Schaidinger (CSU), den früheren Vorsitzenden des bayerischen Städtetags, wird ermittelt. Und in Ingolstadt stehen 13 Personen in einer Korruptionsaffäre um die örtliche Klinik im Visier der Staatsanwaltschaft.

Transparency: Kommunen ein wichtiger Schauplatz von Korruption

Für Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, passen die Fälle ins Bild: "Die Kommunen sind ein wichtiger Schauplatz von Korruption, denn da fließt viel Geld." Daß etwa im Fall Regensburg der Eindruck entstehe, "daß Bürgermeister sich bedienen, das bleibt im Gedächtnis".

Deutschland hat im aktuellen "Korruptionswahrnehmungsindex", den Transparency gestern präsentierte, seinen zehnten Rang aus dem Vorjahr verteidigt. Das bedeutet, daß nur neun Länder auf der Welt als weniger korrupt gelten: Die vier skandinavischen Länder sowie Neuseeland, die Schweiz, die Niederlande, Singapur und Kanada. Dennoch gebe es in Deutschland besorgniserregende Entwicklungen, sagt Edda Müller. Während die Wirtschaft Politik und Behörden als immer korrupter wahrnehme, schwinde auf der anderen Seite auch das Vertrauen in die deutschen Firmenbosse.

Transparency zitiert eine Untersuchung, in der ein Drittel der Befragten annahm, daß alle oder die meisten Unternehmensleitungen in korrupte Machenschaften verwickelt seien. Dazu habe auch die VW-Affäre beigetragen. In den Korruptionswahrnehmungsindex fließt eine Reihe von Studien ein, die sich mit der Wahrnehmung von Korruption in den einzelnen Ländern befassen. Transparency hält dies für aussagekräftiger, als etwa die Zahl der Fälle zu vergleichen, die vor Gericht landen oder zu Verurteilungen führen. Denn gerade in den korruptesten Ländern bleibe Bestechung ja meist ohne Folgen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. März 2017 (x892/...): >>Volk, Vaterland, Vertreter, Versprecher ...

Auch in den letzten Wochen fielen uns Sätze auf: weil sie so bezeichnend, provozierend, treffend, typisch, dumm, entlarvend, belustigend, intelligent, nachdenklich oder anregend sind. Wir haben wiederum völlig willkürlich eine ganz kleine Blütenlese dieser Sätze zusammengestellt. Ab und an verdichtet sich eben etwas in einem einzigen Satz, in einem ganz kurzen Textabschnitt.

"Viele meiner deutschen Mitmenschen sind mir einfach ein Rätsel. Ein Buch mit sieben Siegeln. Und sie scheinen in einer komplett anderen Welt und Wirklichkeit zu leben als ich. Mein Land wird mir immer fremder." (Unbekannt)

"Es ist möglich, daß der Deutsche noch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten." (Friedrich Hebbel, Tagebücher, 4.1.1860)

"Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft: wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit." (Orwell, 1984, S. 308).

"Die Faulheit ist das letzte Gut, das uns vom Paradies geblieben ist." August Wilhelm Schlegel

"Schon gemerkt? So gut wie alle Flüchtlinge sind 17 Jahre alt." (Unbekannt)

"Es ist wichtig, sich immer daran zu erinnern, daß Sozialismus nur ein Kosename ist. Wie der gemütliche Schorsch eigentlich ein ungemütlicher Georg ist. Denn der Verzicht auf Gewalt bei den 'Sozialisten' bedeutet nur, daß sie in ihrer Strategie und Taktik wesentlich subtiler geworden sind. Die menschenfeindlichen kommunistischen Ziele werden (statt mit Gewalt) mit massenpsychologischen und anderen Tricks verfolgt und umgesetzt." (Adorján F. Kovács am 06.02. im Portal "Freie Welt")

"Vor Jahren sagte ich: Gott schütze Franziskus, wenn er nicht weiß, was er tut. Wenn er es aber weiß, dann schütze Gott uns in der Kirche! - Heute sage ich: er weiß, was er tut." (ein irischer Passionist)

"Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst." (Friedrich Ebert)

(SPD), Präsident der Weimarer Republik von 1919 bis 1925, laut Wikiquote)

"Deutsch-Österreich muß mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen." (derselbe)

"Diejenigen, denen wir die große Ehre erweisen, bei uns einreisen zu dürfen, sollten dieses Land unterstützen und seine Menschen und Werte lieben." (Donald Trump in seiner ersten Kongreßrede)

"Wie in einem defekten Fahrstuhl gefangen, zuckeln sie immer zwischen dem 33. und 45. Stockwerk hin und her. (...) "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", warnte Michail Gorbatschow 1989 die DDR-Führung, die die Zeichen der Zeit nicht sehen wollte und längst überfällige Reformen ihres verkrusteten Staatssozialismus verweigerte. Die Ergebnisse sind bekannt.

Damals ging es nur um einige Jahre, die die ostdeutschen Genossen den Reformern im Kreml hinterher hinkten. Heute geht es um jene, die 70 Jahre zurückgeblieben sind und trotzdem an den Schaltstellen der Macht kleben, in Politik und Medien den Ton angeben. Längerfristig haben sie keine Zukunft, dazu mangelt es ihnen zu sehr an Lebensfreude, Neugier und Selbstreflexion. Doch bis sie endlich abtreten, können sie mit ihrer zwanghaften und böartigen NS-Fixierung die Zukunft der gesamten Gesellschaft beeinträchtigen." (Oliver Zimski auf der "Achse des Guten" - achgut.com - über die Deutschen des 21. Jahrhunderts)

"Gott sei Dank, et hät jeklapp!" (Sr. Isa Vermehren auf die Frage, was sie Jesus sagen würde, wenn sie ihm nach ihrem Tod begegnen würde)

"Am Rande: Was könnte es für den Konstrukteur einer Raumsonde, die in 500 Millionen Kilometern Entfernung zur Erde auf einem kurzperiodischen Kometen landet, Plausibleres und Naheliegenderes geben, als den Vorschriften eines frommen Beduinen aus dem 7. Jahrhundert zu folgen?" (Michael Klonovsky 05.03.2017)

"Ein Protestant wird zustimmen, wenn man über den Papst sagt, ein Mann allein könne doch nicht behaupten, recht zu haben. - Ein moderner Katholik und ein Protestant werden zustimmen, wenn man über Erzbischof Lefebvre (der die katholische Tradition verteidigte) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben. - Beide aber werden empört reagieren, wenn man über Luther (der eine neue Kirche und einen neuen Glauben gründete) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben: das nennen sie in dem Fall dann "Mannesmut". (unbekannt)

"Deutschland, Deutschland, langsam verzweifle ich an Dir. Du machst mich wund und krank." (Martin E. Renner auf "jouwatch")

"Die Lage des Haustieres zieht die des Schlachttiers nach." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 11)

"Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrüchig werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern für die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über oder, besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 30)

"Es ist ein Netzwerk der Guten, das dieses Land prägt und es stark macht." (Gauck beim Abschiedsbesuch der Stuttgarter Nachrichten)

"Unser Parlament und die Regierung bestimmen die Politik. Eine Direktwahl des Bundespräsidenten würde den Eindruck erwecken, daß es da noch eine letzte Instanz gibt, die autorisiert ist, notfalls das zu korrigieren, was die Regierung möglicherweise falsch gemacht hat." (Gauck in der Stuttgarter Zeitung)

"Wenn das mit der Köterrasse jetzt amtlich ist, bezahlen wir Ureinwohner in Zukunft nur die Hundesteuer statt der Einkommenssteuer und allen anderen Abgaben?" (Kommentar auf

einem politischen Blog)

"Denn jedes Volk bildet eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen. In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft.

Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus." (Internetfund)

"Sicherheit ist kein Wert an sich, weshalb Bundeskanzlerin und Bundespräsident von Leibwächtern umgeben sind, nicht aber der einfache Düsseldorfer. Der bezahlt sie nur." (Kommentar nach dem Axtanschlag im Düsseldorfer Hauptbahnhof)<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 24. April 2017: >>**AfD-Parteitag in Köln: Jagdszenen am Rhein - Kolumne**

Demokratie und Feigheit Jagdszenen am Rhein

Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht - und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden.

Eine Kolumne von *Jan Fleischhauer*

Gibt es im Schloß Bellevue einen Fernseher? Hat der Bundespräsident die Straßenszenen vor dem AfD-Parteitag aus Köln gesehen? Oder bekommt er die Nachrichten erst mit dem offiziellen Pressespiegel seines Amtes vorgelegt?

Ich habe auf ein Wort des Bundespräsidenten gewartet. Ihm liege die Verteidigung der Demokratie besonders am Herzen, hat Frank-Walter Steinmeier zur Amtseinführung gesagt. Wir müssten nicht nur über Demokratie reden, wir müssten wieder für sie streiten. "Demokratie ist die Staatsform der Mutigen", sagte er, deshalb dürfe man von ihm erwarten, daß er parteiisch sein werde, parteiisch für die Sache der Demokratie.

Eine Partei, die in elf Landtage eingezogen ist, zum Teil mit zweistelligen Ergebnissen, hält in einer deutschen Großstadt einen Bundesparteitag ab. Schon vor dem Termin wird das Hotel, in dem der Parteitag stattfinden soll, bedroht, um eine Stornierung der Buchung zu erreichen. Die Mitarbeiter erhalten Todesnachrichten; der Direktor verläßt das Hotel nicht mehr, weil die Polizei ihm sagt, daß sie andernfalls nicht für seine Sicherheit garantieren könne.

Zum Auftakt des Parteitags können Delegierte nur unter Polizeischutz den Tagungsort erreichen. Stahlgitter und Wasserwerfer sind aufgefahren, um die Veranstaltung zu schützen. Wo die Beamten nicht schnell genug sind, werden Delegierte nicht nur beschimpft, sondern auch körperlich attackiert. Auch Journalisten müssen mit Schikanen rechnen, wenn sie sich nicht sofort als solche zu erkennen geben.

"Bist du Nazi?" - "Journalist." - "Weis dich aus!" Der Dialog stammt nicht von einer Pegida-Demo, die für das Dunkeldeutschland symbolisch geworden ist, sondern vom Rand der Proteste, die nach Auskunft der Veranstalter ein offenes, tolerantes, buntes Köln zeigten. Berichtet hat ihn Miriam Hollstein, die für die "Bild am Sonntag" akkreditiert war. Es ist ein kleiner Ausschnitt dessen, was sich am Wochenende in Köln zugetragen hat, aber ein vielsagender.

Bin ich der Einzige, der es verstörend findet, wenn eine Partei in Deutschland nur noch unter Polizeischutz ihr Programm debattieren kann, und niemand in der politischen Elite des Landes daran etwas auszusetzen hat? In den Berichten zum AfD-Parteitag in Köln wurde nahezu einhellig gelobt, wie friedlich die Stimmung auf den Protestveranstaltungen geblieben sei. Man kann auch sagen: Die demokratische Öffentlichkeit ist bescheiden geworden. Wenn sich die

Antifa anmeldet, um ihr Verständnis von Toleranz zu demonstrieren, gilt es schon als Erfolg, wenn anschließend nicht die halbe Stadt brennt.

Es sei eine "Provokation", daß die AfD ausgerechnet Köln als Versammlungsort gewählt habe, hat die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärt. Auch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft benutzte das Wort. "Es ist eine Provokation. Aber sie haben die falsche Stadt und das falsche Bundesland ausgesucht", war ihr Kommentar anlässlich des traurigen Umstands, daß es 4.000 Polizisten brauchte, um 516 AfD-Delegierten die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Kraft meinte mit dem Satz nicht die Demonstranten, die die im Einsatz befindlichen Polizeibeamten als Faschistenbeschützer beschimpften, sondern die Delegierten, die von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machten.

Eine Provokation? Wo hätte sich die AfD denn statt dessen versammeln sollen, um ihr Programm für die Bundestagswahl zu beraten: in Duisburg, in Essen? Oder besser nirgendwo in NRW, weil ein AfD-Parteitag das Wir-Gefühl stört, das die SPD im Wahlkampf plakatiert? Aber was wäre dann nach Meinung der Ministerpräsidentin ein geeigneter Ort gewesen: die Hallig Hooge?

Mir fallen tausend Dinge ein, was ich an der AfD auszusetzen habe. Mit Leuten wie Alexander Gauland an der Spitze ist die Partei auf dem Weg in die Einöde der politischen Randzone. Spätestens nach dem Parteitag in Köln ist klar, daß man in der AfD alles sagen darf, ohne daß es Konsequenzen hat: Man kann in dieser Partei Reinhard Heydrich für einen ordentlichen Mann halten und Anders Breivik für jemanden, der aus Verzweiflung zum Massenmörder wurde. Gauland ist der Letzte, der den Willen und die Courage hat, solchen Irrsinn abzustellen.

Aber die AfD ist keine verbotene Partei. Bislang ist sie noch nicht mal ein Fall für den Verfassungsschutz. Ich kenne außerdem eine Reihe von Politikern, von denen ich mir wünschen würde, sie hielten den Mund, ohne daß ich auf die Idee käme zu verlangen, daß man sie am Reden hindert. Ich finde auch die Positionen der Linkspartei unangenehm. Dennoch würde ich das Gleiche schreiben, wenn rechtsradikale Hooligans versuchten, einen Parteitag der Linken zu unterbinden.

Das ist ein reizvolles Gedankenspiel: Glauben wir, daß die politische Klasse in Deutschland stumm bliebe, wenn rechte Horden Abgeordnete der Linken auf dem Weg zum Parteitag drangsalierten würden? Meine Vermutung ist: eher nicht.

Der Bundespräsident bricht diese Woche zu einer großen Deutschlandreise auf, um, wie sollte es anders sein, die Demokratie zu stärken. Die erste Etappe ist Bayern, das ist natürlich eine untadelige Wahl. Aber vielleicht könnte Steinmeier auch einen Halt in Köln einlegen, um den Demokratiebewahrern dort zu sagen, daß jedenfalls nicht viel Mut dazugehört, wenn man mit 10.000 Gleichgesinnten gegen 500 Andersdenkende antritt.

Mutig ist es, gegen die Mehrheit zu stehen. Leider wird beides in Deutschland oft verwechselt. Das ist, wenn man so will, unsere Tragik.<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 26. April 2017: >>**Rechtspopulismus: Und wenn die AfD Recht hat?**

Auch wenn die AfD gerade mit sich selbst befaßt ist - sie wird nicht einfach verschwinden. Der Erfolg der Partei hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben.

Von *Jana Hensel*

Das kleine Erdbeben ist in Erinnerung geblieben. Es fand im Sommer 2011 statt und wurde von Frank Schirrmacher, dem damaligen Herausgeber der *FAZ*, ausgelöst. Für das Erdbeben reichte ein einziger Satz. Er lautete: "Ich beginne zu glauben, daß die Linke recht hat."

Damals ging es noch nicht um die Flüchtlingskrise. Es ging auch noch nicht um die Griechenland- oder Eurokrise, die folgten wenig später, nein, damals war die sogenannte Bankenkrise das Thema. Eine Krise, zu deren Lösung die betroffenen Staaten milliardenschwere Rettungs-

pakete schnürten, um den drohenden Bankrott globaler Bankhäuser zu verhindern. Staatliches Geld, Steuergeld, Geld des kleinen Mannes und der kleinen Frau.

Schirmmacher kam das wie ein Ausverkauf des Neoliberalismus und jener Werte vor, die dieser Neoliberalismus lange gepriesen hatte: "Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Zählung des Staates und seiner Allmacht." Deshalb wechselte er einmal gedanklich die Seiten und schaute sich die Gegenwart aus der Perspektive jener an, die politische Gegner waren, die anders dachten als er und seine Leute. Die Linken.

Jana Hensel

Die Schriftstellerin und Publizistin wurde 2002 mit dem Buch *Zonenkinder* bekannt. Im Herbst erscheint ihr erster Roman.

Heute, einige Krisen später, soll einmal dasselbe versucht werden, in umgekehrter Richtung. Die Perspektive soll gewechselt werden, auch um Selbsttäuschungen auf die Schliche zu kommen. Die AfD sitzt in elf Länderparlamenten. Auch wenn ihre Umfragewerte im Moment sinken, ist eine Sorge vor der Bundestagswahl berechtigt. Werden die Vorhersagen uns erneut täuschen? Werden, auch wenn die AfD sich gerade auf ihrem Parteitag einstweilen zerlegt hat, am Ende mehr Leute AfD gewählt haben, als viele progressive Deutsche es heute glauben, so wie man sich schon bei Trump getäuscht hatte?

Vielleicht hilft es zu fragen: Wo hat die AfD recht? Gibt es gute Gründe für den Aufstieg der AfD, den zeitweisen Aufstieg von Pegida? Gründe, die ihre Anhänger und Wähler zu Pegida und AfD trieben. Gründe, die man kennen sollte.

Unsere Scham

Sich zu fragen, wo die AfD recht hat: Warum fällt das eigentlich so schwer? Es ist eine Sache, sich als Konservativer für die Länge eines Gedankenexperiments auf die Seite der Linken zu schlagen. Aber es scheint eine völlig andere zu sein, die Perspektive von AfD- und Pegida-Anhängern einzunehmen. Wer das tut, setzt sich dem Vorwurf aus zu verharmlosen. Als verbreiteten die Rechtspopulisten eine Aura, gegen die man sich nicht wehren könne; als gäbe es keine rationalen Gegenargumente; als würden sie jeden, der sich ihnen nähert, willenlos in ihren Bann ziehen.

In der AfD gibt es Menschen wie den Thüringer Björn Höcke, der in einer Diktion hetzt, wie es zuletzt im Nationalsozialismus üblich war. Auf Pegida-Demos in Dresden und auf manchen AfD-Demos in Thüringen wurde ein Haß auf Flüchtlinge und alles Fremde, Andere, Nichtdeutsche laut, der an finsterste Zeiten erinnerte.

Davon versucht man, sich zu distanzieren, da versucht man, Abstand zu halten. Dafür stellt man die AfD lieber in immer neuen Schreckensbildern dar, statt sich zu fragen, ob etwas von dem stimmen könnte, was sie sagt. Viele glauben, man dürfe mit denen nicht mal reden. Überhaupt sind viele froh, daß die AfD und Pegida im Osten erfolgreicher sind als im Westen. Aber der Osten ist nicht nur eine Himmelsrichtung, er ist eine Haltung. Er steht für eine Erfahrung.

Wenn man einen ersten Grund nennen soll, warum es die AfD und Pegida gibt: "Wir Demokraten" versuchen, die neuen Rechten von "uns" fernzuhalten. Sie haben sich in dem Niemandsland unserer Ambivalenz eingerichtet, sie profitieren davon, daß wir die Auseinandersetzung scheuen. Unser schlechtes Gewissen ist ihre Heimat.

Unsere Ängste

Seit dem Mauerfall erleben wir einen Epochenwandel: Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, der 11. September, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, die neuen Kriege, der Terror. Das sind abstrakte Schlagworte, die man benutzt, ohne noch viel über sie nachzudenken. Wir haben verstanden, daß sie unsere Gegenwart prägen, vergessen aber oft, daß sich hinter jedem dieser Worte schwer zu überschauende Veränderungswelten verbergen.

Denn die große Geschichte greift wie ein Räderwerk in die kleine, die in jedem Einzelnen von uns stattfindet. Auch hier sind die Dinge in Bewegung geraten. Erwerbsarbeit ist mittlerweile so prekär geworden, daß ältere Generationen nicht mehr verstehen, wenn einige Jüngere das als einen Vorteil, eine Herausforderung, einen Lebensstil gar betrachten. Alles ist immer im Wandel. Womöglich sind deshalb auch Familienverhältnisse prekär geworden, immer öfter emotionale Vereinbarungen auf Zeit, äußerlich mehr oder weniger feste Arrangements, denen man, wenn ihre Zeit abgelaufen ist, durch Patchworkmodelle innerlich eine Kontinuität zu geben versucht, geben muß.

Dramatische Appelle

Seit 1989 ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Im Osten nicht und auch im Westen nicht. Diese Veränderungen haben Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, nicht nur bei jenen, die AfD wählen.

Man muß sich einmal ein paar wenige Buchtitel in Erinnerung rufen, die in den vergangenen Jahren auf den Bestsellerlisten zu finden waren. 2002: Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. 2007: Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* 2008: Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Im selben Jahr: Michael Winterhoff, *Warum unsere Kinder Tyrannen werden*. 2010: Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Straftäter*. Auch 2010: Stéphane Hessel, *Empört euch!* 2012: Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall*. Und im selben Jahr: Manfred Spitzer, *Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen*.

Die Autoren dieser Bücher stammen aus allen Berufen und politischen Lagern, ein jeder ist auf seine Art Experte auf seinem Gebiet. Keinem kann man vorwerfen, AfD oder Pegida herbeigeschrieben oder das auch nur intendiert zu haben.

Seit ein paar Jahren jedoch mischen sich immer mehr andere Bücher darunter. Allesamt ebenfalls Bestseller. Es begann im Jahr 2010 mit Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, ging 2014 weiter mit Akif Pirincis *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer* und Udo Ulfkottes 2015 erschienenem Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*.

Der Graben zwischen den zuerst und den zuletzt Genannten ist breit. Dennoch ist er mit einem, sagen wir, laienhaften Auge nur schwer zu erkennen: Während die einen unsere demokratischen Werte verteidigen, wollen die anderen sie abschaffen. Mit Überhöhung, Zuspitzung und dramatischen Appellen aber arbeiten sie alle.

Warnen oder übertreiben?

Die *Spiegel*-Journalistin Melanie Amann beschreibt in ihrem gerade erschienenen Buch *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD* folgende Begebenheit: Im Oktober 2015 steht Björn Höcke auf dem Magdeburger Marktplatz und rechnet den Leuten vor, daß "jeden Tag 10.000 bis 12.000 Asylsuchende nach Deutschland" kommen. Daß das "15 Großstädte von der Größe Magdeburgs in einem Jahr" seien. Daß damit "unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauens- und Solidargemeinschaft" in Gefahr sei und daß er, "wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen", einen "Bürgerkrieg" prognostiziere.

15 Großstädte, in einem Jahr? Eine vollends unrealistische Zahl. Höckes Hochrechnung war unseriös. Er hat übertrieben. Aber haben das jene Autoren, die aus sicher gut gemeinten Gründen warnen, daß unsere Kinder zu Tyrannen werden könnten, daß die Digitalisierung Demenz auslöst und damit uns und unsere Kinder um den Verstand bringt, nicht auch getan?

Ein zweiter Grund für den Aufstieg von AfD und Pegida ist also, daß die Veränderung unserer Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren dauerhaft mit dramatischen Appellen, Krisenszenarien und einer stets zugespitzten Rhetorik beschrieben wurde.

Alle Seiten betreiben Geschäfte mit Ängsten, nicht nur die AfD. Man kann sich in Unter-

gangsszenarien verlieren, man kann Angst bekommen, daß hier irgend etwas nicht stimmt. Verlieren nicht auch jene, die nicht zu den AfD-Anhängern gehören, manchmal den Mut? Befällt sie nicht ebenfalls manchmal Zukunftsangst?

Früher war alles besser

Es gehört zu den großen, oft geäußerten Mißverständnissen, daß die Rechtspopulisten sich den sozialen Problemen nicht widmen würden. Sie tun es auf ihre Art. Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als Reaktion auf die Rettungspolitik der EU während der Bankenkrise, also aus einem ganz ähnlichen Unwohlsein heraus wie jenem, das Frank Schirrmacher in seinem Text beschrieb. Pegida nahm erst in der sogenannten Flüchtlingskrise wirklich Fahrt auf.

Gänzlich unterschiedliche Milieus fanden sich in der AfD und unter ihren Sympathisanten zusammen, und bis heute ringen sie innerhalb und außerhalb der Partei miteinander. Marktliberale Eurogegner, wütende Modernisierungsverlierer, verängstigte Mittelschichtler und anti-liberale Wohlstandsbürger.

Ein geniales Rezept

Kein Wunder, daß weder AfD noch Pegida ihrer heterogenen Anhängerschaft kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten anbieten, sie betreiben Identitätspolitik im streng nationalen Sinne. Und sie haben ein fast schon genial einfaches Rezept für die ganz verschiedenartige Wut und Verunsicherung ihrer Anhänger gefunden. Es lautet: Früher war alles besser.

Früher, das war, als Wohlstand in Westdeutschland wohlfahrtsstaatlich organisiert war und ständig wuchs. Als Männer arbeiteten und Frauen zu Hause blieben; sich um Kinder kümmerten. Und auch, als Migranten in Westdeutschland noch Gastarbeiter hießen und in der DDR Vertragsarbeiter. Die Idee war dieselbe: Irgendwann sollten alle in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Der westdeutsche AfD-Frontmann Alexander Gauland streite für ein Land, das an jenes Deutschland von vor 30 Jahren erinnere, schreibt auch Melanie Amann in ihrem Buch: "Mit mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Stabilität. Keine sperrangelweit offenen Grenzen, keine EU-Diktate aus Brüssel, keine Globalisierung, keine *Political Correctness*."

Die Ostdeutsche Frauke Petry schwärmte in ihrer letzten Neujahrsansprache: "Es gab einmal eine Bundesrepublik ohne islamischen Terror und ohne explodierende Gewalt. Ein Gestern, in dem es undenkbar war, daß Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gab ein Gestern, als die wenigsten Menschen Angst hatten, ihre Meinung offen zu äußern, ein Gestern, in dem es keine staatlich finanzierte Gesinnungskontrolle im Internet gab, ein Gestern, in dem kein systematischer staatlicher Rechtsbruch stattfand. Ich weiß, daß es viele Menschen gibt, die sich nach diesem friedlichen Gestern zurücksehnen."

Die erste Ost-West-Partei

Hört man Frauke Petry und Alexander Gauland zu, lösen sich die Gegensätze zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Ost und West, Reich und Arm wie in Luft auf. Es geht nur noch um ein warmes, weiches, besseres Gestern.

Das wäre ein dritter Grund für den Erfolg der AfD. Sie konnte sich etablieren, weil ihr gelang, woran die anderen bisher gescheitert sind: Sie vereint Ostalgie und Westalgie. Sie ist die erste wirkliche Ost-West-Partei; sie nimmt das alte Kohlsche Versprechen von den blühenden Landschaften noch einmal auf und macht es zu einer nostalgischen Zukunftsvorstellung.

Pegida dient ihr dabei als eine Art außerparlamentarischer Vorbote, Pegida versieht die AfD mit dem, was den anderen Parteien fehlt: *street credibility*.

Ich bin ein Verlierer, Baby

Frank Schirrmachers Text erschien, wie gesagt, im Sommer 2011. Die AfD gründete sich wiederum im April 2013. Und im Jahr dazwischen tanzten die jungen Menschen in den Clubs dieses Landes nach der Musik einer genauso jungen Band aus Chemnitz. Die Band heißt

Kraftklub und ihr Album *Mit K* landete noch in der Woche des Erscheinens auf Platz eins der Charts. Eine ihrer Hymnen trägt den Titel *Karl-Marx-Stadt*, und der Refrain, von dem man sich vorstellen kann, daß die jungen Menschen ihn auf den Konzerten laut mitsangen, geht so: "Ich komm aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby, original Ostler."

Sogar die *Tagesthemen*, die in den Wochen zuvor viel über die Entdeckung des NSU berichtet hatten, stellten die fünf Musiker vor, obwohl das Lied wie folgt weitergeht:

"Ich steh auf keiner Gästeliste, ich bin nicht mal cool in einer Stadt, die voll mit Nazis ist, Rentnern und Hools. Ich cruise Banane essend im Trabant um den Karl-Marx-Kopf, die Straßen menschenleer und das Essen ohne Farbstoff. Diskriminiert, nicht motiviert, von der Decke tropft das Wasser, nix funktioniert. Und so wohnen wir in Sachsen auf modernden Matratzen, immer gut drauf, auch ohne Kohle in den Taschen."

Auch im Westen feierte man Kraftklub als Sound einer neuen Generation. Vielleicht, weil man damals Hoffnung hatte, dieses verdammte Verlierergefühl, das seit dem Mauerfall an den Ostdeutschen klebt, ließe sich einfach wegtanzen. Doch Kraftklub blieb nichts als eine Anekdote, ein Zeichen, daß man sich die Großzügigkeit nahm, geflissentlich zu übersehen, was im Osten wirklich geschah. Eines von vielen Zeichen. Ein paar Jahre später sandte der Osten ein ganz anderes Signal seiner Kraft. Pegida versammelte sich montags.

Unsere Lebenslügen

Wer wissen will, ob etwas von dem stimmt, was die Rechten sagen, der muß in den Osten schauen. Denn auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist, ihr Popularitätssprung im Osten ist augenscheinlich. Der Historiker Philipp Ther ist ein Westdeutscher, der sich mit dem Osten wirklich auskennt. Ther leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität in Wien; er hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das den Titel *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent* trägt und die erste Geschichte des Neoliberalismus in Europa ist.

Seine Beobachtung: Nach 1989 setzte sich überall in Osteuropa eine neoliberale Wirtschaftsordnung durch. Sie war durch Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau und die Akzeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet. Der Staat zog sich aus immer mehr Verantwortungsfeldern zurück; so, hoffte man, würde man denselben Wohlstand erreichen wie in Westeuropa. Das ging schief. Aber nicht nur das, auch die Hoffnung des Westens erwies sich als trügerisch, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs alles beim Alten bleiben würde. Die Einführung von Hartz IV ist das große Monument dieses Umbruchs. Ther nennt sie deshalb eine Kotransformation Westdeutschlands.

Das Spannendste an Thers Buch ist, daß er Ostdeutschland wie selbstverständlich zu Osteuropa zählt. In keinem anderen Land sei die Wirtschaft so stark zusammengebrochen wie im Osten nach Währungsunion und Wiedervereinigung, sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von vor 1989. Nur in Bosnien und Herzegowina findet man ähnliche Zahlen - allerdings nach dem Jugoslawienkrieg. In jedem anderen Land hätte "eine derartige Katastrophe massenhafte Proteste und die Abwahl der Regierung" nach sich gezogen, schreibt Ther. Statt dessen stimmten die Ostdeutschen mit den Füßen ab und zogen nach Westen. Junge, Schlaue, Frauen.

"Das erzeugt Protestpotential"

Auch deshalb plädiert Ther in Bezug auf die AfD für einen Perspektivwechsel: "Das Wählerverhalten der Ostdeutschen liegt im osteuropäischen Schnitt und ist gar kein überraschendes Phänomen. Die sozialen Verwerfungen treffen im Osten breitere Schichten, selbst jene, die Arbeit haben, haben eher ungute Perspektiven. Sie werden schlecht bezahlt oder oft nur befristet beschäftigt. Das erzeugt ein Protestpotential." In Polen regiert die nationalkonservative PiS, in Ungarn der autoritäre Viktor Orbán mit seiner rechten Fidesz, in der Slowakei sitzen Nationalisten mit in der Regierung und in Tschechien wirtschaftsliberale Populisten.

Das ist ein weiterer, nunmehr vierter Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten: Der Osten ist

nach dem Mauerfall zu einem Raum geworden, in dem sich alle Faktoren noch einmal radikalieren. Der Großteil der Menschen lebt in weniger Wohlstand als diejenigen im Westen. Diese Verwerfungen finden ihren Ausdruck in radikaleren politischen Ansichten. Im Protest gegen die etablierten Parteien artikuliert sich das Gefühl, zu schwach für neue Herausforderungen und nochmalige Veränderungen zu sein. Aber diese Schwäche ist keine irrationale Angst, sondern sie ist für nennenswerte Teile der Gesellschaft Realität.

Unsere Ungerechtigkeit

Wenn man also sagt, der Osten ist keine Himmelsrichtung, sondern er steht für eine Erfahrung, dann ist es die des sich nicht einstellenden Wohlstands.

Echter Wohlstand ist für viele Ostdeutsche nach dem Mauerfall eine Fiktion geblieben, den vieler Westdeutscher jedenfalls werden sie nie erreichen: Weniger als zehn der 500 reichsten Deutschen leben in den neuen Bundesländern; laut Statistischem Bundesamt verfügte ein westdeutscher Haushalt im Jahr 2013 über ein Nettovermögen von durchschnittlich 140.300 Euro, der Wert im Osten lag bei 61.200 Euro.

Ostdeutsche verdienen nicht nur weniger, sie besitzen auch weniger Immobilien, Aktien, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Dieses Wohlstandsgefälle wird sich in den nächsten Generationen fortsetzen: Westdeutsche Akademikerkinder erben größere Summen, Ostdeutsche und Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten oder Arbeitslosen im Normalfall kaum etwas.

Es betrifft auch den Westen

Wenn die Rechtspopulisten im Osten, in diesem geschwächten Raum, leichter Fuß fassen können, kann der Rest des Landes das zwar ignorieren, aber nur so lange, bis das Phänomen auch dorthin schwappt. Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, gibt es eine Mittelschicht, die Angst vor dem Absturz hat.

Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung, das war über Jahrzehnte ein milieuübergreifendes Narrativ, eine identitätsstiftende Erzählung, eine beinahe religiöse Formel. Eigentlich in beiden deutschen Ländern. Aber diese Erzählung glauben heute viele nicht mehr. Erkannt haben das längst eigentlich alle Parteien, wirklich reagiert hat darauf aber nur die AfD.

Die Rechtspopulisten, und das ist ein weiterer, fünfter Grund für ihren Erfolg, haben dieses Vakuum zum Kern ihrer Botschaft gemacht. Sie sprechen für jene, die das Gefühl haben, mit ihnen und für sie spreche niemand mehr. Im Moment scheint diese Symbolpolitik zu genügen. Im Moment reichen zwei einfache neue Feindbilder: die Eliten und die Fremden, die Flüchtlinge, die Anderen.

Unsere Zukunft

Warum kümmert sich die Politik nicht mehr um Fragen der gerechten Verteilung von Wohlstand und Vermögen? Warum ist in Ostdeutschland ein Raum entstanden, in dem sich alle Faktoren radikalieren können? Die AfD hat mit ihren Antworten nicht recht, aber mit manchen ihrer Fragen. Und sie spricht in Wahrheit zu jenen, die sie nicht wählen.

Auch deshalb schert sie sich nicht viel um ein Programm, scheint sich in ihren eigenen Strömungen zu verlieren und immer wieder selbst zu zerlegen. Sie sammelt mit teils rassistischen Parolen den Protest von der Straße auf und trägt ihn in die Gesellschaft, in die Medien und in die Parlamente, sie nimmt eine Kommunikation wieder auf, die lange brachgelegen hat. Sie widmet sich dabei nicht der Frage, wer wir eigentlich sein wollen, aber vielleicht muß sie das aus ihrer Sicht auch nicht.

Die AfD hat keine Lösungen, aber sie zeigt Probleme auf. Wenn man daran etwas Positives finden will: Immerhin macht es Politik lebendiger. Nun ist es an uns, über uns, unser Land und unsere Zukunft anders nachzudenken. Gerade weil die bisherigen Antworten nicht mehr allen genügen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 1. Mai 2017: >>ARD bezeichnet Weidel als "Nazi-Schlampe"

Kaum ist der nur mit großem Polizeiaufgebot möglich gewesene AfD-Parteitag vorüber, da versuchen ARD und ZDF erneut, alles in den Dreck zu ziehen, was mit der AfD zusammenhängt. Und die Methoden werden immer übler. Zuerst schlug "Monitor" zu, bevor "Extra 3" dann einen neuen Tiefpunkt der Hetze erreichte.

Nachdem viele gehofft hatten, die Alternative für Deutschland würde sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende selbst zerlegen, verlief dieser dann aber letztlich doch recht gut. Die AfD wählte Alexander Gauland und Alice Weidel zum Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf, und in der Demoskopie geht es wieder etwas nach oben.

Nun ziehen die hegemonialen Mainstream-Medien erneut alle Register, um die Partei niederzuschreiben und schlechtzureden. Ein weiterer, trauriger Tiefpunkt wurde hierbei in der ARD erreicht. Zuerst fing es bei "Monitor" an, dann ging es bei "Extra 3" direkt weiter: Hetze ohne Ende und das auf teilweise aller übelste Art. Ausdrücke wie "braune Suppe", "rechts", "Fremdenfeindlichkeit" fielen in Variationen immer und immer wieder.

Hier einige weitere Zitate: *"Ich würde auch nicht vor die Tür gehen, wenn ich weiß, daß der Meuthen da rumläuft", "brauner Rauch stieg auf", "Endsieg", "Rechtsradikale von der AfD", "es hat sich sehr viel geändert, zum Beispiel hat sich schon lange keiner mehr in seinen Bunker verkrochen und seinen Schäferhund vergiftet", "Sie sprechen die Partei mit dem Herzen an und wie ist das, wenn immer nur ein Arsch antwortet?", "es herrscht blanker Haß in der Partei", "bei Alice Weidel ist rechts kein Platz mehr frei" (soll heißen: weiter rechts geht es nicht mehr), "die AfD ist wie ein Teller Chicken Wings, da gibt es auch viele Flügel, aber solange alle braun sind, ist das in Ordnung".*

Alexander Gauland, der Grandseigneur der Partei, wurde als "brauner Hetzer" und "senil" tituliert. Und dann der Höhepunkt: Dr. Alice Weidel, seit langem Mitglied des Bundesvorstandes der AfD, wurde als "Nazi-Schlampe" bezeichnet.

Ich hatte den Eindruck, das hört gar nicht mehr auf. Gefühlt ging das in beiden Sendungen zusammen mindestens 20 bis 30 Minuten, alleine bei "Extra 3" tatsächlich gestoppt über 13 Minuten non stop nur gegen die AfD, siehe ab Minute 23:22, und anschließend kam dann gleich Marine Le Pen auch noch dran.

Stigmatisierung und Diffamierung durch Konditionierung

Die Masche ist klar. Gewisse Kräfte in der Gesellschaft haben es durch jahrzehntelange Indoktrination geschafft, bestimmte Ausdrücke wie zum Beispiel "rechts" vollkommen zu diskreditieren. "Rechts" klingt inzwischen für die meisten negativ, was völlig ungewöhnlich ist, hat dieses Wort doch ursprünglich eine sehr positive Bedeutung von "den rechten Weg finden", "rechtschaffen", "Rechtsstaat", "Recht und Ordnung" usw. "Rechts" ist eigentlich eng verwandt mit "richtig" im Gegensatz zu "links", das an linkisch (ungeschickt, plump), an "falsch" im Sinne von hintertrieben erinnert usw.

Der Stigmatisierungs- und Diffamierungs-Trick funktioniert wie folgt: Man arbeitet zunächst daran, einen Ausdruck, hier "rechts" über Jahrzehnte hin extrem negativ zu konnotieren, am besten mit schrecklichen Bildern - die meisten denken bei "rechts" heute an Hitler und den Holocaust, also die allerschlimmsten Verbrechen. Sie denken nicht an Freiheitsliebe, was in Wahrheit viel mehr mit rechts zu tun hat. Und diese negativen Assoziation werden immer und immer wieder heraufbeschworen.

Die Steigerung von "rechts" ist zunächst "rechtsgerichtet", dann "rechtsradikal" und der Superlativ der Stigmatisierung ist schließlich "Rassist" oder "Nazi". Schafft man es, jemanden als Rassisten oder Nazi abzustempeln, ist er verloren. Kein Mensch hört ihm dann noch unvoreingenommen zu. Ja, so kann man Leute regelrecht zerstören.

Und genau das ist von den Akteuren, die so operieren, auch gewollt. Denn schafft man es, ein

Etikett "Nazi" auf eine Flasche Wein, hier die AfD zu kleben, so wollen 80 bis 90 Prozent diesen Wein nicht mehr trinken, weigern sich strikt, die Flasche zu öffnen und auch nur einen Schluck zu probieren, egal wie der Wein in der Flasche tatsächlich schmeckt.

Ihnen reicht der Anblick des Etiketts, das in ihnen ein Übelkeits-Empfinden und Angst-Gefühle evoziert, um diese auf den Wein in der Flasche zu übertragen. Sie sind dann absolut unfähig, sich davon nochmal zu lösen. Die Übertragung und Kopplung ist wie bei Pawlows Hund kaum rückgängig zu machen.

Das Etikett ist dann erfolgreich verpaßt. Die Assoziationen laufen unterhalb der Bewußtseins-Ebene: *rechts - rechtsradikal - braun - braune Suppe - eklig - Nazi - AfD - widerwärtige Partei - nicht wählbar - muß bekämpft werden - muß vernichtet werden - mit allen Mitteln - Hitler hat man damals nicht gekriegt, leider! - aber jetzt! - die sind fällig - wenn wir die jetzt leiden lassen und fertig machen, richtig fertig, dann können wir vielleicht die nie gesühnte Schuld von damals doch noch abtragen ...*

Es ging niemals wirklich um Höcke

Was gestern auffiel und das scheint mir sehr aufschlußreich zu sein: Nachdem Höcke sich selbst aus dem Schußfeld genommen hat, indem der dem Parteitag vollkommen fern blieb - das Maritim-Hotel hatte ihm wohl sogar Hausverbot erteilt -, schoß man nun gegen andere: Meuthen, Gauland und auch Weidel. Alle wurden niedergemacht. Alle!

Das ist ein Beleg für die Vermutung: Es geht und ging in Wahrheit niemals um Höcke. Wenn der weg wäre, würde man sich sofort den nächsten aussuchen und dann den gezielt abschießen. Dann den übernächsten und überübernächsten und immer so weiter. Sollten die AfD-ler auf diesen Trick reinfallen, dann müssen sie wohl damit rechnen, daß dies niemals aufhören wird. Denn sobald deren zahlreichen Feinde merken, daß sie mit dieser Strategie Erfolg haben, die eine völlig gängige Kriegsführungs-Praxis darstellt - immer einen am Rand abzuschießen und wenn der gefallen ist, den nächsten -, dann werden sie damit immer weitermachen. Und das wird niemals enden.

Einzig sinnvolle Gegenstrategie: Geschlossenheit

Wenn die AfD gut beraten ist, dann sollte sie also nicht auf all die Schlaumeier hören, die von strategischem Denken meist so viel Ahnung haben wie eine Kuh von der Käseherstellung und die meinen, wenn man Höcke und einige andere opfere, dann werde das aufhören, dann wäre man plötzlich ganz lieb zur AfD, die Diffamierungen hörten dann auf, man würde dann endlich fair berichten und die "bürgerliche Mitte" wählte dann plötzlich in Scharen die AfD. Gegen dieses gezielte Abschießen Einzelner am Rande, welcher sich dadurch natürlich immer weiter verschiebt, wird es nur eine sinnvolle Gegenstrategie geben: alles abprallen lassen. Absolute Geschlossenheit.

Man sollte sich innerhalb der Partei klar machen: die am Rand gehören dazu und schützen die anderen. Also müssen diese ihnen Rückendeckung geben, auch wenn sie eine andere Position haben als jene. Das gehört nun mal zu einer Partei dazu, die ein gewisses Spektrum abdecken will. Und wenn die AfD eine Volkspartei werden oder sein will - das Zeug dazu hat sie allemal -, dann muß sie genau das aushalten.

Wichtig wird sein, daß alle eine gemeinsame Basis haben und bei aller Unterschiedlichkeit für den gemeinsamen Erfolg kämpfen. Die sachlichen und auch menschlichen Differenzen gilt es auszuhalten und auf faire Art und Weise auszutragen. Nach außen aber wird nur Geschlossenheit helfen können gegen diese massiven Diffamierungen und bösartigen, niveaulosen Attacken unterhalb sämtlicher Gürtellinien.

Ausblick

Die Gegner dieser Partei, die auf absehbare Zeit viel mächtiger sind und nicht nur die Medien vollkommen unter ihrer Kontrolle haben, werden alles versuchen, die AfD auseinander zu dividieren. Dabei werden sie insbesondere immer wieder versuchen, einzelne Leute rauszu-

schießen. Läßt die AfD sich darauf ein, wird das niemals aufhören. Denn hat der Gegner erstmal Blut geleckt, wird er das immer weiter treiben. Jetzt sind schon Meuthen und Weidel dran. Wer hätte das vor einigen Wochen oder Monaten gedacht?

Vielleicht ein kleiner Trost für die AfD und ihre Anhänger: Auf lange Sicht setzt sich die Wahrheit fast immer durch. Manchmal dauert es nur schrecklich lange. Das antidemokratische, faschistoide Parteien-Kartell wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Die Leute sind zwar meist ein bißchen blöd, die meisten aber nicht völlig. Immer mehr werden merken, was hier abläuft. Die Parole der AfD könnte also lauten: durchhalten und strategisch denken. Das wird ein langer Kampf, der aber durchaus zu gewinnen ist.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>**Die Goldene Hoftrumpete für den Monat Juni geht an: DIE WELT**

"Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und Entscheidungsträgern die öffentliche Meinung kundzutun. Darüber hinaus wirken sie durch Kontrolle und Kritik an der Meinungsbildung mit", schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Schöne Worte! Denn von "Kontrolle" und "Kritik" ist in unseren Medien kaum etwas zu lesen - vor allem nicht, wenn es um die Politik der Bundesregierung geht.

Um die Medien an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern, verleiht der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten monatlich an besonders regierungsfreundliche Medien, Verbände oder sonstige Meinungsbildner die "Goldene Hoftrumpete für besonders willfährige Regierungsberichterstattung".

Dieses Mal geht die Goldene Hoftrumpete an Ulf Poschardt, Chefredakteur 'Die Welt', für seinen Artikel "Angela Merkel ist endlich da, wo sie stets sein wollte" (Die Welt, 29.5.17). Denn was Diederich Heßling für Kaiser Wilhelm, das ist Ulf Poschardt für die Bundeskanzlerin. Wie der "Untertan" in der legendären Verfilmung von Heinrich Manns Roman rennt er mit allzeit bereitem Enthusiasmus neben der Kutsche der angebeteten Herrscherin her, schwenkt unverdrossen seinen Hut und schreit "Hurra!" Und das schon seit vielen Jahren - Ulf Poschardt ist ein echter Wiederholungstäter.

Mit dieser Jubelarie feiert er Angela Merkel als "inoffizielle Führerin der freien Welt" und "Ikone des Westens". Vor Merkels "Aura" verblassen glatt amerikanisch-russisch-britische Leichtgewichte wie Donald Trump, Wladimir Putin und Theresa May. Damit schießt er den Vogel ab. Angela Merkel als "archimedischer Punkt der liberalen Demokratie", um den "Politpopstars" wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der kanadische Premier Justin Trudeau sich balzend drängeln? Eine Hoftrumpete allein reicht da gar nicht.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Denk ich an Deutschland in der Nacht ...**

"... dann bin ich um den Schlaf gebracht". So seufzte Heinrich Heine vor über 150 Jahren aus Paris in einem Brief an die geliebte Mutter im fernen Düsseldorf. Ich würde meiner Mutter heute schreiben: "... dann höre ich, wie Merkel lacht!" Heine mußte aus Deutschland fliehen, weil er Fürsten, Adel und Kirche kritisierte. Er wollte Demokratie und Gerechtigkeit. Ich würde am liebsten aus Deutschland fliehen, weil eine Frau zwar Fünfjahrespläne erfüllen gelernt hat, aber Deutschland gerade abgeschafft hat.

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß ein ewig mißmutiger Schwabe den ewigen Schuldenmachern in Griechenland seit Jahren Milliarden Euros auf den Ouzo-Tisch schob und gerade wieder schiebt. Was sollte Merkel auch groß dazu sagen? Von Geld hat sie schon immer nie Ahnung gehabt; im Osten gab's nur "Alu", im Westen kassierte sie "plötzlich und unerwartet", ohne je einen Finger zu rühren, Staatsknete wie Lotto. Was also wird sie schon groß gedacht haben? Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu ...

daß unter frenetischem Jubel von Rot und Grün "endlich" die Kernkraftwerke in Deutschland

abschalten mußten. Natürlich wußte sie, daß in Fukushima kein einziger Mensch durch irgend etwas "Verseuchtes" zu Tode gekommen war. Und sagte trotzdem "Ausstieg". Und so blechen die Deutschen heute immer mehr Millionen für eine Sonne, die trotz Klimaerwärmung nicht genug scheint. Für Windräder, die trotz Wind stillstehen, weil die Stromleitungen fehlen. Und damit wir nicht erfrieren, kaufen wir den teuren Atomstrom beim Nachbarn - verbrennen wieder Kohle - säen, ernten und verbrennen Raps und Mais für teuren "Bio-Sprit". Was Merkel in der Staatskarosse denkt: Mir doch egal!

Wider besseres Wissen (?)

öffnete sie im September 2015 angeblich "alternativlos" Deutschlands Grenzen, breitete die molligen Ärmchen aus: Kommt her zu mir, die ihr müßig und mit leerem Magen seid - ich will euch erquicken! Die Plüsch-Teddys flogen, Muttchen machte Selfies für's globale Fotoalbum. Germoney, for ever! Als es nach nur sechs Monaten schon eine Million war (und immer mehr wurden), muckte sie trotzig im kleinen Kreis: Mir doch egal!

Deutsche Grenz-Gesetze? Gebrochen. EU-Einreise-Gesetze? Gebrochen. Ihren Amtseid? Gebrochen. Und seitdem arbeiten die Deutschen für "Flüchtlinge", die keine sind. Und Merkel kaut seelenruhig weiter Fingernägel... Und Politiker von Schwarz über Rot bis Grün hämmern denen, die schon länger hier leben, weiter ein, daß sie ja kuschen sollen. Sonst kommen die Mainstream-Medien mit dem Nazi-Pranger.

Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann höre ich, wie Merkel lacht ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Juli 2017 (x892/...): >>"Was alles mit Linkssein nicht zu tun hat"

"Was alles mit Linkssein nichts zu tun hat:

Haß.

Hetze.

Gewalt.

Indymedia.

Steinewerfen.

Autos anzünden.

Molotow-Cocktails.

Molotow.

Lenin.

Stalin.

Beria.

Jeschow.

Jagoda.

Die Oktoberrevolution.

Die Tschistka.

Der Holodomor.

Robespierre.

Guillotine.

Vendee.

Der Realsozialismus.

Der Nationalsozialismus.

Die DDR.

Honecker.

Ceausescu.

Die Stasi.

Mao.

Die Kulturevolution.

Der Große Sprung nach vorn.

Die Roten Khmer.

Killing fields, Venezuela.

Kuba.

Che Guevara.

Kim I. bis III. und evtl. IV.

Die RAF.

Unterdrückung des Geistes.

Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit.

Unterdrückung der Eigeninitiative.

Unterdrückung überhaupt.

Der Kampf gegen rechts, sofern "Kampf".

(Michael Klonovsky 14.07.2017) ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Blau, die Farbe fürs Herz

Was ist der Unterschied zwischen CDU-Merkel und SPD-Schulz? SIE hat keinen Bart! ER kaut keine Fingernägel. Soweit man weiß.

Zwischen FDP-Lindner und dem GRÜNEN Özi? Der Christian hat die Haare schöner. Hat ja auch mindestens 10.000 Euro gekostet; der Knick in Cem's Pupille wäre wohl teurer.

CSU-Seehofer und die SED-LINKE Wagenknecht? Er kann besser Merklin-Eisenbahn. Aber Sarah ist eindeutig hübscher geschminkt. Jedenfalls besser als Honecker.

Ansonsten? Wie unterscheiden sich die sechs Parteien, die Deutschland im Griff haben? Natürlich, durch die Farben: Merkel-Schwarz, Schulz-Rot, Honecker-Rot, Geld-Gelb, Regenbogen-GRÜN, Weißbläulich. Ansonsten? So, wie ZK-Berlin und MAINSTREAM befehlen. Deutschland muß weg!

Gut, bei der CDU nur jene, die immer noch von HEIMAT schwafeln. Bei der SPD, wer noch von LEITKULTUR murmelt. Bei der FDP alle, die mal liberal-national dachten. Bei den GRÜNEN nur die SCHWEINEDEUTSCHEN, also fast alle. Bei den SED-LINKEN die Kapitalistenschweine, also alle. Und bei der CSU? Nur jene obstinaten Bayern, die mal Franz-Josef Strauß bis zum absoluten Gipfel nachkraxelten.

Was also bleibt den Deutschland-Deppen? Die immer noch nicht ausgetauscht sind? Die immer noch ausharren im Land der Dichter und Denker? Des Schwarzen Goldes, der Grünen Wälder? Wen sollen sie wählen am 24. September? N o c h dürfen sie ja so frei sein in der Kabine...

Also wen sollen die wählen, die schon länger hier leben?

Blau! Die Farbe, die das Herz wieder beruhigt. Wenn es um Deutschland geht. Die Farbe der AfD ist Blau ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 2017 (x887/...): >>Ein "Mordsweib"?

Ungesund und fatal ist die Beziehung der Deutschen zu ihrer Kanzlerin

Ihr lieben Deutschen, was fasziniert euch an dieser Frau? Das Äußere kann es eher nicht sein, aber das ist geschenkt. Sicher, man kennt sich. Man hat sich aneinander gewöhnt. Aber diese bedingungslose Hingabe? Ihr seid ihr verfallen. Es ist eine mörderische Beziehung. Diese Frau nimmt Euch aus. Sie tut Euch nicht gut. Sie fährt mit Euch Schlitten und noch dazu voll gegen die Wand. Es ist ein Rätsel.

"Angela Merkel wird immer beliebter", freut sich die "Zeit". Die Wochenzeitung präsentiert eine Infas-Umfrage, nach der sich 36 Prozent der Wähler für die Kanzlerin "richtig begeistern". Infas-Chef Menno Smid staunt: "Wir haben die Intensität einer affektiven Haltung ge-

messen. Eine solche Messung ist gegenüber kurzfristigen Themeneinflüssen erfahrungsgemäß robust." Sprich: Dies ist mehr als eine Schwärmerei. Heiß und innig sind die Gefühle für die Angebetete.

"Frau Merkel, Sie sind ein Mordsweib", begeisterte sich einer ihrer zahllosen Fans jüngst in Essen. Die Kanzlerin sprach in der dortigen Philharmonie über "Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert". Um Deutschland ging es ihr dabei weniger. Als Weltkanzlerin präsentierte sich die lila Beblazerte an diesem Abend. Sie wolle Wohlstand für alle und das rund um den Globus. Kaum einer ihrer Sätze endete ohne Beifall.

Zur Fragerunde erhob sich ein Mann, der sich als Unternehmer und Vater von vier Kindern vorstellte. Sie nehme zwar oft Bezug auf Ludwig Erhard, erklärte dieser kritische Denker, aber ob ihr denn nicht bewußt sei, daß dieser sich nur für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich gesehen habe. Erhard habe sicher nicht geglaubt, daß Deutschland berufen sei, auch zum Beispiel für den Wohlstand in Afrika zu sorgen.

Leider folgte kein Moment der Klarheit im Publikum. Der Mann wurde ausgebuht. Merkels Antwort enthielt dann unter anderem einen Verweis auf das Römische Reich. Der antiken Großmacht sei es immer gut gegangen, wenn sie statt auf Abschottung auf Ausgleich mit den Nachbarn gesetzt hätte.

Einen Multi-Kulti-Exzeß namens Völkerwanderung erwähnte sie nicht: "Zahllos wie die Funken des Ätnas", so der Zeitzeuge Ammianus Marcellinus, strömten die germanischen "Flüchtlinge" im vierten Jahrhundert nach Christus ins Reich. Auch aus christlicher Nächstenliebe waren sie hereingelassen worden. Sie brachten Gewalt, Chaos und Niedergang.

Der Althistoriker Alexander Demandt hat mit "Das Ende der alten Ordnung" einen lesenswerten Aufsatz darüber geschrieben. Aber zurück zur Magna Mater, zur großen Mutter: Muttis Sicht auf die Geschichte ist ebenso zweckorientiert wie vieles andere. Fakten stören da nur. Und sie kann es sich leisten. "Eine Mutter kann nicht abgewählt werden", hat der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz schon vor einigen Jahren im Hinblick auf die Wahlerfolge Merkels festgestellt. Er attestierte den Deutschen eine Sehnsucht nach Mütterlichkeit. Sein Kollege Tilman Moser spricht vom "regressiv eingerastetem Vertrauen". Mit kindlichem Urvertrauen begegnen die Deutschen ihrer Angela Merkel. Sie werden bitter enttäuscht werden.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 22. Juli 2017 (x953/...): >>**Lügen die Medien?**

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.

von Jens Wernicke

Ein neues Buch aus dem Rubikon-Umfeld geht der Frage nach: Lügen die Medien? Zu Wort kommen die Journalisten Walter van Rossum, David Goeßmann, Ulrich Teusch, Volker Bräutigam, Ulrich Tilgner, Stephan Hebel, Werner Rügemer und Eckart Spoo. Die Wissenschaftler Noam Chomsky, Daniele Ganser, Rainer Mausfeld, Uwe Krüger, Jörg Becker, Michael Walter, Erich Schmidt-Eenboom, Klaus-Jürgen Bruder und Kurt Gritsch. Sowie mit Maren Müller, Hektor Haarkötter, Sabine Schiffer, Gert Hautsch, Rainer Butenschön, Markus Fiedler und Daniela Dahn wichtige Stimmen aus der Zivilgesellschaft.

Die Mehrheit der Bürger vertraut den Medien nicht mehr. Der Begriff der Lügenpresse geistert durchs Land. Viele haben erkannt: Eine von Konzerninteressen, Hochglanzwerbung und politischer Agitation à la "Deutschland geht es so gut wie nie zuvor" (Angela Merkel) geprägte "Berichterstattung" hat mit ihrer sozialen Realität nichts mehr gemein. Eine "Kernschmelze des Vertrauens" (Edelman Trust Barometer 2017) findet statt.

SPD-Urgestein und Herausgeber der *NachDenkSeiten* Albrecht Müller kritisiert die Medien daher als "Kampfpresse". Nach seinen Worten sind die Medien zu Sprachrohren der Mächtigen verkommen und stehen Gewehr bei Fuß, wenn es etwa um die Legitimation von Sozialabbau geht.

Andere Medienkritiker werfen den Medien sogar Propaganda vor und verweisen auf eine Berichterstattung, die kein Problem damit hat, entgegen journalistischer Standards mit Lügen den Weg in eine Politik zu ebnet, für die Kriege und das Anstacheln von Feindseligkeiten selbstverständlich geworden sind.

Fest steht: Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Wenn selbst führende Politiker inzwischen eine "erstaunliche Homogenität" (Frank-Walter Steinmeier) und mangelnde Meinungsvielfalt der Presse beklagen, wird deutlich: Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, die nicht länger hinzunehmen ist.

Doch warum? Was sind die Probleme und Ursachen? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch denk- und vorstellbar?

Der Medienmainstream beantwortet diese Fragen üblicherweise mit Aussagen wie "Wir sind nicht gesteuert, Fehler passieren jedem einmal," oder verortet die Krisenursachen mit der Behauptung "Das ist doch alles Verschwörungstheorie!", beim Publikum selbst.

Eine umfassende und vielstimmige Medienkritik tut daher not. Eine Kritik, die den Bürgern die "intellektuellen Waffen" (Pierre Bourdieu) an die Hand gibt, derlei Ausflüchte und Entmündigungsversuche als das zu erkennen, was sie sind. Eine Medienkritik, die für die Bürger Partei ergreift und sich bewußt ist, daß "die Propaganda für die Demokratie (dasselbe ist) wie der Knüppel für einen totalitären Staat" (Noam Chomsky).

Jens Wernicke hat mit zahlreichen Medienexperten über die verschiedenen Facetten der Krise gesprochen und sucht nach Lösungen und Auswegen. Das Resultat ist ein unverzichtbares Kompendium der Medienkritik.

Buchtitel: *"Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung". Das Medienkritik-Kompendium ... Westend-Verlag ...*<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Kraus schrieb am 26. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Fake-Politik**

Was sind die wirklich wichtigen Themen, die unser Land bewegen und unsere Zukunft entscheiden? Zuwanderung, islamischer Terrorismus, Währung, Energie, Familie, Finanzierung der Sozialsysteme! In all diesen Bereichen hat die etablierte Politik versagt.

Um davon abzulenken, propagiert sie Fake-Themen und schüchert die Bevölkerung mit angeblichen Gefahren ein: Klimawandel, Rußland, Trump. Und jeden, der sich lieber um die wirklich wichtigen Dinge kümmert statt um die Fake-Themen, beschimpft sie als "Rechtspopulisten". Das anzusprechen, was unser Land prägt, wird zu einem Akt des Mutes, denn die relevanten Themen sind alle tabuisiert: sie sind "politisch inkorrekt".

Kein Land kann sich einen Kampf gegen die Wirklichkeit leisten. Kein wirkliches Problem wird durch Wegschauen gelöst. Entweder gelingt es, offen über das zu streiten, was wichtig ist - oder in allen wichtigen Themen werden die gewinnen, denen es nicht um das Wohl Deutschlands, sondern seine Zerstörung geht.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 31. Juli 2017: >>**"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"**

Bürgerliche Reformpartei oder Rechtsaußen-Truppe? Der AfD-Bundestagskandidat Marc Jongen, der den Medien als der "Denker" der Partei gilt, mahnt zu einem haarscharfen Kurs jenseits der Anbiederung, aber diesseits übertriebener Widerstandsrhetorik.

Herr Dr. Jongen, die AfD ist 2013 als bürgerlich-konservative Alternative der Mitte gestartet, heute gilt sie dagegen als populistische Rechtspartei. Ist diese Beschreibung eine Verleumdung der Medien oder trifft sie zu?

Marc Jongen: Mit der AfD hat sich politischer Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands durch unsere moralisch und geistig korrupten Eliten formiert. Das war 2013 schon so "populistisch" wie heute - dieser Begriff wurde auch schon der Lucke-AfD angeheftet, ebenso wie der Begriff "rechts". Daß der Ausverkauf Deutschlands mehr Dimensionen hat als nur die

monetäre, das war bereits bei Gründung der Partei für viele sichtbar. Insofern sind inzwischen nur Themen explizit gemacht worden, die von Anfang an im Widerstandspotential der AfD angelegt waren.

Verneinen Sie, daß die Partei sich verändert hat?

Jongen: Nein, mir ist nur die Allerweltsdiagnose "Rechtsruck" dafür zu simpel und zu denunziatorisch. Wenn man den Mainstream-Medien und dem politischen Gegner Glauben schenkte, müßten die Funktionäre der AfD längst in SA-Uniformen durch die Straßen marschieren und "Sieg Heil!" brüllen, so oft wurde der Partei bereits ein "weiterer Rechtsruck" angedichtet. Das Ganze ist ein sehr durchschaubares - und sehr schmutziges - Mittel des politischen Kampfes hierzulande: Wo die Argumente des Gegners gefährlich werden, weil sie zu sehr ins Schwarze treffen, dort stellt man von Argumentieren auf Diffamieren um. Und mit nichts diffamiert es sich in Deutschland bekanntlich besser als mit der Nazi-Keule.

"Es gilt 'rechts' von 'rechtsradikal' zu befreien"

Also alles Verleumdung der Medien?

Jongen: Eine gründliche und ehrliche Analyse ergibt doch, daß der thematische Hauptschwenk, den die AfD vollzogen hat, nämlich vom Euro-Thema hin zum Migrationsthema, ganz wesentlich mit der Veränderung der politischen Großwetterlage zu tun hat. Als im Sommer 2015 die Migrationskrise dank Angela Merkels Rechtsbrüchen mit voller Wucht über uns hereinbrach, wollte auf Wahlveranstaltungen der AfD kein Mensch mehr etwas über die Finanz- und Währungskrise hören. Wenn Sie einen Rohrbruch haben, zugleich aber der Dachstuhl brennt, dann werden Sie auch alle Kräfte auf den Brand als das weitaus größere Problem konzentrieren.

Nun wird das aber als Verschiebung der AfD nach rechts wahrgenommen. Was bedeutet das für ihre strategische Positionierung auf dem Schachbrett der Politik?

Jongen: Langfristig ist der Begriff "rechts" zu rehabilitieren und von der Gleichsetzung mit "rechtsradikal" zu befreien, wie sie der "Kampf gegen Rechts" perfiderweise suggeriert. Dazu muß die linke Diskurshegemonie aber erst gebrochen werden. Und im politischen Kampf bedeutet Überhastung zumeist, das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen. Abgesehen davon habe ich nicht den Eindruck, daß unser Wahlprogramm besonders "rechts" wäre.

Nach den politischen Maßstäben, die bis vor wenigen Jahren noch allgemein gegolten haben, ist es viel eher als klassisch bürgerlich und grundvernünftig zu bezeichnen. Am "revolutionärsten" ist noch unsere Forderung nach mehr Volksabstimmungen, aber auch hier dient uns die stocknüchterne bürgerliche Schweiz als Vorbild. Der Eindruck der Rechtslastigkeit entspringt einer optischen Täuschung: Wenn eine CDU-geführte Regierung Politik nach der linksradikalen Parole "No borders, no nations" macht, dann geraten Verfassungstreue, Grenzschutz und politische Vernunft eben unter den Verdacht des "Rechtsextremen".

"Da die Politik irrsinnig ist, müssen wir drastisch sein"

Ihren Ruf, nach rechts gewandert zu sein, verdankt die AfD allerdings kaum einer anspruchsvollen konservativen Argumentation - Stichwort: "Diskurshegemonie brechen" -, sondern politischen Provokationen. Ist das eine kluge Strategie?

Jongen: Wie gesagt hat die AfD ihre Schwerpunktsetzung und ihre Rhetorik den veränderten politischen Verhältnissen angepaßt. Da diese Verhältnisse nur noch als irrsinnig zu bezeichnen sind, müssen auch die Worte, die sie anprangern, drastische sein. Das war und ist eine politische Notwendigkeit. Ich verhehle allerdings nicht, daß ich angesichts mancher unbedachten Äußerung von Parteifreunden in letzter Zeit öfter den Kopf geschüttelt habe.

Einige scheinen es für einen besonders klugen Schachzug zu halten, exakt dem Klischee zu entsprechen, das der politische Gegner auf uns projiziert. Ich bin nicht gegen gezielte Provokationen, aber diese sollten intelligent und entwaffnend sein, nicht die üblichen Beiß- und Abwehrreflexe auslösen. Damit machen wir es dem Gegner zu einfach und verspielen völlig

unnötig Sympathien.

Sie sprachen ja einmal von der mangelnden "Thymosspannung" in Deutschland, die die AfD wieder heben sollte. Thymos bezeichnet bei Platon neben Logos und Eros eine der drei Motivationen des Menschen; wobei Thymos die Gemütslage ist. Allerdings ist die AfD anders als zu Beginn heute kaum mehr Ausdruck einer spontanen Unzufriedenheit - also einer Thymoshebung - in der Mitte der Gesellschaft, sondern Vertreterin der grundsätzlichen Unzufriedenheit lediglich einer konservativen oder rechten Minderheit. Spielt diese Veränderung eine Rolle?

Jongen: Man sollte politische Momentaufnahmen nicht als Endzustände fehlinterpretieren. Nach monatelangem Aufschwung geht die AfD derzeit durch eine sehr schwierige Phase. Die regierenden Altparteien und die geballte Macht der staatstragenden Medien haben sich verschworen, um uns totzutreten. Unsere Etablierung als feste politische Größe in Deutschland wollen sie mit allen Mitteln verhindern, solange sie noch eine Chance dazu sehen. Daher verbreiten sie das Narrativ, wir verträten nur ein paar Radikale und Abgehängte. Umfragen zeigen aber, daß die Mehrheit im Volk in vielen Belangen im Grunde den AfD-Positionen zuneigt.

Unsere politische Aufgabe wird in nächster Zeit hauptsächlich darin bestehen, dieser noch zweifelnden, schweigenden Mehrheit klarzumachen, daß wir es sind, die in Wahrheit ihre Interessen vertreten. Wenn dieser Funke überspringt, dann können unsere Zustimmungswerte rasch wieder sehr stark ansteigen. Dann kann auch, um auf Ihre Frage nach dem Thymos zu antworten, das weit verbreitete diffuse Unbehagen im Volk in eine neue Aufbruchsstimmung umschlagen. Eine AfD als Volkspartei wird die Zuversicht vermitteln, daß ein grundsätzlicher Wandel möglich ist.

"Mit dem Populismus darf man es nicht zu weit treiben"

Apropos Volk: Anfangs wehrte sich die Partei gegen den Begriff Populismus. Heute verwendet ihn etwa Parteivize Alexander Gauland selbst, um die AfD zu beschreiben. Was bedeutet dieses Bekenntnis zum Populismus?

Jongen: Wie Sie selbst schon andeuten, kommt Populismus von "Volk". Ebenso wie der Begriff Demokratie. In diesem Sinn ist es nicht ehrenrührig, Populist zu sein. Die sogenannten Populisten sind oft nur die besseren Demokraten, weil sie Volkes Wille noch ernst nehmen. Es ist schon ein groteskes Schauspiel, wie diejenigen, die mit Eifer an der Entmachtung des Volkes als politisches Subjekt und langfristig auch an seiner Abschaffung als ethnische Größe arbeiten, die AfD des Populismus beschuldigen.

Darin verrät sich eine große Geringschätzung des Volkes, das von denselben Leuten, allesamt gute "Demokraten", ja auch gerne als "Pack" oder "Pöbel" beschimpft wird. Allerdings darf man es mit dem Bekenntnis zum Populismus auch nicht zu weit treiben. Dazu behält der Begriff trotz allem zu viele negative Konnotationen. In keiner Partei in Deutschland geht es wohl weniger populistisch zu als in den Fachausschüssen der AfD. Dort wird mit viel Sachverstand und Herzblut um die richtige Position gerungen. "Und uns nennen sie Populisten ...", habe ich in solchen Fachausschuß-Sitzungen schon des öfteren gedacht.

Wenn die AfD durchaus auch ein anspruchsvoller "Debattierclub" ist, warum verlassen dann immer mehr Bürgerliche die Partei, und warum verteidigen immer mehr bürgerliche Sympathisanten die AfD öffentlich nicht mehr?

Jongen: Ganz so stimmt das nicht. Mit Nicolaus Fest und Erika Steinbach haben sich in letzter Zeit zwei dezidiert bürgerliche und sehr angesehene Persönlichkeiten zur AfD bekannt - der eine als aktives Mitglied, die andere als Unterstützerin. Richtig ist aber, daß sich viele unserer insgeheimen Sympathisanten momentan nicht trauen, ihre Sympathien offen zu bekunden. Dazu ist das Meinungsklima zu verhetzt, die möglichen Repressalien sind zu bedrohlich. Manche mag auch das ungeschickte Auftreten einiger AfD-Funktionäre verschreckt haben, ich

wage aber die These, daß dies kaum eine Rolle spielte, wenn es nicht im Hallraum der feindseligen Medien ins Zehn- und Hundertfache verstärkt würde.

Warten wir bitte ab, was nach der Bundestagswahl geschieht, wenn die AfD sich als politische Größe weiter etabliert hat und etwa der De-facto-Boycott der öffentlich-rechtlichen Talkshows gegen die AfD nicht länger durchzuhalten ist. Ich prophezeie einen Dominoeffekt im bürgerlichen Lager zu unseren Gunsten.

Aber nur eine AfD, die auf die Mitte zielt - indem sie auf den konservativen Teil der Wähler dort einwirkt -, ist gefährlich. Eine Partei, die wie derzeit nur das Segment der Konservativen und Rechten binden kann, ist dagegen keine Bedrohung, weil alle anderen Parteien zusammen sie isolieren und am Rand verhungern lassen können.

Jongen: Da sehe ich schon Handlungsbedarf, aber keinen Grund zur Panik. Als einzige Oppositionspartei im Land, die wir sind, müssen wir offenkundig zwei Extreme vermeiden: Erstens uns den Altparteien zu sehr anzubiedern und damit unseren widerständigen Stachel zu verlieren. Zweitens aber auch, die Widerstandsrhetorik derart zu übertreiben, daß wir es den anderen unmöglich machen, mit uns zusammenzuarbeiten. Zwar ist mit dem aktuellen Führungspersonal in CDU und FDP, geschweige denn in der SPD, keinerlei Kooperation möglich, und die Parole "Merkel muß weg!" gilt ohne Einschränkung.

Aber wir dürfen bei aller berechtigten Polemik nicht vergessen, daß auch die CDU - gerade die CDU - wandlungsfähig ist, und sollten uns schon jetzt für den Tag rüsten, da ihre komatöse bürgerliche Seele wieder aufwacht. Inzwischen gilt es, das sogenannte Overton Window - also den Bereich des politisch Sag- und Durchsetzbaren - mit großer Beharrlichkeit in unsere Richtung zu verschieben. Das schafft man nicht mit möglichst radikalen Parolen, sondern indem man die für uns Empfänglichen einen Schritt außerhalb des Bereichs abholt, wo sie momentan noch stehen.

"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"

Die Frage allerdings, ob die AfD mit der CDU koalieren soll oder nicht, steht doch gar nicht zur Debatte - und zwar von seiten der CDU. Dennoch ergeht sich die AfD in einem internen Streit über diese Frage. Lebt sie nicht mehr in der Realität?

Jongen: Diesen Streit zur Unzeit halte ich auch für unglücklich. Man sollte diese Fragen dann behandeln, wenn sie aktuell werden. Vielleicht hilft ein Blick über die Grenze: In Österreich ist die FPÖ trotz oder gerade wegen ihrer Isolierung durch alle anderen Parteien über die Jahre hinweg immer stärker geworden. Übrigens auch trotz aller Diffamierung als "Rechtsaußen". Im letzten Jahr hätte sie um ein Haar den Bundespräsidenten gestellt, und heute ist sie stärkste Partei in den Umfragen.

Ganz soviel Zeit bleibt uns in Deutschland wohl nicht mehr, aber die politischen Realitäten sind anzuerkennen, und diese weisen uns ohne Wenn und Aber die Oppositionsrolle zu. Um so schneller werden wir stark genug zum Regieren sein, je einiger wir sind und je weniger wir der Versuchung erliegen, die bösen Diffamierungsspiele, die unsere mächtigen Gegner mit uns spielen, parteiintern zu wiederholen.

Dr. Marc Jongen ist Bundestagskandidat und mit Ralf Özkara gleichberechtigter Landesvorsitzender der AfD in Baden-Württemberg.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. August 2017: >>Über den Gipfeln ist Ruh'. Das verstörende Werk des Gelehrten Rolf Peter Sieferle

Thomas Schmid

Die liberale Diskursmaschine funktioniert nicht immer gut. Zuweilen wird sie sogar unversehens zu einer Diskursverhinderungsmaschine. Anders als manche Verschwörungsgläubige annehmen, steht dahinter aber keine Absicht, kein Plan. Es auch ist keine Machenschaft. Vielmehr sind Bequemlichkeit, Opportunismus, Herdentrieb und der feste Wille am Werk, keinesfalls in gedankliche Sphären vorzudringen, in denen es ungemütlich werden könnte.

Lange schon gibt es einen liberalen und linken Konformismus, eine scheinbar heile Welt derer, die sich auf der aufgeklärten Seite des Ufers wähen.

Ein besonders absurdes und blamables Beispiel dafür hat dieses Milieu in den vergangenen Wochen und Monaten im Umgang mit einem Buch des 1949 geborenen Historikers, Soziologen und Philosophen Rolf Peter Sieferle geliefert.

Wenige Monate nach seinem Suizid im September 2016 kam unter dem Titel "Finis Germania" eine nachgelassene Schrift Sieferles auf den Markt. Sie erschien im Verlag Antaios von Götz Kubitschek, einem der Ideengeber der zumindest rechtsnationalistischen "Identitären Bewegung".

In der Tat, die keine hundert Seiten lange Schrift paßt ins Programm des Verlages. Kaum jemand hätte das Buch beachtet - wäre es nicht dank eines Jurors auf eine Bestenliste für Sachbücher gekommen und wäre es nicht auch noch auf der Bestsellerliste des "Spiegel" aufgetaucht. Schnell setzten in den Feuilletons Aufgeregtheit und Empörung ein, ein Distanzierungswettrennen begann. Dem Autor, einem größeren Publikum bislang gar nicht bekannt, wurde Rechtsradikalismus und Antisemitismus bescheinigt.

Unmittelbar nach Sieferles Tod hatte Gustav Seibt in der "Süddeutschen Zeitung" den Verstorbenen noch als einen großen Wissenschaftler, als fast alleinigen Erfinder eines neuen Fachgebiets, der "Naturgeschichte der Gesellschaften", gepriesen und geschrieben: "Sieferle war ein unerschrockener, immer rationaler Denker, der sich auch dann nicht aus der Ruhe bringen ließ, wenn er apokalyptische Möglichkeiten erwog. Konservativ war allenfalls sein Bewußtsein für natürliche Grenzen." Und er verglich ihn, den Autor eines Gutachtens für die Bundesregierung, mit den Humboldts, die einst den preußischen Staat berieten.

Als nun "Finis Germania" erschienen war, sah es Seibt auf einmal anders. Aus dem großen Autor war nun "ein zunächst einmal ernsthafter Wissenschaftler" geworden, dem von Seibt ein "erschreckender und bestürzender Absturz" bescheinigt wurde. Ein derart toxisches Buch habe auf einer Besten- oder Bestsellerliste nichts verloren. Das begründete Seibt unter anderem so: Das Buch sei "eine Störung des öffentlichen Gesprächs, die nicht ungefährlich ist, vor allem, weil das Buch natürlich in die Hände von Leuten fallen kann, die gar nicht theoriebildend zu denken imstande sind". Wo kämen wir in unserer Gesellschaft hin, wenn unliebsame Bücher in die Hände von denkunfähigen Menschen fielen?

Die liberale Öffentlichkeit war sich schnell einig: Rolf Peter Sieferle ist in der Welt des Geistes fortan eine Persona non grata. Und er wurde zum Verzweifelten, zum klinischen Fall erklärt. Ein Autor der FAZ mutmaßte, eine Krebserkrankung und die drohende Erblindung habe ihn in den Tod getrieben. Dabei gab es, wie Freunde von Sieferle versichern, weder eine schwere Augenerkrankung noch einen lebensbedrohlichen Krebs.

Wer war Rolf Peter Sieferle? Fest steht, daß er 1968 für kurze Zeit dem Vorstand des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) in Heidelberg angehörte und daß er zuletzt einigen Ansichten der AfD nahestand. Sein Werk spiegelt diese unterschiedlichen Positionen. "Finis Germania" etwa ist eine lockere Ansammlung von Skizzen, Glossen und Aufzeichnungen. Das schmale Buch enthält etliche prägnante Aphorismen, etwa über das hohe Tempo, in dem Erzeugnisse des technischen Fortschritts veralten und zu Schrott werden. Oder Sarkastisches über den Zivilisationsmüll, der die Strände der Welt bedeckt.

Der Mensch, sagt Sieferle, könne doch stolz darauf sein, daß selbst an den entferntesten Gestaden der Welt die Spuren seiner Werke zu finden sind: "Jede Plastikflasche ein Liebesgruß unserer Mitbürger." Der Ton des Buches ist düster, angestrengt übt sich der Autor in Zynismus. Eine europäische Endzeitstimmung weht durch die Seiten. Deutschland, wie der Westen insgesamt, verfügten "über keine normativen Reserven im Sinne von Gemeinwohlorientierung mehr", es werde vielmehr "das Programm des atomistisch-individualistischen Universalismus bis in die letzte Konsequenz hinein verfolgt".

Bis zum äußersten reizt den Autor der hochtönende Moralismus der Fortschrittlichen, die ständig von Verantwortung reden, tatsächlich aber an der Zerstörung herkömmlicher Bindungen arbeiteten. Etwas pathetisch und schwül heißt es: "Die Auflösung der Familie schneidet das Individuum von seinen Ahnen, von der Geisterwelt, vom Absoluten ab.

Es verbleibt ein Elementarteilchen in einem endlosen kalten und finsternen Raum." Im Verfolg ihrer Emanzipationsinteressen untergraben die atomistischen Individuen schließlich alle Ordnung, es beginne der Kampf aller gegen alle: "Der Naturzustand steht am Ende, nicht am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft. Nachdem das Aas des Leviathan verzehrt ist, gehen sich die Würmer an den Kragen."

Das klingt nach Untergang des Abendlandes und dem altbekannten geistesaristokratischen Degout gegenüber dem Pöbel, der nur auf Lust aus sei. In der Tat, diese "Nachtgedanken", wie Rüdiger Safranski das Buch genannt hat, stehen in kulturpessimistischer Tradition. Zum Skandal wurden sie aber, weil der Autor die These vertritt, die anhaltende bundesdeutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und vor allem mit dem Holocaust sei nicht ehrlich. Sie betreibe kein aufrichtiges Gedenken, sondern funktionalisiere den Holocaust für heutige Zwecke.

Die Sakralisierung von Auschwitz sei ein "Versuch, innerhalb einer vollständig relativistischen Welt ein negatives Absolutum zu installieren, von dem neue Gewißheiten ausgehen können". Doch dabei bleibt Sieferle nicht stehen. Es fallen elende Sätze wie "Du sollst keinen Holocaust neben mir haben", und es ist von "den ominösen sechs Millionen" ermordeter Juden die Rede.

Sieferle ist hier nicht weit von der rechtsradikalen Argumentationsfigur entfernt, die zu Nurnoch-Tätern stigmatisierten Deutschen seien die eigentlichen Opfer. Dennoch: Der Autor verkleinert Auschwitz nicht. Und er war auch kein Antisemit, wie es ihm die stellvertretende Chefredakteurin des "Spiegel" vorwarf. Aber er näherte sich in diesen Aufzeichnungen trüben und von Ressentiments getriebenen Verschwörungsvermutungen.

Lohnt es, sich über einen solchen Autor Gedanken zu machen? Es lohnt. Denn Sieferle war vielleicht ein Außenseiter, aber kein Outcast. Über lange Jahre hinweg galt er als ein weithin anerkannter Autor. Die Verlage, in denen seine Bücher erschienen, lesen sich wie ein Gotha des bundesdeutschen Verlagswesens: Ullstein, C. H. Beck, Suhrkamp, Propyläen, S. Fischer, Luchterhand, Böhlau.

Er war einer der ersten von der Linken kommender Autor, der den Widerspruch zwischen linkem und liberalem Fortschrittsstreben und der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellte.

Er schrieb über den unterirdischen Wald, also die Steinkohlevorräte der Welt, und arbeitete sich dazu tief in die Einzelheiten der geologischen Forschung ein. Er zeichnete die lange Geschichte der Fortschrittsfeinde und Zivilisationskritiker nach und legte ihre Motive und ihre guten wie schlechten Argumente frei. Sieferle befaßte sich mit dem Problem des Bevölkerungswachstums, in dem klassische Ökonomen eine Gefahr für den Wohlstand der Nationen sahen und von dessen weltweiter Dimension er befürchtete, sie werde den europäischen Sozialstaat zerstören.

Er lehrte an den Universitäten von Mannheim und St. Gallen, wo er einen Didaktik-Preis für die beste Lehre erhielt. Als einziger Historiker wurde er eingeladen, eine Expertise für das Transformationsgutachten des "Wissenschaftlichen Beirats der deutschen Bundesregierung" zu schreiben. Er gab der Expertise den Titel "Lehren aus der Vergangenheit".

Seine Bücher wurden regelmäßig in den Feuilletons der großen Zeitungen besprochen, mal respektvoll, mal polemisch, mal hymnisch lobend (so etwa von Franziska Augstein, die Sieferles Buch "Rückblick auf die Natur" pries, "weil jede Seite des stilistisch hervorragenden, inhaltlich kühnen Essays die Lektüre lohnt").

Ist endloses Wachstum möglich? Was kostet es? Zerstört es am Ende die Lebensgrundlagen? Kann man dem großen Rad in die Speichen greifen? Diese Fragen trieben Sieferle um. Kein Wunder, daß ein Autor, der in der industriellen Gegenwart so etwas wie einen Tanz auf dem Vulkan sah, kein stürmischer Optimist war, sondern eher ein Skeptiker, ein Zweifler und auch ein Pessimist. Für den, wie ein Freund weiß, "das Glas Wasser immer halb leer, nie halb voll war".

Rolf Peter Sieferle hat mindestens zwei Bücher hinterlassen. Das eine harret noch der Veröffentlichung: die mehr als 600 Seiten lange Studie "Krieg und Zivilisation. Eine europäische Geschichte". Das andere ist erschienen: "Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Masseneinwanderung und Sozialstaat".

Alles empört sich über das bekanntere "Finis Germania" - über dieses Buch aber redet niemand. Dabei lohnt es die Auseinandersetzung. Denn es ist eines der ganz wenigen ernst zu nehmenden deutschsprachigen Bücher, die sich radikal gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik wenden und den Deutschen vorwerfen, mit ihrer "Willkommenskultur" das Gemeinwesen letztlich zu ruinieren.

Das Buch ist eine scharfsinnige Begründung der These, daß wir es eben doch *nicht* schaffen könnten. Seine Argumente sollte man nicht tabuisieren, sondern diskutieren. Sieferle spitzt in dieser Schrift viele seiner Argumente aus früheren Büchern zu. Das wirft zudem die Frage auf, ob in dem Weg vom frühen "linken" zum späten "rechten" Sieferle eine gewisse Folgerichtigkeit zu erkennen ist.

"Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt." So kommentierte Katrin Göring-Eckardt, heute Spitzenkandidatin der Grünen, im November 2015 hochofrend den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland. Solchen Unsinn würde selbst sie heute nicht mehr äußern. Und doch ist diese Denkfigur noch immer symptomatisch für die fahrlässige Blauäugigkeit und Unverantwortlichkeit vieler derer, die in den Flüchtlingen ausschließlich eine Bereicherung Deutschlands sehen.

Die glauben, Flüchtlinge würden unser demographisches Problem lösen. Die hoffen, die Flüchtlinge würden den deutschen Facharbeiter-Gap schließen, würden - so Daimler-Chef Zetsche - ein neues Wirtschaftswunder in Gang setzen. Und die der Überzeugung sind, Flüchtlinge würden das Land vielfältiger und toleranter machen.

Gegen diese Litanei geht Sieferle in "Das Migrationsproblem" mit großer Schärfe, aber fundiert und mit guten Argumenten vor. Er sagt, die Massenmigration sei kein Armuts-, sondern ein Wohlstandsphänomen: "Da die Differenz im Lebensstandard zwischen den Regionen der Welt seit 1990 abgenommen hat, bedeutet dies, daß immer mehr Menschen in die Lage versetzt werden, sich zu informieren und eine Entscheidung für die Migration zu treffen. Es ist also die Zunahme des relativen Wohlstands (und nicht die Armut), die in den letzten Jahren eine Massenmigration eingeleitet hat."

Doch es kämen nicht Qualifizierte, wie Deutschland sie dringend bräuchte, sondern vorwiegend Unqualifizierte. Die Mehrheit von ihnen werde dann langfristig vom ohnehin schon überdehnten Sozialstaat ausgehalten. Zudem erlebten die meisten Migranten zwar einen materiellen Aufstieg, sozial jedoch einen Abstieg. Darauf würden sie mit Abschottung und Rückzug in die ihnen vertrauten Familien- oder gar Clanstrukturen antworten. Deutschland werde, so Sieferle, durch Masseneinwanderung nicht vielfältiger, sondern amorph. Nicht friedlicher, sondern gewalttätiger. Nicht moderner, sondern archaischer und roher.

Wie man in fast jeder deutschen Großstadt beobachten kann, sind das alles Hinweise auf reale Probleme, die eine auf den Erhalt der republikanischen Ordnung verpflichtete Einwanderungspolitik mit aller nur denkbaren Kraft angehen muß. In der Analyse scharf, macht Rolf Peter Sieferle jedoch keine Vorschläge, wie diese Fragen zu lösen seien. Das liegt nicht daran, daß er sich in der bequemen Rolle des Kritikers eingerichtet hätte, den man nach Lösungen

besser nicht fragt. Es liegt an einem gedanklichen Dilemma.

Eigentlich müßte Siefertle in der Konsequenz seiner Argumentation die totale Abschottung Deutschlands und aller anderen Staaten Europas gegenüber Einwanderern fordern (was er an der einen und anderen Stelle auch erwägt). Dafür gäbe es ein starkes Argument: Wer den Sozialstaat - der so etwas wie der grundlegende deutsche Gesellschaftsvertrag ist - beliebig ausweitet, der zerstört ihn. Es kann keinen universellen Sozialstaat geben.

Denn der Sozialstaat ist historisch an eine Formation gebunden, die die Migrationsfreunde gerne verabschieden würden: "Der Wohlfahrtsstaat beruht im Kern auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines politisch begrenzten, genau definierten Raums, nämlich des Nationalstaats." Dieser folge dem "Prinzip der Genossenschaft, er ist also ein Club mit definierter Mitgliedschaft". Und seine Fülle macht ihn attraktiv für Nicht-Mitglieder, die auf dem Trittbrett mitfahren wollen. Das aber würde den Sozialstaat sprengen: "*No borders, no welfare.*"

Doch anders als viele, die heute *nur* von Obergrenze und Grenzschließung sprechen, ist Siefertle zu klug, um darin eine realistische Perspektive zu sehen. Er sagt, der Sozialstaat, ohne den Deutschland als Republik vielleicht nicht überleben kann, sei im Grunde ein Anachronismus: "Dem National-Staat entsprach die National-Ökonomie, und der Sozialstaat war deren fürsorgliche Ausgestaltung." Das alles sei aber mit der Globalisierung wohl unwiderruflich dahin.

Der Sozialstaat stehe auf verlorenem Posten, Grenzen seien fortan porös, weniger Einzahlernden stünden mehr Nutznießer gegenüber. Es könnte diese Befürchtung sein, die Siefertles Denken ins Tragische, Ausweglose, Kulturpessimistische getrieben hat. Letztlich sind es für ihn keineswegs nur die Migranten, die zu Deutschlands Ruin führen werden. Sie beschleunigen nur einen Prozeß, der ohnehin im Gang sei: den Prozeß der Dekadenz im Namen eines die Welt umarmenden Universalismus. Die Demokratie, die Volksherrschaft, brauche ein Korrektiv, um nicht in die Ochlokratie, die Herrschaft des Pöbels, umzuschlagen. Das aber sei dank einer pflichtvergessenen politischen Klasse offenbar längst geschehen.

Dann wird es böse und trüb. Die Epoche, in der man an den immerwährenden Fortschritt glauben konnte, sei seit den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorbei - aber noch immer tanze die Mehrheit um das Goldene Kalb des Konsums und verkomme immer mehr: "Der betreute Mensch wird im Zuge dieser Entwicklung immer weicher und unselbstständiger. Die Jungen werden zu Mädchen erzogen. Die Menschen werden empfindlicher, allergischer, veganer. Sie leben schutzlos in einer immer gefährlicher werdenden Welt."

Alles Vertrauen dahin, keine Verlässlichkeit mehr. Der Stil wandert nicht mehr, wie es früher war und noch immer gut wäre, von oben nach unten, sondern von unten nach oben: Allgegenwart des Lärms, Vernichtung der Stille, keine reflexive, sondern eine expressive, vulgäre Kultur. Im Zuge des dionysischen *prole drift* wird das Unter- zum Oberhemd und das Tatroo Pflicht - ein lustvoller Trip in den Untergang.

Und vollends verabscheuenswert ist für Siefertle der angeblich hemmungslose Universalismus, also die zur "fundamentalistischen Ideologie" erstarrte Überzeugung, im Grunde seien alle Menschen gleich und es gelte, diese Gleichheit weltweit zu verwirklichen. Sie ist für ihn der Krebs, der die Substanz Deutschlands zerfrißt. Im Namen globaler Verantwortung greife die vollkommene Verantwortungslosigkeit um sich. Die trunkenen Universalisten öffnen die Grenzen und "heißen die Invasorenstämme willkommen", die Deutschland in eine multitribale Gesellschaft verwandeln, in der die "Barbaren" den Ton angeben.

Das ist ziemlich nah am Wahn. Trotz aller gewaltiger Probleme, die die Einwanderung aufwirft, ist Deutschland nach wie vor unverkennbar ein gut eingerichtetes und gut verwaltetes Land, um das wir vielerorts in der Welt beneidet werden. Und das in den Fluten der Migration nicht unterzugehen droht. Man soll sich über die Kapriolen des Genderismus durchaus echauffieren - aber man kann nicht ernsthaft bestreiten, daß es ein Fortschritt ist, wenn Frauen heute

mehr Rechte und Chancen haben als früher.

Trotz Dieselskandal und Aushöhlung des Parlamentarismus - von Chaos, Regellosigkeit, Anarchie, gebrochenem Landfrieden und Staatsversagen keine Spur. Wie konnte Sieferle das alles beiseite wischen? Vermutlich hat er sich, wie viele andere glühende Merkel-Feinde auch, in Rage gedacht. Und alle Vorsicht fahren lassen. Zwar geht er, dafür ist er zu klug, nicht so weit, der Bundesregierung und dem ihre Flüchtlingspolitik unterstützenden intellektuellen Milieu zu unterstellen, sie arbeiteten bewußt und planvoll an der "Umvolkung" und letztlich Vernichtung Deutschlands.

Aber immer wieder scheint in seiner Schrift der Verschwörungsgedanke durch. Etwa wenn er schreibt: "Das einst recht homogene Volk *soll* sich in einen Stamm unter Stämmen verwandeln." Wo etwas sein *soll*, da muß es Planer, Drahtzieher und eine Absicht geben. Und die Deutschen, so Sieferle, seien selbstvergessen genug, daran auch noch mitzuwirken: "Deutsch sein heißt, an seiner Auflösung zu arbeiten."

Rolf Peter Sieferle hat sich in Rage gedacht, und er hat versucht, sich dabei abzuhärten. Es fehle heute - schrieb er, aus Max Webers "Politik als Beruf" zitierend - "die geschulte Fähigkeit des Blickes in die Realitäten des Lebens, und die Fähigkeit, sie zu ertragen und ihnen innerlich gewachsen zu sein". Ein wenig klingt das wie zu sich selbst gesprochen. Sieferle hat sich die heroische Geste, das Ausharren auf verlorenem Posten, den Blick in den vermeintlichen Abgrund und zuletzt auch eine zynische Verächtlichkeit sowie Ausflüge in das Reich enthemmter Schimpfworte (Hunnen, Gesinnungsdeppen, Horden, Barbareengebiete) offenbar regelrecht antrainiert.

Er hat sich den antiuniversalistischen Furor wie einen Panzer angeschnallt. Und so kam es, daß in seinen letzten Schriften alle Versuche, die Menschen unterschiedlicher Nationen und Erdteile zusammenzubringen und übernationale Strukturen des Austauschs und der Verständigung über Kulturgrenzen hinweg zu schaffen, nicht einmal der Erwähnung wert waren. Empathie und Mitgefühl, das ist aus den Zeilen Sieferles immer wieder herauszuhören, sind nicht wertvoll, sondern verweichlichte Schwäche.

Es gibt eine warme und eine eiskalte konservative Politik des Bewahrens. Für erstere steht exemplarisch Edmund Burke, schon 1790 der erste große Kritiker der Französischen Revolution. Er war nicht der britische Reaktionär, als der er bis heute karikiert wird. Er fürchtete die Gewalt, die Umstürze freisetzen können, und wollte daher lieber das bewährte Alte erhalten und es behutsam verbessern. Und obschon ein Konservativer, war er in seinen politischen Optionen immer auch von Mitgefühl geleitet. Er sah das Leid der landlosen Armen, und es ließ ihn nicht kalt. Er sah, daß es gute Gründe für die Kolonisten in Amerika gab, sich gegen London aufzulehnen, und war deswegen - auch um der Einheit der Nation wegen - bereit, ihren Forderungen weitgehend nachzugeben.

Der Konservatismus, für den sich Rolf Peter Sieferle entschied, war dagegen ein Konservatismus des kühnsten Kopfes und des Selbstverbots von Empathie. Er hatte am Ende wohl ein tragisches Weltbild, jedoch nicht in dem Sinne der Einsicht, daß es - wie etwa in der Migrationsfrage - bei vielen Problemen keine einfachen oder gar keine Lösungen gibt, man aber gut daran tut, sich nach Kräften um deren Milderung zu bemühen.

Sieferle hat sich mit seinem analytischen Werkzeug vielmehr einen elitären, man kann sagen: einen Herrenmenschen-Konservatismus zusammengesammelt. Eine kleine Schar von Erleuchteten gegen den Pöbel, die Deppen, die Verführten, die dummen Arglosen. Sieferle war nicht mehr weit von der Konservativen Revolution entfernt, über deren führende Köpfe er 1995 ein kritisches, aber auch um Verstehen bemühtes Buch veröffentlicht hatte.

Da saß er nun in seinem Turm und schmähte die Welt. Hinter seiner vorgeblichen Kälte vibrierte vermutlich eine geradezu kindliche Verletztheit darüber, daß die Welt partout nicht bereit war, sich auf seine Erkenntnisse, die er für zwingend hielt, auszurichten.

Gegen nichts richtete sich Siefertles Zorn heftiger als gegen den Universalismus. Er hält ihn durch und durch für verlogen. Einer eigentümlichen Emanzipationsdynamik folgend, sollen alle Menschen - überall auf der Welt - gleich sein. Und zugleich Besondere sein. Das aber gehe nicht, so Siefertle. Denn der Universalismus - siehe die heutige Alltagskultur - zerstöre alles Besondere.

Er will die hohle Weltgesellschaft und auf dem Weg dahin den partikularen Nationalstaat zerstören. Er will alles für alle und zerstört damit den Motor der Differenz. Diese Gedanken hat Siefertle schon 1994 in seinem langen Essay "Epochenwechsel" entwickelt. Sein "Absturz" (Seibt) ist also keineswegs neueren Datums, schon in den 90er-Jahren war er mit dem linksliberalen Narrativ vollkommen über Kreuz.

Aus diesen Jahren, und nicht aus seinen letzten Lebensjahren oder -monaten, stammt übrigens auch "Finis Germania", das gewissermaßen die zugespitzten Nacht- und Nebengedanken zu "Epochenwechsel" enthält. Keinem der Empörten ist offensichtlich aufgefallen, daß es in "Finis Germania" mehrere Stellen gibt, denen die Entstehungszeit zumindest wesentlicher Teile der Schrift eindeutig zu entnehmen ist - etwa wenn er von dem 50 Jahre zurückliegenden Ende des Zweiten Weltkriegs spricht.

Es ist mehr als eine Pointe, daß sich hier der Bogen zu dem Linken schließt, der Siefertle einmal gewesen war. Mit 16 Jahren studierte er die Werke von Karl Marx, mit 19 Jahren gehörte er dem SDS an. Früh löste sich Siefertle, der unter Freunden "Pit" genannt wurde, von der Linken, ging auf kritische, keineswegs polemische, oft aber ironische Distanz und blieb fortan konsequent ein Beobachter des politischen Geschehens. Im Studentenwohnheim traf er auf die späteren Ethnologen Fritz Kramer und Hans Peter Duerr ("Der Mythos vom Zivilisationsprozeß"). Man war stolz darauf, 300 Seiten Lektüre am Tag zu bewältigen.

Wie viele für Theorie empfängliche 68er stand auch Siefertle zumindest mit einem Bein in der Tradition des deutschen Idealismus und seiner Marxschen Wende. Die *ganze* Welt, mußte es sein. Die Theorie mußte rückstandslos aufgehen, und es sprach gegen die Wirklichkeit, wenn sie der Idee nicht gerecht wurde. Obwohl später an Universitäten bestellt, war er im Grunde ein Privat-, ein wenig auch ein Stubengelehrter.

Die ihn kannten, beschreiben ihn als Einzelgänger, aber als geselligen Einzelgänger: Freunde, Gespräche, Austausch. Ein "anhänglicher Freund" sei er gewesen, der sich über jeden Kontakt freute, selten aber selbst die Initiative ergriff. Um seine Gedanken zu sammeln, ging er täglich zwei bis drei Stunden zügig spazieren, schnell, nicht entspannt, bergauf, bergab.

Der Rest des Tages: Lektüre, Lektüre, Schreiben. Selbst im hellsten Sommer saß er, wie ein Freund sagt, bei zugezogenen Vorhängen im abgedunkelten Zimmer lesend und schreibend unter einer Stehlampe. Ganz das alte Heidelberg. Siefertle sprach fließend Latein: Einmal habe er, erinnert sich ein anderer Freund, in Rom mit einem Priester auf Lateinisch über sakrale Kunst parliert.

So entsteht das Bild eines genialischen Gelehrten, der es in der Stille seines Studierzimmers mit der ganzen Welt aufnehmen will. Einer über dem Rest der Welt, einer auch gegen den Rest der Welt. Das umfangreiche Werk Siefertles, der eine klare, oft funkelnde Prosa schrieb, durchzieht ein gedankliches Bemühen, den Stein der Weisen, die rettende Formel zu finden. Marx war da ein großes Vorbild. Als sich Siefertle von ihm ab- und der Erforschung der Naturgeschichte der Gesellschaften zuwandte, kreiste sein Denken fortan um ein großes Problem, das heute wie eine Riesenlast auf den Schultern der Menschheit liegt.

Siefertle fragte: Ist *langfristig* und *nachhaltig* eine Fortentwicklung und Ausbreitung der Industriegesellschaften möglich, die mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält und zugleich die Ressourcen des Planeten nicht auf suizidale Weise aufzehrt? Eine größere Frage kann man sich kaum stellen. Die Titanenaufgabe, sie zu beantworten, kann heute allenfalls noch ein großes, interdisziplinär zusammengesetztes Forschungsteam mit Aussicht auf Gelingen angehen.

Sieferle dagegen, hierin noch ganz 19. Jahrhundert, hat es im Alleingang versucht. Und mußte sich damit wohl zwangsweise etwas von jener Hybris zulegen, die am Ende seines Lebens Züge von Menschenfeindlichkeit annahm.

Obwohl er genau wußte, daß man Geschichte nicht als Ideengeschichte schreiben kann, neigte er doch genau dazu. Die Evolution der Ideen überlagert bei ihm die Ereignisse, schiebt sie beiseite. Natürlich war ihm bewußt, er schrieb ja auch darüber, daß Geschichte nicht Plan, sondern Ereignis ist: nie berechenbar, immer chaotisch, wirr, disruptiv.

Und doch konnte er der Versuchung nicht widerstehen, einer der Geschichte innewohnenden, vorbestimmten Logik nachzuspüren. Das schmälerte seine Neugier auf Zufälle, es verwehrte ihn dem Zugang zum Pragmatismus. Ein Kritiker hat ihm einmal "Vermittlungsunfähigkeit" vorgeworfen. In seinem Furor gegen den humanistischen Universalismus wird das besonders deutlich.

Rolf Peter Sieferle versteht dessen Anspruch als Programm, als Handlungsanweisung, als Strategie: Alle Menschen sind gleich, und der Universalismus setzt das durch, zu hundert Prozent. Dieser Universalismus ist ein Herrscher, der sich die Welt unterwerfen will: Sieg oder Niederlage. Es gibt aber auch einen anderen, wenn man will: einen real existierenden Menschen kompatiblen Universalismus. Der ist kein zu exekutierendes Programm, sondern eine Ahnung, ein Gefühl, ein Impuls, eine Einsicht, ein Wollen, ein Mitgefühl. Das sichere, keineswegs spinnerte Gefühl, daß alle Menschen etwas verbindet.

Dieser Universalismus dekretiert nicht, daß alle Menschen gleich sind, er hält nur extreme Formen von Ungleichheit für unerträglich. Und meint, es sei unsere Aufgabe, das zu mildern. Er verwirft nicht die partikularistische Nächstenliebe, die dem eigenen Umfeld gilt, zugunsten der universalistischen Fernstenliebe, von der er weiß, daß sie eine Schimäre bleiben muß.

Er hält nur ganz entschieden dafür, daß es möglich und im Namen des Humanismus geboten ist, den Zeiger ein klein wenig von der Nächstenliebe weg zur Fernstenliebe hin zu verschieben. Viele kleine Akte dieser Art machen die Welt zu einem besseren Ort. Für diese Methode hatte Sieferle, der verspätete Universalgelehrte, keinen Sinn.

Im Blick auf die Theoretiker des 18. und 19. Jahrhunderts, die den radikalen Verzicht auf Armenhilfe forderten, weil diese zu Bevölkerungswachstum und zum Ruin der Gesellschaft führen würde, schrieb Sieferle 1990: "Diese Position war nicht ohne ein Pathos realistischer Härte, sie war von einer kristallinen Schärfe, die sich ihrer szientistischen Differenzierung verdankte. (...) In gewisser Weise enthob sie sich damit überkommener moralischer Bedenken; sie stellte Gesellschaft und Ökonomie als mechanisches Regelsystem dar, von inneren Gesetzen beherrscht, ohne Zwang zur Begründung und Bewertung."

Als Sieferle mehr als 20 Jahre später das Mitleid gegenüber Migranten zum Grundübel der Zeit erklärte, legte er sich eben diese "Position realistischer Härte" zu, die von "kristallener Schärfe" ist und die ihn "überkommener moralischen Bedenken" enthob. Sieferles geistiger Weg war auch ein Weg geistiger Selbstabhärtung. Dabei kam ihm sein Hang zur Verächtlichkeit gegenüber der modernen Massenkultur zupaf, in der er eine infantile "Verschnullerung" der Gesellschaft sah. Er war kein Apokalyptiker. Aber die Schärfe seines Denkens trieb ihn in eine fundamentale politische Ausweglosigkeit, die auch der Verzweiflung nahe war.

Eine Selbsttötung adelt nicht, macht den Toten nicht zum Heros. Sie stellt sein Leben aber auch nicht gänzlich in den Schatten des Suizids, sie kontaminiert das Werk des Autors nicht. Sieferle hat es verdient, nicht nur von seinem Ende her, nicht nur als "Verirrter" gewürdigt zu werden. Er hat wichtige Bücher geschrieben, die bleiben werden. Er ist nicht "abgestürzt", sein gedanklicher Weg beweist aber, daß es keine sicheren Orte des Denkens gibt. Daß ein konsequent Forschender an Abgründe geraten und auf unauflösbare Dilemmata zuschlittern kann.

Sieferle ist auf ein gerne beschwiegenes Dilemma gestoßen, auf eine Aporie der westlichen

Industrie-, Einwanderungs- und Spaßgesellschaften: Der Fortschritt ist offensichtlich unaufhaltsam. Es könnte zum Crash, zur Selbstzerstörung kommen. Daher darf man der Frage nicht ausweichen, ob Wachstum und Stabilität wirklich kompatibel sind. Wie Universelles und Partikulares sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zusammengehen können. Wie wir Deutschland öffnen und doch bewahren können.

Zur Person: Thomas Schmid nahm in seinen Zwanzigern an der Studentenbewegung in Frankfurt teil, was ihn später gegenüber Heilslehren mißtrauisch machte. Und ihn die Bürgerfreiheit schätzen lehrte. Lektor, freier Autor, Journalist. Zuletzt in Berlin Chefredakteur und dann Herausgeber der "Welt-Gruppe". In diesem Blog veröffentlicht er regelmäßig Kommentare, Essays, Besprechungen neuer, älterer und sehr alter Bücher, Nachrufe und nicht zuletzt Beobachtungen über den gemeinen Alltag.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**

Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder wachsen.

Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß.

Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen.

Die Sehnsucht, den eigenen Staat und die eigene Identität in einem nebulösen europäischen Superstaat auflösen zu wollen und nur noch "gute Europäer" zu sein, ist eine deutsche Besonderheit. Sie kommt den Nachbarn verdächtig vor - mit gutem Grund. Denn sie alle verfolgen ihre eigenen nationalen Interessen, wenn sie sich auf die europäische und internationale Bühne begeben.

Je mehr die seltsamen deutschen Politiker beteuern, nur dem europäischen Gedanken, den Menschenrechten und dem Weltfrieden zu dienen und dabei keine eigenen Interessen im Sinn zu haben, desto argwöhnischer unterstellt man ihnen, einen Geheimplan zur Weltherrschaft in der Schublade zu haben.

Denn der Nationalstaat ist alles andere als überholt. Politik ist auch im globalen 21. Jahrhundert Staatenpolitik. Die Staaten sind die handelnden Figuren auf der politischen Bühne, auch wenn sie sich - als EU oder UNO, als afrikanische, nordamerikanische, asiatische oder eurasische Organisationen - zu überregionalen Staatenbündnissen zusammenschließen.

Denn nur die Staaten haben völkerrechtliche Legitimität und nur im Nationalstaat kann es auch Demokratie und Sozialstaat geben.

Ohne Nationalstaat kein Staatsvolk, ohne Staatsvolk keine demokratische Legitimation und Willensbildung und keine soziale Solidarität.

Wenn die Kanzlerin behauptet, jeder gehöre zum Volk, und die SPD auch noch jedem Immigranten das Wahlrecht nachwerfen will, legen sie die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.

Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsternen Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung, die in der Aufklärung wurzelt, die Reformen und Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, das Hambacher Fest und die Märzrevolution von 1848 hervorgebracht hat, die Republik von 1919, der Widerstand gegen Hitler und gegen die kommunistische "DDR-Diktatur" bis zur friedlichen Revolution und zum Mauerfall 1989 bieten Anknüpfungspunkte genug, um selbstbewußt in die Zukunft zu gehen.

Der "German Genius", dem ein britischer Historiker unlängst ein respektvolles Standardwerk gewidmet hat, wird in der Welt ebenso geschätzt wie deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, eine der Grundlagen des weltweiten Erfolgs unserer Industrieprodukte und damit unseres Wohlstands.

"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung. Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen.

Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.

Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.

Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse das eigene Land und seine Stärken demontiert:

- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;
- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;
- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;
- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.

Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. Noch 2013 bewunderte der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson Deutschland als Vorbild für Europa. Inzwischen ist Großbritannien wegen der Berliner Asylpolitik aus der EU ausgetreten, Austrittsbefürworter Johnson ist Außenminister, und der britische Politologe Anthony Gledhill schüttelt den Kopf über den "gefühlsgeliteten Hippie-Staat" Deutschland, der alle Regeln bricht.

Mit ihrer "Willkommenskultur" hätten die Deutschen "ihr Gehirn verloren".

Im Norden und Osten der EU formiert sich erbitterter Widerstand gegen die Merkel-Politik, weil Dänemark das Land der Dänen, und Polen das Land der Polen bleiben soll. Damit wir als

Deutsche die Achtung der Welt nicht vollends verlieren, müssen wir diesen Sonderweg aufgeben, uns zur eigenen Identität bekennen und zu einem gesunden Patriotismus zurückfinden.<<
Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 9. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Die Wahlen im September sind entschieden. Wenn die Meinungsforscher recht haben. Und die haben immer recht. Fragen ja nur die Meinung ab, die sie hören wollen. Gut, manchmal kommt ein Brexack dazwischen. Oder ein Drecksack mit Fönwelle.

Aber sonst? Felix FPÖ konnte den GRÜNEN-Präsidenten nicht verbellen. Die holländischen Tulipane haben nur links Kleinholz gemacht. Und die Guillotine-Gallier lavierten ihre Marine nicht mal an einem "Monsieur Null Ouvert" vorbei in den Präsidentenpalast.

Jetzt also die Germanen!! Merkel zum Ersten - zum Zweiten - zum Dritten - und zum ...Vierten! And the Michel goes to ... Angela!

Wenn also klar ist, wie die "Deutschland-Auktion" ausgeht - wer das Land der Kapitalisten und Kaputtmacher die nächsten vier Jahr weiter in den Schlaf lullen darf - warum noch wählen gehen? Weil es unsere demokratische Pflicht ist? Ist es nicht. Nur unser Recht! Pflicht war es bei der "Deutschen Demokratischen" SED. Weil die Völker die Signale hören sollten: 97,8 Prozent der Werktätigen wollen Sozialismus. So etwas schaffen heute nur noch die Sozis im kleinen Kreis, wenns um den Kanzlerkandidaten geht. Dann sogar zu 100 Prozent.

Wohin das führt, sehen wir: SPD im Keller. SED-LINKE, GRÜNE noch tiefer. FDP etwas nach oben geföhnt. CSU drehhofert sich ins "Aus". Also wieder Angela von Watschel, Reichsverweser/in von Kohls Gnaden! Und alles bleibt, wie es war: Grenzen als Hülle, Moslems die Fülle. Und nie mehr Not, für immer Rot. Und Rotkäppchen, klar, Rot kann man eines Tages nur noch Blau ertragen.

Die AfD ist blau, farblich! Alternative für Deutschland. In MeckPom, Thüringen, Sachsen, Brandenburg ist sie es schon. In Bayern, Baden Württemberg, Rheinland-Pfalz auch. In NRW, wo es was bringen würde, holt derzeit nur ein Bergmann und Ex-SPD-Genosse richtig Stimmen. "Richtig"? Um die 20 Prozent. Bis jetzt nur in Essen.

Also doch: Wählen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>Die Goldene Hoftrompete für den Monat Juli geht an: Die ARD

Spötter meinen schon länger, daß die "ARD-Tagesschau" sich von der "Aktuellen Kamera" des "DDR-Fernsehens" vor allem dadurch unterscheidet, daß Letztere die Zuschauer doppelt so lange gelangweilt hat. Dafür gibts heute Propaganda-Lautsprecher wie die Merkel-Verehrerin Sabine Rau aus dem rot-grünen WDR-Stall.

Da erklärt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Asylregeln des Dublin-III-Abkommens weiterhin für gültig - und was kommentiert "Expertin" Sabine Rau in der "Tagesschau"? Die Bundeskanzlerin habe ja bereits "konkrete Maßnahmen eingeleitet" - im CDU-Wahlprogramm stehe doch schon der Satz, "was 2015 passiert ist, darf sich nicht wiederholen".

"Passiert" ist, daß die Kanzlerin das Recht gebrochen hat und bis heute bricht. So wie die Versprechen in ihren Wahlprogrammen übrigens. Frau Rau juckt so was nicht. Zum Lobe Merkels legt sie sogar noch die steile Behauptung drauf, an der "deutsch-ungarischen Grenze" gebe es jetzt ja "stärkere Kontrollen". So viel geballte und geographische Medienkompetenz muß uns schon acht Milliarden Euro Zwangsgebühren jährlich wert sein.

Die Anfrage eines aufmerksamen Rechtsanwalts, wo diese "ungarisch-deutsche Grenze" denn verlaufe, blieb übrigens unbeantwortet. Die "Tagesschau" hat das peinliche Video auch eilig gelöscht. Macht nichts: Das Internet vergißt nichts, wir auch nicht. Das ARD-Hauptstadtstudio steht zu dem grotesken Auftritt seiner Mitgründerin und zeigt den Kommentar - zumindest bis Redaktionsschluß - weiter auf seinem Blog. Die "Goldene Hoftrompete" haben sie sich damit redlich verdient.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. September 2017: >>Deutsche fühlen sich frei

Deutschland ist so frei wie lange nicht mehr. Das geht aus dem am Dienstag in Berlin vorgestellten Freiheitsindex 2017 hervor. Demnach haben sowohl die gesellschaftliche und mediale Wertschätzung der Freiheit als auch das subjektive Freiheitsempfinden der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen.

So stufen gut 50 Prozent der Bevölkerung ihr gegenwärtiges Leben selbst als "sehr frei" ein. Und 63 Prozent sind der Ansicht, daß sie ihre Meinung in Deutschland gänzlich frei äußern können - sechs Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Der Gesamtwert des Index stieg von 0,33 auf 2,7 Punkte (auf einer Skala von -50 bis +50) und damit auf den höchsten Stand seit 2011.

Populismus "deutlich auf dem Rückzug"

Es sei erkennbar, daß die Bürger ihre Freiheit heute vornehmlich durch Terrorismus und Extremismus bedroht sähen, erklärte Ulrike Ackermann, Leiterin des John-Stuart-Mill-Instituts, das den Freiheitsindex alljährlich veröffentlicht. Demnach wünsche sich ein Großteil der Bevölkerung sogar ein stärkeres Eingreifen des Staates, um "die Freiheit vor den Feinden der Freiheit ganz offensiv" zu verteidigen. Der "Persönlichkeitsschutz als hoher Freiheitswert" trete "hinter die Bekämpfung von Terrorismus zurück".

Die Forscher stellten außerdem fest, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung weiterhin großes Mißtrauen gegenüber den "Eliten" aus Politik, Wirtschaft und Medien hegt. Entsprechend seien etwa 39 Prozent der Bürger der Meinung, Politiker hätten keine Ahnung von ihrer Arbeit ("Das könnte ich besser"). 43 Prozent unterstellten sogar, Politiker handelten nur im eigenen oder im Interesse anderer Mächte, nicht aber zum Wohle der Bevölkerung. Und 33 Prozent verträten die Ansicht, "daß Deutschland auf eine ganz große Krise zusteuert", die ohne eine grundlegende Veränderung des politischen Systems nicht überwunden werden könne.

Das John-Stuart-Mill-Institut sieht in den Zahlen dennoch eine "deutliche Trendwende" gegen den "populistischen Zeitgeist". Es seien zwar immer noch "populistische Elemente" in der Mitte der Gesellschaft vorhanden. Seinen Höhepunkt habe der Populismus jedoch inzwischen überschritten, das Ansehen demokratischer Institutionen in der Öffentlichkeit nehme wieder zu. Sichtbar werde dies vor allem in einer verstärkten politischen und gesellschaftlichen Isolation der AfD, in der inzwischen 74 Prozent der Deutschen keine normale demokratische Partei mehr sähen. Zu "Alarmismus und Hysterie" bestehe daher "kein Anlaß".<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Kraus schrieb am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Die Maske fällt

Die AfD hat Aufwind. Dazu muß man nicht einmal die Umfragewerte kennen, die medialen Hetzkampagnen zeigen es zweifelsfrei an.

Da sagt Alexander Gauland, er möchte die Islamisierungsbeauftragte Özoguz "entsorgen", so wie zuvor schon SPD-Politiker Merkel "rückstandslos entsorgen" wollten - und der politisch-mediale Komplex läuft mit Schaum vor dem Mund durchs Land.

Der 'Spiegel' erfindet gesundheitliche Probleme der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel, die 'Welt' präsentiert eine vier Jahre alte private E-Mail, deren Urheberschaft ungeklärt ist und versucht daraus einen Skandal zu machen. In TV-Talkshows stehen AfD-Politiker generell allen anderen Studiogästen, dem handverlesenen Publikum und den jede Fairneß vermissenden Moderatoren gegenüber. Sie dürfen nicht ausreden und werden durchweg unsachlich angegriffen.

Die Medienkaste läßt die Maske fallen. Kein objektiver Journalismus mehr, sondern Propagandakrieg. Mit Lügen und ohne jeden Anstand. Da darf bei der 'Welt' die Ehefrau von Christian Lindner über ihre "Stylingtips" für den Gatten schreiben und anschließend die gefakte Weidel-E-Mail veröffentlichen - und niemanden scheint es zu stören. Der Chefredakteur, der

weiland Interviews frei erfand, gab die Marschroute vor: "Merkel ist die Führerin der freien Welt". Derlei gab es in Europa letztmalig im Rumänien des Nicolae Ceausescu. Wobei der immerhin nur das "Genie der Karpaten" war.

Und doch nützt es nichts, denn die Wähler lassen sich nicht beirren. Die Angriffe verpuffen. Die Umfragewerte steigen. Es wird spannend am 24. September.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. September 2017: >>"Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat ihre Unschuld verloren"

BERLIN. Der Schock sitzt tief. Die AfD hat den Sprung in den Bundestag geschafft – und das stärker als FDP, Linkspartei und Grüne. Vertreter der anderen Parteien sind entsetzt. Auch Stimmen aus Medien, Religion und Kultur sind besorgt. Die JF präsentiert eine (kleine) Auswahl, sie kann in den Kommentaren gern ergänzt werden.

Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland:

"Das Maß der Unterstützung für eine junge rechtspopulistische Partei ist ein Weckruf für alle, denen das friedliche und solidarische Miteinander in einem weltoffenen Deutschland am Herzen liegt." Ausgrenzende und haßerfüllte Stimmen dürften nicht das Leben in Deutschland vergiften.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:

"Leider sind unsere Befürchtungen wahr geworden: Eine Partei, die rechtsextremes Gedankengut in ihre Reihen duldet und gegen Minderheiten in unserem Land hetzt, ist jetzt nicht nur in fast allen Länderparlamenten, sondern auch im Bundestag vertreten. Ich erwarte von unseren demokratischen Kräften, daß sie das wahre Gesicht der AfD enthüllen und die leeren, populistischen Versprechen der Partei entlarven. Ein Ziel sollte alle demokratischen Parteien vereinen: Den Wählern zu verdeutlichen, daß die AfD keine Alternative ist, damit sie dort landet, wo sie hingehört – unter der Fünf-Prozent-Hürde!"

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland:

"Ich werde mein Land und mein Volk gegen die Antidemokraten und Rassisten verteidigen."

Elmar Tehveßen, stellvertretender Chefredakteur des ZDF:

"Für diese Demokratie ist die AfD eine ernsthafte Gefahr, weil sie den Begriff 'Volkswille' zur Waffe macht. Wer anderer Ethnie, Religion, anderer Partei oder nur anderer Meinung ist, kann zum Volksfeind erklärt werden. In diesem Sinne ist die AfD durch und durch autoritär und damit gefährlich für Parlamentarismus und Pluralismus in unserer Gesellschaft."

Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin der Grünen:

"Es werden wieder Nazis im Bundestag sitzen. Für uns gilt: Wir werden keinen einzigen Angriff auf die Demokratie stehen lassen."

Martin Schulz, SPD-Chef:

"Mit der AfD zieht erstmals eine rechtsextreme Partei in den Deutschen Bundestag ein. Wir haben die Aufgabe, in Zeiten, in denen der plumpe Rassismus in Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht, starke Oppositionsarbeit zu leisten."

Ulf Poschardt, Chefredakteur der *Welt*:

"De facto hat die Union die Macher der AfD mit angestiftet, auf dem weiten leeren Feld des politischen Marktes, irgendwo zwischen erzkonservativen und nationalpatriotischen Werten, selbstbewußt ihr Lager aufzuschlagen. Dort thront künftig die AfD in Prozentsichtweite zur SPD und ist deutlich stärker als die Grünen. Die trübe Suppe aus wütenden Spießbürgern und aggressiven Rechtsextremisten mußte sich für dieses Ergebnis nicht einmal richtig anstrengen. Es wurde ihr geschenkt."

Katja Kipping, Vorsitzende der Linkspartei:

"Zum 1. Mal seit 45 werden heute Nazis in Fraktionsstärke in den Reichstag einziehen. Verweisen wir sie auf die hinteren Plätze."

Grüne Jugend:

"Nazis sitzen ab jetzt im Bundestag. Das erfordert antifaschistischen Widerstand. Ein guter Tag um politisch aktiv zu werden!"

Andreas Petzold, Herausgeber des *Stern*:

"Mehr als 13 Prozent aller Wähler haben sich von den rechtsextremen Parolen der AfD-Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland nicht abschrecken lassen. Nein, sie haben demokratiefeindliche Überzeugungen demokratisch abgeseignet. Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat damit, wenn man so will, ihre Unschuld verloren. Humanität, Toleranz, Freiheit und die Überwindung des Nationalismus ist von mehr als fünf Millionen deutschen Wählern zur Disposition gestellt worden.

Das Ziel der AfD ist schließlich die Restauration des völkischen Gedankens, einer reinen Volksgemeinschaft, abgeschottet in einem gut bewachten Nationalstaat, in dem nur das demokratisch sein soll, was die sogenannte Alternative für Deutschland als richtig empfindet."<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Bis zum bitteren Ende**

Die CDU erregt nur noch Mitleid. Sie hat bei der Bundestagswahl am Sonntag dramatisch verloren. Und doch erklären die Unionsvertreter unisono, was für einen großartigen Wahlerfolg sie erreicht haben.

Na dann! Auf viele weitere solche "Erfolge", liebe Christdemokraten. Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit - das wußten schon die alten Griechen. Die CDU betreibt mittlerweile eine Politik, wie sie Claudia Roth wünscht. Niemand hat je CDU gewählt für offene Grenzen, unbegrenzte Einwanderung, "Ehe für alle", Verpfändung deutscher Sparanlagen zugunsten der Kreditaufnahme der südlichen EU-Länder oder einer zur Deindustrialisierung führenden Energiepolitik.

Noch mögen einige Wähler aus alter Anhänglichkeit bei der CDU ihr Kreuz machen, andere von SPD und Grünen zur inhaltlich ohnehin identischen Kanzlerpartei wechseln, wieder andere sich von der Anti-AfD-Propaganda des Staatsfernsehens einlullen lassen - aber das hält den Exodus der bürgerlichen Wähler am Ende nicht auf.

Die Union hat Merkel ertragen, weil sie Posten und Prozente brachte. Spätestens seit Sonntag muß jedem Unionsfunktionär klar sein: Die Prozente purzeln und die Posten wandern zu AfD und FDP. Was kommt nun - die verzweifelte Palastrevolte oder der Gang in die verdiente Bedeutungslosigkeit?<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**"Wenn ich mir was wünschen dürfte, käme ich in Verlegenheit ..."**

Marlene Dietrich singt den legendären Song von Friedrich Holländer seit 87 Jahren. Jeden Tag. Auf YouTube! Rauchig, melancholisch, Marlene eben!

Sie kam mir spontan in den Sinn, als David Bendels, der Chefredakteur vom Deutschland-KURIER, mich bat, mal aufzuschreiben, was ich mir für die nächsten vier Jahre für Deutschland wünsche ... So schreibe ich, während die "Mutter aller Schlachten" um die Demokratie in Deutschland noch tobt ...

Ich habe Marlenes Lied leicht verändert: "Man hat uns nicht gefragt ..., ob wir so leben wollen oder lieber nicht ... Meine Frau geht schon lange nicht mehr "allein, durch eine große Stadt" ... Und ich weiß, daß "SIE" (Merkel) mich nicht "lieb hat", nie lieb hatte ... Aber "ich warte und ich warte trotzdem ..."

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder HEIMAT sagen kann, ohne von einem Präsidenten "Dunkeldeutscher" genannt zu werden ...

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Schwarz-Rot-Gold flattern lassen kann, ohne von

einer Bundestagsvizepräsidentin Schweinedeutscher genannt zu werden ...

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Deutschland sagen kann, ohne von einer türkischen "Integrationsbeauftragten" belehrt zu werden, daß es außer der Sprache nichts, nichts "Deutsches" gibt ...

Nein, liebe Marlene Dietrich, wenn ich mir was wünschen dürfte ... käme ich überhaupt nicht in Verlegenheit ... "eine schlimme oder gute Zeit?" Ich wünsche mir endlich wieder eine gute Zeit für Deutschland:

- Daß unsere Kinder nicht mehr in der Schule Gender- oder Schwulen-Sex mit sechs lernen müssen ... Daß weder Türken noch andere Moslems sie quälen und schlagen, weil sie Christen sind ...

- Daß unsere Töchter und Frauen wieder unbehelligt Bikini, Mini oder Jeans tragen dürfen, mit 17 oder 70 Jahre jung.

- Daß sie im Park allein joggen können, ohne von "Südländern" oder "Männern" mit "dunklerem Teint" vergewaltigt zu werden ...

Und ich wünsche mir, daß Deutschlands Grenzen wieder Grenzen werden ... Daß nur noch Flüchtlinge hereindürfen, keine Heerscharen von Sozialfällen. Ich wünsche mir, daß alle Verbrecher-Migranten in kürzester Zeit abgeschoben werden, auch wenn ihr Anwalt strampelt oder "strickt" ...

Ich wünsche mir, daß kein Rentner mehr in der Mülltonne nach Essen suchen muß, während der Türken-Tyrann Millionen kassiert und die "Flüchtlinge" Milliarden ...

Und daß der sauberste Diesel der Welt weiter unbehelligt dieseln kann ... Daß wir den umweltfreundlichsten UND preiswertesten Strom der Welt wieder in die Steckdose lassen ...

Daß unsere Kühe weiter furzen dürfen ... Ich wünsche mir meinen Negerkuß zurück, meinen Mohrenkopf, mein Zigeunerschnitzel. Und die Kreuze auf den Kirchen von Lidl.

Liebe Marlene, ich hätte noch viele Wünsche ... Aber Gott sei Dank gibt es ja jetzt die neue Partei im Reichstag. Die wird auf Deutschland aufpassen!!<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. September 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Obrigkeitshörigkeit und den Untertanengeist der Deutschen (x964/...): >>Die deutsche Obrigkeitshörigkeit und ihr Ursprung

"Ein Deutscher ist mit Vergnügen alles, nur nicht er selber."

Jean Paul (1763-1825)

Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist der Deutschen ziehen sich durch die neuere Geschichte. Das ist vielfältig beschrieben worden. Carl Friedrich von Weizsäcker wird die treffende Charakterisierung zugeschrieben, der typische Deutsche sei absolut obrigkeitshörig, ein typischer Befehlsempfänger und des eigenen Denkens entwöhnt; er sei zwar ein Held vor dem Feind, aber im bürgerlichen Leben kennzeichne ihn ein totaler Mangel an Zivilcourage.

Letzteres beklagte selbst Bismarck mit den Worten: *"Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."*

Heinrich Mann beschrieb in seinem Roman "Der Untertan" eindrucksvoll den Typus des Mitläufers und Konformisten, der total an die von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, Meinungen und Erwartungen angepaßt ist.

Die Frage nach den Ursachen

Die Ursache der besonderen deutschen Untertanengesinnung wird vielfach in einer verbreiteten autoritären Erziehung in Elternhaus und Schule gesehen, die sich in dem auf Befehl und Gehorsam beruhenden preußischen Militär gleichsam fortsetzte. Max Weber sieht eine zentrale Ursache im Protestantismus, der den Staat als göttliche Einrichtung absolut gesetzt und den Obrigkeitsstaat legitimiert habe. Das Luthertum sei für den Untertanengeist und die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen verantwortlich.

Allgemein meint man, daß diese gläubig-gehorsame Seelenhaltung gegenüber der Obrigkeit über Generationen hinweg schließlich so verinnerlicht worden sei, daß es in der Regel keiner äußeren Gewalt mehr bedürfe, um sie aufrecht zu erhalten.

Aber woher ist die autoritäre Erziehung gekommen? Die Änderung in der Erziehung nach 1945 hat den Untertanengeist nicht zum Verschwinden gebracht. Den Militarismus haben die Franzosen viel stärker ausgebildet, ohne daß er bei ihnen zu einem solch ausgeprägten Untertanengeist geführt hätte. Und der Protestantismus ist zunächst als Freiheitsimpuls aus dem Innern einzelner Individualitäten gegen den seelischen Imperialismus einer religiösen Obrigkeit aufgestiegen; die Legitimierung des Obrigkeitsstaates hat da eher einen partiellen Rückfall bedeutet.

Die Obrigkeitshörigkeit ist durch äußere Bedingungen und Umstände nicht zu erklären, sie ist ein inneres Phänomen der Deutschen, eine innere Schwäche, der man daher auch nicht durch äußere Maßnahmen beikommen kann. Dies hat auch der scharfsichtige Heinrich Heine so gesehen:

"Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."

Die Frage ist, wodurch diese seelische Knechtschaft entsteht, und wie sie zu überwinden ist. Auch von innen wird *man* allerdings die Deutschen nicht befreien können, wie Heine meint. Das kann nur jeder Deutsche selbst tun. Denn sie hängt ja mit einer Schwäche der Individualität, des Ichs zusammen, das sich nur selbst ergreifen und verändern kann. Wie kommt diese Schwäche zustande? Dazu müssen wir uns zuvor eine zentrale positive Veranlagung der Deutschen vergegenwärtigen, die auch kulturgeschichtlich konstatiert und vielfach beschrieben worden ist.

Das höhere Ich

Der spanische Diplomat und Kulturphilosoph Salvador de Madariaga hat treffend auf ein wesentliches Charakteristikum der Deutschen aufmerksam gemacht, das in der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt:

"Das Hauptmerkmal der deutschen Sprache ... ist wohl das Vorherrschen des Wortes werden. ... Dieses Merkmal verleiht der Sprache eine Art von ständiger Bewegung, eine Qualität des Fließens, ... welche der tiefste Wesenszug des deutschen Lebens ist. ... Was für England und Frankreich nur ein Gedanke unter vielen ist und für Spanien überhaupt kein Gedanke, ist für Deutschland geradezu der Wesenskern allen Denkens, so daß eben beide, die Sprache und das Denken, in Deutschland das Fließen eines Stromes annehmen."

In diesem Empfinden des ständigen Werdens kommt die besondere Veranlagung des Deutschen nach unaufhörlicher Entwicklung seines eigenen Wesens zum Ausdruck, seines innersten Ichs. Das Ich ist in seinem Grunde nichts Fertiges, sondern ein Werdendes, sich Entwickelndes. Damit unterscheidet es sich von dem, was wir gewöhnlich im Alltag als "Ich" bezeichnen, das ein Beharrendes ist, das immer bleiben will, wie es ist. Dieses erscheint gleichsam als ein verzerrtes Spiegelbild des wahren, höheren Ichs, das selbst nicht unmittelbar in das Alltagsbewußtseins eintritt, sondern sozusagen im Hintergrund schwebt. Aber sein Einfluß ist spürbar und beobachtbar.

Wir messen die Zustände um uns und das Handeln der anderen Menschen mehr oder weniger unbewußt ständig daran, wie es eigentlich sein sollte. Und wir merken, daß wir auch selbst mit unserem Verhalten, unserem Tun und unseren Fähigkeiten vielfach nicht zufrieden sind. Wir genügen nicht unseren eigenen Idealen und moralischen Ansprüchen.

Wir bleiben zumeist hinter ihnen zurück. Dies festzustellen, ist aber nur möglich, wenn es eine höhere Instanz in uns gibt, die das, was wir gewöhnlich Ich nennen, beurteilt und am ei-

genen höheren Maßstab mißt - das höhere Ich. Friedrich Schiller schrieb in seinen "Ästhetischen Briefen":

"Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealistischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist".

Er verwies dabei auf seinen Freund, den Philosophen Johann Gottlieb Fichte, der ebenfalls das empirische, also das gewöhnlich erfahrbare Ich, von einem reinen, idealen Ich unterscheidet. Dieses ist für ihn das *"erste Prinzip aller Bewegung, alles Lebens, aller Tat und Begebenheit"*, das dem intelligenten, bewußten Ich logisch vorangeht. Beide stimmen selten überein, sie aber zur vollkommenen Übereinstimmung zu bringen, sei die ständige Aufgabe und Bestimmung des Menschen.

Doch dazu reiche der bloße Wille nicht aus. Wir müßten uns allein und gemeinsam in einem ständigen Prozeß des Lernens und der Selbsterziehung die Fähigkeiten dafür erwerben, um die Widerstände und Hindernisse der Sinneswelt zu überwinden. Und diesen ganzen Prozeß des Erwerbs vielfältiger Fähigkeiten mache letztlich das aus, was wir "Kultur" nennen.

Die deutschen Dichter haben diesen vielfach unbewußten Prozeß literarisch beschrieben, in Dramen oder Entwicklungsromanen, in denen, wie z.B. in Goethes "Wilhelm Meisters Lehrjahre", *"die geistig-seelische Entwicklung einer Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt dargestellt wird,"* die ihre *"Erlebnisse und Erfahrungen reflektierend verarbeitet und (ihrer) Persönlichkeit einverleibt."* (Wikipedia)

Es geht im Grunde immer um die Auseinandersetzung zwischen dem in seinen Eigenheiten beharrenden niederen Ego und dem höheren Ich, das eine Änderung, ein partielles Absterben des Niederen verlangt, damit der Mensch nicht stehen bleibt, sondern sich im Werdestrom weiterentwickelt.

Goethe faßte dies schließlich in die Worte zusammen: *"Und solange du dies nicht hast / Dieses Stirb und Werde, / Bist du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde."*

Und Friedrich Rückert sah das höhere Ich als etwas an, das wie ein Zukunftsbild vor jedem schwebt, dessen Realisierung er entgegenstrebt und dichtete: *"Vor jedem steht ein Bild des, was er werden soll: / Solang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll. / Was er geworden ist, genüget nie dem Mann; / O wohl ihm, wenn er stets nur werden will und kann."*

Der Herrscher in uns

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Ego tritt das höhere Ich also nicht von selbst ins Bewußtsein. Es muß gesucht, ins Auge gefaßt und willentlich hervorgebracht werden. Das Ich ist seinem Wesen nach ein Agens, ein Auto-mobil, d.h. ein Selbst-Beweger. Ein Ich, das von außen geschoben oder gezogen werden müßte, ist noch keins. Es ist nur insofern, als es sich von innen heraus selber aktiv im Denken ergreift, in Bewegung setzt und sich selbst bestimmt. Darin liegt aber auch der Grund dafür, daß das höhere Ich immer nur von verhältnismäßig wenigen bewußt angestrebt und zu realisieren gesucht wurde und wird.

Die Philosophen des deutschen Idealismus, insbesondere Fichte, haben einen sehr anspruchsvollen gedanklichen Weg dazu aufgezeigt. Rudolf Steiner wies auf einen einfacheren, unmittelbar lebenspraktischen Weg hin, den er als elementaren Bestandteil einer höheren Erkenntnisschulung beschrieb.

Er empfiehlt, sich täglich Augenblicke innerer Ruhe zu verschaffen, in denen man sich eine kurze Zeit aus seinem täglichen Leben zurückzieht und all seine Freuden, Leiden, Sorgen, Erfahrungen und Taten vor seiner Seele vorbeiziehen läßt, aber so, daß man sie von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, als ob man sie nicht selbst, sondern ein anderer erlebt oder getan hätte. Man soll in diesen Zeiten die Kraft suchen, sich selbst wie ein Fremder gegenüberzustehen. Dann ist man nicht mehr so eng mit den eigenen Erlebnissen verwoben, und sie zeigen sich in einem neuen Licht. Das Wesentliche beginnt sich von dem Unwesentlichen zu

sondern.

Man zieht sich dadurch aus der emotionalen Egozentrik des niederen Ichs allmählich heraus, so daß sich immer mehr höhere Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dinge einstellen können. Dabei kommt alles darauf an, *"daß man energisch, mit innerer Wahrheit und rückhaltloser Aufrichtigkeit sich selbst, mit all seinen Handlungen und Taten, als ein völlig Fremder gegenüber stehen kann."*

Das bedeutet, daß das höhere Ich mehr und mehr Einfluß auf das Alltags-Ego geltend machen kann. *"Denn jeder Mensch trägt neben seinem - wir wollen ihn so nennen - Alltagsmenschen in seinem Innern noch einen höheren Menschen. Dieser höhere Mensch bleibt so lange verborgen, bis er geweckt wird. Und jeder kann diesen höheren Menschen nur selbst in sich erwecken."*

Dieses in den ausgesonderten Augenblicken der inneren Ruhe gewonnene "höhere Leben" wird nach und nach seinen Einfluß auch auf das gewöhnliche Alltagsleben ausüben. Man wird ruhiger werden, mehr Sicherheit in seinen Handlungen gewinnen und nicht mehr leicht aus der Fassung gebracht werden können. Man ärgert sich nicht mehr über alle möglichen Dinge, und andere hören auf, einem Befürchtungen zu machen.

Man wird sich immer mehr innerlich selbst lenken und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen gelenkt werden. So fängt man an, *"sein Lebensschiff einen sicheren, festen Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens. Während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist."*

Das höhere Ich ist in einem fortwährenden Drängen nach Entwicklung begriffen, das sich gegen alle Widerstände und Niederlagen im Gewissen, in Sehnsüchten, Träumen und Idealen bemerkbar zu machen sucht. Dadurch daß man sich regelmäßig kurze Zeiten der beschriebenen inneren Ruhe verschafft, wird dem höheren Menschen in uns eine gesetzmäßige Entwicklung ermöglicht, in deren Verlauf er über das Alltags-Ich immer mehr die Oberhand gewinnt und dieses allmählich in Übereinstimmung mit sich bringen kann.

"Dieser "höhere Mensch" wird dann der "innere Herrscher", der mit sicherer Hand die Verhältnisse des äußeren Menschen führt. Solange der äußere Mensch die Oberhand und Leitung hat, ist dieser "innere" sein Sklave und kann daher seine Kräfte nicht entfalten. Hängt es von etwas anderem als von mir ab, ob ich mich ärgere oder nicht, so bin ich nicht Herr meiner selbst, oder - noch besser gesagt -: ich habe den "Herrscher in mir" noch nicht gefunden."

Es kommt also darauf an, den Herrscher in mir, das heißt die Herrschaft des höheren Ich über das niedere zur Entwicklung zu bringen.

Die Suche außen

Darin, daß die Ich-Entwicklung der inneren Anstrengung und Aktivität des Ichs selbst bedarf, liegt aber nun die Ursache, warum sie von vielen, ja den meisten Deutschen nur schwach angestrebt wird. Aber die Sehnsucht nach dem Höheren lebt in jedem, wenn auch noch so verborgen; und kann er es in seinem Inneren nicht finden, so scheint es ihm statt dessen von außen in der hohen Obrigkeit bequem entgegenzukommen. *"Die innere Herrschaft des Ichs im einzelnen Menschen verwandelt sich in die äußere Herrschaft des Staates über ihn."*

Der Mensch bleibt im Alltags-Ich stecken, das an die äußeren Verhältnisse gebunden ist, und empfängt gehorsam die Anordnungen der staatlichen Herrschaft, der es sich wie selbstverständlich unterwirft. Und wer als Funktionsträger, als Beamter in den Machtapparat aufsteigt, wird selbst zu einem Teil dieses höheren Pseudo-Ichs, der einerseits nach unten über den einzelnen Menschen als seinen Untertan stolz gebietet und andererseits den Vorgesetzten über ihm in treuer Pflichterfüllung ergeben ist.

Hier liegt der eigentliche Ursprung der deutschen Obrigkeitshörigkeit, des ausgeprägten Untertanengeistes, die so verhängnisvoll gewirkt haben und bis in die unmittelbare Gegenwart wirken. Denn es ist prinzipiell kein Unterschied zwischen der Obrigkeit eines pompösen, hoh-

len "Gottesgnadentums", eines aufgeblähten Usurpators oder der durch scheindemokratische Wahlen erhobenen egomanischen Parteienkaste, die heute mit denselben überkommenen Machtstrukturen ihre Herrschaft ausübt.

Sie werden noch durch die modernen psychologischen Mechanismen einer vielseitigen medialen Bewußtseinsindustrie unterstützt, welche täglich die Herrschaft dieser Clique von Oligarchen propagandistisch absichert und die eingeschläferten Untertanen immer wieder zu deren Wiederwahl an die Urnen führt, in denen ihre Hoffnungen stets neu begraben werden.

Nur aus dem Erleben der inneren, in sich selbst gegründeten Unabhängigkeit des höheren Selbst kann die Empörung gegen jede Form von Fremdbestimmung wachsen, die den Menschen nicht als freies, sich selbst bestimmendes Ich, als Subjekt, sondern als Objekt eines fremden Willens behandelt und zum folgsamen Untertanen macht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2017:

>>**Volk außer Kontrolle**

Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren

Die Ereignisse überschlagen sich. "Es" ist passiert, in Berlin laufen sie voller Schrecken durcheinander. "Spiegel-Schreiber" Jakob Augstein faßt die hechelnde Panik in Worte: "Nazis im Bundestag"! Wer hat das getan? Wer hat die gewählt? Der frühere "Focus-Chef" Helmut Markwort verriet schon vor der Wahl, er kenne persönlich niemanden, der AfD wähle und auch niemanden, der einen kenne, der die Blauen ankreuzen wolle.

Helmut Markwort ist ein besonnener Mann, typischer FDP-Anhänger, also nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Daher dürfte ihn das Ereignis vom 24. September längst nicht dermaßen aus der Fassung bringen wie die Augsteins der Republik. Allerdings gibt Markworts Zitat Auskunft darüber, wie weit sich die sogenannte "Informationselite" der Republik von einem nicht gerade kleinen Teil des Volks entfernt hat - kennt nicht mal einen, der einen kennt, als wohnten sie auf verschiedenen Kontinenten.

Was den "Spiegel-Autor" zutiefst irritieren muß, ist die absehbare Erfahrung, daß er seine scheppernde Attacke ins Leere reitet. Es ist nicht lange her, da hätte er mit dem Schwingen der Nazikeule unter AfD-Anhängern Angst und Schrecken verbreitet. Jahrzehntelang zuckten die Deutschen zusammen, wenn sie einer in die Nähe der Hitlerei rückte.

Ephraim Kishon hat dieses deutsche Spiel schon vor Jahrzehnten entlarvt: Wer unter Deutschen eine Debatte "gewinnen" wolle, der müsse nur zum rechten Zeitpunkt mit möglichst empört tuendem Augenaufschlag "Hitler!" rufen, und schon sei der Gegendiskutant erledigt. Dieses deutsche Spiel hat so prächtig funktioniert, daß immer mehr Leute mitspielen wollten. Zum Schluß "hitlerte" es bei jeder noch so banalen Gelegenheit: Das Nennen gewisser Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik, das Zitieren einer unfriedlichen Koran-Sure, der Hinweis auf gesetzliche Regelungen zur Grenzkontrolle oder Ähnliches reichte schon, damit einem die braune Trumpfkarte vor die Nase geknallt wurde.

Der AfD hatte man die Karte jahrelang um die Ohren gehauen. Alle spielten mit: die etablierten Parteien und die Staats- und Konzernmedien, die Kirchen und Gewerkschaften, Scharen von "Promis" und wer nicht alles. Eigentlich hätten die alternativen Unruhestifter längst mau-setot sein müssen. Sind sie aber nicht, im Gegenteil, wie wir seit Sonntag schwarz auf weiß haben. Die Nazikeule hat so oft zugeschlagen, daß sie ihre Wirkung verlor. Sie schreckt nicht mehr, sie nervt höchstens noch.

So wie Anfang der Woche. Da hat AfD-Spitzenkandidat Gauland die spitze Frage gestellt, was der Spruch, Israels Sicherheit und Existenzrecht seien Teil der deutschen Staatsräson, in der Praxis eigentlich wert sei. Ob die Deutschen sich überhaupt bereitfänden, in den Krieg zu ziehen, wenn der (latent gefährdete) Judenstaat Ziel einer militärischen Aggression würde. Er habe da seine Zweifel. Und die hat er wohl zu Recht.

Doch Volker Beck, Grüner und Chef der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im alten Bundestag, quasselte sofort etwas von "NPD" und "antisemitisch". Dabei hatte Gauland nur wissen wollen, ob die hochtrabende Zusage an Israel ein ernstes Beistandsversprechen darstellt oder bloßes Geschwätz - und damit offensichtlich den wunden Punkt der Schwätzer getroffen. Also holten die Getroffenen ihre Nazikeule heraus, erzielten damit allerdings keinerlei nennenswerte Wirkung. Schon wieder daneben!

Dieser Kontrollverlust ist das eigentlich Schockierende. Man hatte sich daran gewöhnt, die Deutschen mit Hilfe ihrer Angst und ihres schlechten Gewissens beliebig durch die Manege treiben zu können. Doch irgendwann ist es halt allzu durchschaubar geworden. Wenn die Leute den Budenzauber aber erst einmal durchblickt haben, können die Gaukler einpacken.

Merkels Kanzleramtsminister Peter Altmaier hatte kurz vor der Wahl ja noch mal alles gegeben und die AfD-geneigten Bürger aufgefordert, gar nicht erst zur Wahl zu gehen. Die Botschaft: Wer nicht für uns ist, der ist nicht bloß gegen uns, der sollte am besten gar nicht mehr dabei sein bei der Demokratie.

In den Altmaier-Worten paarten sich Verzweiflung und Arroganz in beispielhafter Weise. Wir bekamen einen tiefen Einblick in das, was man das "Demokratieverständnis" der Mächtigen nennen könnte, welches nach dem Grundsatz zu funktionieren scheint: Demokratie ist, wenn wir die Macht behalten.

Für einen bestimmten Teil des deutschen Volkes hört sich das in etwa so an wie: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Das kennt dieser bestimmte Teil noch von irgendwoher, was den besonderen Wahlerfolg der Populisten in dessen Heimatregionen erklärbar macht.

Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.

"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohltuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniere als die der Amis. Haha!

Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...

Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, "checks and balances", zu Deutsch: Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie's da drüben drunter und drüber geht.

Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.

Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgende Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.

So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf

der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.

Gegen dieses Gespinnst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? "Checks and balances"? Nichts dergleichen.

Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 9/2017 berichtete im September 2017:

>>**Die Kalte Kanzlerin - Der Staat bin ich, das Volk ist nichts**

_ von Daniell Pföhringer

Um es gleich vorwegzunehmen: Der sogenannte "Hooton-Plan", von dem in halbseidenen Internetforen oft als Blaupause zur Auslöschung des deutschen Volkes geraunt wird, ist nicht für die aktuellen Vorgänge verantwortlich. Dieses Papier war - im Gegensatz zum Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung der Besatzungszonen, dessen wesentliche Elemente tatsächlich bis Juli 1947 Grundlage der alliierten Direktive JCS 1067 waren - nur die akademisch verbrämte Fieberfantasie eines Fanatikers:

Im Jahr 1943 - etwa zwei Jahre nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg - plazierte der amerikanische Anthropologe Earnest Albert Hooton, der nicht nur ein leidenschaftlicher Deutschenhasser war, sondern auch ein Rassist und Eugeniker (wortwörtlich plädierte er für das "Eliminieren der Unbrauchbaren, Wertlosen, Degenerierten und Antisozialen jeder Rasse und jedes ethnischen Stammes"), einen Artikel mit dem Titel "Breed war strain out of Germans" ("Die Kriegsveranlagung aus den Deutschen züchten") im New York Daily.

Darin warb er dafür, die "aggressive Ideologie" des "deutschen Nationalismus" durch die Ansiedlung ausländischer Bevölkerungsgruppen auszumerzen. Den Deutschen unterstellte Hooton "biologisch begründete und angeborene räuberische Neigungen", die nur durch "Kreuzung" mit Menschen fremder Herkunft gebändigt werden könnten.

Stichwort "Austauschmigration"

Wenig spricht dafür, daß Hootons wahnwitzigen Ideen den New York Daily, der nur wenige Jahre später eingestellt wurde, überlebt hätten - vielmehr weisen die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland frappierende Ähnlichkeiten mit einem anderen Konzept auf, das weitaus ernster zu nehmen ist als das wirre Geschreibsel des fanatischen Eugenikers.

Der "Große Austausch", wie der französische Schriftsteller Renaud Camus die heute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa zu beobachtende Ethnomorphose nennt, folgt nicht biologistischen Motiven wie bei Hooton; es geht nicht darum, angeblich angeborene schlechte Eigenschaften "wegzuzüchten". Statt dessen wird demographisch und ökonomisch argumentiert.

Grundlage ist weniger ein Plan im eigentlichen Sinne, sondern sind Empfehlungen von höchster Stelle - genauer: ein Bericht der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, der empfiehlt, daß in Europa, wie es explizit heißt, "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden" müßten, um den derzeitigen Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter konstant halten zu können.

In der englischsprachigen Ausgabe ist von "Replacement Migration" - also "Austauschmigration" - die Rede, in der deutschen Übersetzung heißt es hingegen verharmlosend "Bestandserhaltungsmigration".

Die Fachabteilung der UNO unter der Leitung von Joseph Chamie, damals wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Migrationsstudien in New York, stellte bei der Untersuchung der "Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationstrends für alle Länder der Welt" zwei "kriti-

sche Trends" fest, nämlich "den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung" in einigen Staaten.

Unter die Lupe genommen wurde dabei vor allem Europa, unter anderem auch die Bundesrepublik. Als "Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen" kam man schließlich auf die Strategie der Austauschmigration. Eines der im Jahr 2000 skizzierten Szenarien besagt, daß Deutschland jährlich eine Nettozuwanderung von 324.000 Menschen benötige, um seinen derzeitigen Bevölkerungsstand bis 2050 aufrechterhalten zu können. "Im Ergebnis wären 2050 bei einer Bevölkerung von 82 Millionen 23 Millionen (28 Prozent) Post-1995-Migranten oder deren Nachkommen", heißt es dazu in dem UN-Bericht. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. Oktober 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat September geht an: Oliver Welke / "heute show"**

Komiker, die sich von den Herrschenden bezahlen lassen, um ihre Brötchengeber mit Späßen auf Kosten anderer aufzumuntern, nennt man gemeinhin Hofnarren. Die wenigsten trauen sich, ihre Narrenfreiheit zu nutzen, um den Mächtigen selbst den Spiegel vorzuhalten. Wer sich bevorzugt an den Feinden des Hofes abarbeitet, hat die Lacher des Brötchengebers sicher und riskiert nicht in Ungnade zu fallen, ist dafür allerdings auch nicht wirklich komisch.

Unter all den Hofnarren, die sich die politische Klasse im zwangsgebührenfinanzierten Staatsfernsehen so hält, ist Oliver Welke mit seiner "heute show" wohl so ziemlich der unlustigste. Die erste Sendung nach der Bundestagswahl treibt seine plumpe Masche auf die Spitze: Ein paar matte, harmlose Scherze über Mutti Merkel und ihre früheren und künftigen Koalitionspartner - man weiß ja, welche Hand einen füttert -, aber volles Rohr und immer schön unter die Gürtellinie gegen AfD und Donald Trump, da weiß er genau, daß die Etablierten den auch nicht mögen.

Keine "Nazi-Anspielung" ist Welke und seiner Truppe zu primitiv, wenn's gegen die AfD geht. Deren Wähler sind ja sowieso alle "Idioten". Und klar, nicht der in zwölf Merkeljahren angehäufte Mist ist das Problem, sondern daß die AfD deswegen jetzt auch im Bundestag sitzt. Schuld daran sind Facebook, Twitter und überhaupt alle in den Medien, die noch über die Asylkrise reden, obwohl Mutti das doch gar nicht mag, rasselt Welke mit seinem Hofnarren-Kollegen von "NDR-extra 3" herunter. Und die doofen Wähler, natürlich nur die von der AfD. Die haben versagt, nicht das Parteien-Establishment, also wird auf denen ordentlich rumgehackt.

Brav apportiert, Olli. Zur Belohnung gibts auch ein paar Leckerli - und natürlich die schon lang verdiente Goldene Hoftrompete.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Die Forschung bestätigt das Bauchgefühl**

Ein Aufschrei ging durch die Medien, als der einfache Mann von der Straße diese als "Lügenpresse", "einseitig" und "ideologisch verblendet" kritisierte. Doch nun zeigen aktuelle Forschungsberichte: Der gemeine Plebs von der Straße hat mehr als recht gehabt: Die deutschen Medien haben einen Schrott über die Flüchtlingskrise zusammengekleistert und sind ihrer Rolle als unabhängige Berichterstatter vorne und hinten nicht gerecht geworden.

"Die Studie zeigt auf, daß sich der Informationsjournalismus beim Thema Flüchtlinge praktisch nur für die Regierungspolitik, kaum aber für die Situation der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge interessierte." Und: "Die Medien feierten sich und den liberalen Teil der Bevölkerung als großartige Menschenfreunde. Sie wollten nicht recherchieren und übergangen Skeptiker und Kritiker." Zu diesem Befund kommt der Hamburger Medienforscher Michael Haller in seiner jüngsten Studie über die Berichterstattung zur Flüchtlingskatastrophe.

Ausländerkriminalität ausgeblendet

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Mainzer Medienforscher Marcus Maurer, der bestätigt, daß es bis zum Herbst 2015 einen "sehr positiven" Tenor der Berichterstattung über Migranten

gegeben habe. Deutliche Probleme gab es bei der Berichterstattung über Kriminalität: Die Journalisten hätten nicht mehr die Realität wahrgenommen, geschweige denn über diese berichtet. Denn während in der Kriminalitätsstatistik deutlich mehr Gewaltdelikte von als gegen Migranten festgehalten wurden, hätten die Medien häufiger über Gewalt gegen Migranten berichtet als über Gewaltdelikte, die von Flüchtlingen verübt wurden.

Zudem dominierten in den Talkshows vor allem Gäste, die sich für eine verstärkte Zuwanderung aussprachen. Wer dies kritisierte, sah sich doppelt so oft "konfrontativem Verhalten" von seiten der Moderatoren ausgesetzt als diejenigen, die sich für Zuwanderung stark machten.

Unglaubliche Medien

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Chefin des Instituts für Demoskopie, Renate Köcher: Während die Medien immer noch voller Freude über die unkontrollierte Zuwanderung schwärmten, waren bereits im Oktober 2015 zwei Drittel der Deutschen der Meinung, die Flüchtlingswelle werde das Land stark verändern. 62 % der Bevölkerung befürchteten, mit den Flüchtlingen würden auch Terroristen eingeschleust. 57 % hatten das Gefühl, die Politik sei ratlos und Deutschland habe die Kontrolle über seine Grenzen verloren. Kein Wunder straft die Bevölkerung die Medien hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit ab:

Was die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, betrifft, vertrauen nur noch 30 % der Deutschen den Medien.

In Bezug auf die Kriminalität von Flüchtlingen sind es gar nur noch 23 %. Jeder Gebrauchtwagenhändler verfügt über eine höhere Glaubwürdigkeit!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. November 2017: >>Die Goldene Hoftrompete für den Monat Oktober geht an: Maybrit Illner

So richtig prickelnd war es ja noch nie, was die ZDF-Moderatorin in ihrer Donnerstags-Schwatzrunde so serviert hat: Wohlfühl-Konsenssoße mit den üblichen Verdächtigen aus dem etablierten Parteien-Personal als Hauptzutat, gerne mit Figuren aus der zweiten Reihe und nur ganz selten gewürzt mit echten Oppositionspolitikern, die dann sicherheitshalber - wie neulich AfD-Vize Beatrix von Storch - schon mal separiert von den anderen am Katzentisch stehen müssen.

Seit der Bundestagswahl kennt die Ödnis allerdings keine Obergrenze mehr. "Maybrit Illner" ist zur Dauerwerbesendung für die "Jamaika-Koalition" mutiert, in der Schwarze, Grüne und Gelbe schon mal das Regierungskuscheln üben und die Bürger darauf einstimmen dürfen, welche Wahlversprechen sie in die Tonne treten würden, damit Mutti weiter regieren kann und die ausgehungerten Vorturner der Besserverdienerparteien FDP und Grüne auch mal an die Fleischtöpfe kommen.

In jeder zweiten Sendung sitzt Lindner-Vize Wolfgang Kubicki dabei, der seine Großmutter und das FDP-Wahlprogramm sowieso für einen Ministersessel verkaufen würde; für die Grünen waren von Kirchentags-Katrin Göring-Eckardt bis K-Gruppen-Jürgen Trittin auch schon alle da, und von CDU und CSU findet sich immer einer, der beteuert, daß das mit der "offenen rechten Flanke" schon nicht so gemeint ist und alle im Grunde doch dasselbe wollen: "Sozial" und "gerecht" sein sowieso, auch wenn die bockige SPD das gern für sich gepachtet hätte, das "Klima" retten bitte auch, und irgendwie "Ordnung" soll bei der Einwanderung schon herrschen, auch wenn weiter jeder rein darf.

Für diese Bürgereinschläferung in Endlosschleife ist Maybrit Illner die Idealbesetzung. Daß die Ost-Berlinerin mal SED-Mitglied war und das Fernseh-Handwerk im "Roten Kloster" gelernt hat, stand ihrer Nach-Wende-Karriere nicht im Wege. Warum auch; wer unter direkter Aufsicht der Abteilung Agitprop des ZK der SED die Rotlichtbestrahlung an der "Sektion Journalistik" der Leipziger Karl-Marx-Uni durchlaufen hat, der zentralen Journalisten-Kaderschmiede der "DDR", weiß schließlich, wie es die Mächtigen gerne haben. Besonders, wenn sogar die Kanzlerin selbst mal Agitprop-Sekretärin war. Gelernt ist eben gelernt; und willige

Hoftrompeter werden bekanntlich immer gebraucht.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. November 2017: >>**Staatskunst**
Was das "Zentrum für politische Schönheit" vor dem Wohnhaus des Thüringer AfD-Politikers veranstaltet, ist eine konzertierte politische Aktion. Die großen Medien berichteten in Echtzeit und verlinkten Livestreams. Auch die Radionachrichten hielten die Sache für erwähnenswert, und noch am selben Abend widmete die Sendung "Kulturzeit" auf 3Sat sich der sogenannten Kunstaktion.

Die Initiatoren haben nicht nur Betonstelen aus Pappmaché aufgestellt. Angeblich haben sie auch Höcke und seine Familie monatelang mit Kameras observiert und sogar den Hausmüll nach belastendem Material durchsucht. "Wir wissen alles", sagt Philipp Ruch, der Leiter des Zentrums. "Wann Höcke sein Holz hackt, welche Verlage ihm Broschüren schicken, wie er auf Reisen mit seinen Anzügen umgeht, wie es seinen Schafen geht, wo er gerne urlaubt."

Vollstrecker einer Staatsräsion

Kunst ist hier zum Vorwand für Spitzelei, für Erpressung, zu einer Form des Psycho- und molekularen Bürgerkriegs gegen Andersdenkende verkommen. Die Frage nach Stasi-Methoden beantwortet Ruch mit dem Satz: "Gegen Nazis wenden wir nur Nazimethoden an."

Falls Höcke aber "vor dem Denkmal auf die Knie fällt und für die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg um Vergebung bittet, wollen wir der Ernsthaftigkeit seiner Läuterung glauben. Dann lösen wir den Zivilgesellschaftlichen Verfassungsschutz vorerst wieder auf und veröffentlichen keine pikanten Details aus seinem Leben." Er nennt sein Vorgehen "einen aggressiven Humanismus". Solche Sätze kennt man aus den Romanen Alexander Solschenizyns. Geäußert werden sie von den Vollzugsbeamten des stalinistischen Terrors.

Die sich hier als künstlerische Tabubrecher in Szene setzen, sind ebenfalls Vollstrecker einer Staatsräsion. Der im Holocaust-Mahnmal zementierte Schuldskult dient ihnen als Quelle totaler Selbstermächtigung. Das ist kein Zufall, denn in einer Gesellschaft, in der die masochistische Moral gemeinschaftsbildend wirkt, findet das aufgestaute innere Elend den Ausweg im Sadismus. Subversiv sind die politischen Schönheitsaktivisten in ganz anderer Weise: Mit der Miniaturausgabe haben sie das Denkmal auf eine Witzvorlage reduziert, was seine Gegner als Bestätigung und Bestärkung verbuchen können.

Verräterische Schadenfreude

Die Mitinitiatorin des Berliner Holocaust-Mahnmals, Lea Rosh, hat den Nachbau als "eine wunderbare Idee" bezeichnet. Die Aktion so kurz vor der Weihnachtszeit sei eine "herrliche Bestrafung" für Höcke. So müsse er vor seinem Haus den Nachbau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas erdulden. Roshs Schadenfreude ist verräterisch. Wenn schon die Miniaturausgabe eine zu erdulden Strafe ist, was ist dann erst das Original?

Auch der bekannte Kunsthistoriker Beat Wyss ist dem Zentrum zur Seite gesprungen. Die Frage, ob ein massiver Eingriff in die Privatsphäre des AfD-Politikers, die eine monatelange Überwachung darstelle, sich durch eine Kunstaktion legitimieren ließe, bejahte er klar. "Die Kunst darf alles, wenn sie zum Lachen führt." Auch "weil sie quasi als fünfte Gewalt in der Gesellschaft mit Machtlosigkeit geschlagen ist". Philipp Ruch sei deshalb auch "der legitime Erbe von Till Eulenspiegel", denn Kunst habe die Aufgabe, "ein Fürsten-Spiegel zu sein".

Dazu zwei abschließende Bemerkungen. Erstens: Es gibt - siehe oben - auch das Lachen des subalternen Büttels, dem Macht über die Machtlosen verliehen wurde; es gibt das Lachen des Sadisten, des Folterknechts, sogar das des Lustmörders, vor dem sogar Alfred Hitchcock sich fürchtete. Zweitens: Eulenspiegel hat die Machtverhältnisse verspottet, sie situativ zum Tanzen gebracht.

Fürstenknecht statt Fürstenspiegel

Ruch hingegen ist Teil der Verhältnisse und reproduziert sie. Er installiert keinen Fürstenspiegel, er ist ein Fürstenknecht! Die Aktion ist ein Sonderprojekt im Rahmen des dritten Berliner

Herbstsalons des Maxim-Gorki-Theaters in Berlin, der auch hinter den Dschihad-Bussen am Brandenburger Tor steckt. Also, Staatskunst vom Feinsten!

Fazit: Wir haben Staatskünstler, Staatsmedien, Staatsintellektuelle. Sie bilden einen Überbau, der ästhetisch, moralisch und geistig nur noch destruktiv wirkt und zur Käseglocke geworden ist.

Ein Vorschlag zur Güte: Philipp Ruch zeigt tätige Reue über seine Gemeinheit und seinen Kniefall vor der Staatsräson, indem er sich auf einem Weihnachtsmarkt seiner Wahl bis zu den Knien in einen der Betonpoller einmauern läßt, die zum Schutz gegen islamistische Anschläge aufgestellt werden. Im Gegenzug versorgt Björn Höcke ihn allabendlich mit Glühwein und Bratwurst und stärkt ihm moralisch den Rücken.

Die "Kulturzeit-Redakteure" müßten die Versöhnungsszenen mit Kamera und Mikrofon begleiten. Das wäre tabubrechend, grenzüberschreitend, das wäre tapfer, das wäre politisch und auf eine unaggressive Weise human. Das wäre Schönheit, übersetzt in Politik!<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. November 2017: >>**Gemeinschaft von Gläubigen**

Was ist los an deutschen Universitäten? Als die Politikwissenschaftlerin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet an der Universität Würzburg darum bat, diesen Ort als säkularen Freiraum zu akzeptieren und Kopfbedeckungen abzulegen, verweigerte dies eine moslemische Studentin, trotz persönlicher Aufforderung.

Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung los, erregte Studenten zwangen die Professorin öffentlich zur Entschuldigung, gedeckt von einer verschüchterten Universitätsleitung. Ein Vorfall, der in Variationen längst universitärer Alltag ist.

Nichtigkeiten reichen aus

Vergangenes Jahr wollte der Berliner Geschichtswissenschaftler Jörg Baberowski an der Universität Bremen ein Buch vorstellen. Der Studentenausschuß beschimpfte ihn öffentlich, drohte mit Protesten. Erfolgreich, der Veranstalter mußte umziehen. Baberowskis Buchtitel: "Räume der Angst".

Derweil ... (protestierten) Studenten der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin, da ein Liebesgedicht des Lyrikers Eugen Gomringer an der Fassade angeblich eine "patriarchale Kunsttradition" ausdrücke. Es erinnere "unangenehm an sexuelle Belästigung, der Frauen alltäglich ausgesetzt sind". Das Gedicht wird übermalt.

Nichtigkeiten reichen aus, daß eine Studentenschaft in Erregungsmodus fällt, gegen mißliebige Dozenten vorgeht, Veranstaltungen sprengt, Arbeitsräume verwüstet und es nicht nur bei verbaler Gewalt beläßt. Toleriert, wenn nicht gar ermuntert, von einer Universitätsleitung, die alles will, nur nicht sich selbst den Protesten aussetzen.

Wohl eher die Freiheit des Mobs

Nachdem der Kasseler Biologieprofessor Ulrich Kutschera in einem Interview homosexuelle Partnerschaften als "sterile Erotik-Duos ohne Reproduktionspotential" bezeichnete, prüft die Universität ernsthaft disziplinarrechtliche Schritte. Freiheit von Forschung und Lehre? Wohl eher die Freiheit des Mobs, zu bestimmen, was gelehrt wird.

Wie ist das zu werten? Ist nun mit fünfzig Jahren Verspätung die maoistische Kulturrevolution auch bei uns angekommen? Ernten die Alt-68er jetzt mit ihrer Emeritierung die Früchte eines Marsches durch die Institutionen? Um das zu klären, müssen wir in die Tiefen der europäischen Aufklärung hinabsteigen.

Das mittelalterliche Weltbild war eine geschlossene Angelegenheit. Christliche Klöster, als Horte der Gelehrsamkeit, verstanden sich eigentlich nicht als Produktionsstätten neuen Wissens, sondern als Pfleger und Bewahrer bereits vorhandenen, vermeintlich endlichen Wissens. Die Lehrmeinung von Autoritäten wurde lediglich immer neu kommentiert und interpretiert.

"Fromme Lügen" waren sittliches Gebot

Im Übergang zur Neuzeit fand dann ein Paradigmenwechsel statt, für den Nikolaus von Kues (1401-1464) gleichsam sinnbildlich als letzter großer Kirchenlehrer wie zugleich erster Humanist steht. Mit seiner Schrift "Über die belehrte Unwissenheit" prägte er die Vorstellung eines menschlichen Geistes, der sich durch Selbsttätigkeit immer neues Wissen über eine sich ins Unendliche ausbreitende Welt aneignet. Das aber hat zwei erhebliche Konsequenzen, die Nikolaus selbst auch gezogen hat.

Zum einen galt es in der mittelalterlichen Klosterwelt als selbstverständlich, archiviertes Wissen eigenen Absichten anzupassen. "Fromme Lügen" waren unter der Bedingung eines geschlossenen Weltbildes ganz einfach sittliches Gebot. Der Mönch, der die "Konstantinische Schenkung" in die Archive schmuggelte, war kein Betrüger, sondern er korrigierte lediglich Fehler der Wirklichkeit.

Indem Nikolaus aber die äußere Gewißheit destruierte, brauchte er eine innere Gewißheit. Eine Gewißheit, die er über seine persönlichen Interessen stellte. So entlarvte Nikolaus als erster die "Konstantinische Schenkung" als Fälschung.

Hier protestieren keine Studenten, sondern Gläubige

Zum anderen benötigte Nikolaus dafür eine neue Methode, die sich nicht auf die Autorität von Lehrmeinungen beruft, sondern bei der ein selbsttätiges Denken Fakten überprüft und bewertet, die jederzeit von anderen überprüft und bewertet werden können. Es ist diese Trias aus Fortschritt, Wissenschaft und individuellem Denkvermögen, die an der Krippe der europäischen Aufklärung steht. Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, wird später Immanuel Kant sagen. Ein europäisches Projekt, das offenkundig zu Ende gegangen ist.

In Wirklichkeit sind es keine Studenten, die hier protestieren. Denn Studenten haben Fragen. Das hier aber sind Gläubige. Nicht prinzipiell anders als ein mittelalterlicher Klosterschüler schlucken sie pseudoreligiöse Lehrmeinungen, bringen diese mit ihren pseudoreligiösen Gefühlen in Einklang und wachen eifersüchtig darüber, daß niemand es wagt, diese pseudoreligiösen Lehrmeinungen in Frage zu stellen, weil dies notwendig eine Verletzung ihrer pseudoreligiösen Gefühle bedeutet. So weit, so unspektakulär. Doch eines ist an Absonderlichkeit nicht zu übertreffen.

Wenn ein geschlossenes Glaubenssystem mit den Werten der Aufklärung im Krieg ist, so haben wir zwei klar erkennbare Kontrahenten, die sich selbst auch als solche sehen. Wenn beispielsweise an einer Universität der islamischen Welt säkular eingestellte Studenten mit ihren religiös eifernden Kommilitonen im Clinch liegen, so ist den Beteiligten klar, daß sie unterschiedliche Werte vertreten.

Aus zeternden Feministinnen werden über Nacht ebenso zeternde Verschleierte.

Hier liegt jedoch das absolute Kuriosum vor, daß sich die pseudoreligiösen Jünger auf die Werte der Aufklärung berufen. Toleranz, Meinungsfreiheit, Fortschritt - das Wutgeheul, mit dem Dozenten aus dem Vorlesungssaal geprügelt werden, es verwendet genau diese Worte.

Was nur ist an dem Projekt der europäischen Aufklärung so furchtbar schiefgelaufen, daß nun eine Karikatur ihrer selbst sich anschickt, die Werte eben dieser Aufklärung gründlich abzuräumen? Eine gesellschaftliche Entwicklung, deren Vorreiterrolle damals wie heute die Universitäten übernehmen?

Nun, aus islamischer Sicht ist der Fall klar. Das Abendland sei an seinen eigenen Widersprüchen zerbrochen und zugrunde gegangen. Es erwarte jetzt die Erlösung aus dem einzig wahren Glauben. Nicht nur aus demographischen Gründen reüssiert der Islam an deutschen Hochschulen, aus zeternden Feministinnen werden über Nacht ebenso zeternde Verschleierte.

Freier Geist auf freien Geist

Doch der Fall liegt anders. Der Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt (1767-1835) war zwar Kind der Aufklärung, kritisierte diese aber dafür, das Wesentlichste übersehen zu haben. Denn Aufklärung ist nicht Fortschritt, ist nicht entfesselte Vernunft allein, sondern sie ist vor

allem anderem Ausbildung von Individualität.

Anderes leitet sich hiervon erst ab, führt ohne diese ins Nichts. Humboldts ganzes Reformprojekt ist hierauf abgestimmt. Von einfachen, gleichförmigen Lagen sollte der einzelne in den Elementarschulen rasch aufsteigen zur freien Selbsttätigkeit. In der Universität als krönendem Schlußstein sollte dann nur noch freier Geist auf freien Geist wirken, aus ihrer Polarität zur gegenseitigen Steigerung der Kräfte gelangen.

So wichtig war Humboldt die Freiheit des Geisteslebens, daß er die Universität sogar mit eigenen Domänen ausstatten wollte, damit kein äußerer Einfluß die Lehre bestimmen durfte. Diesen radikalen Schritt hat niemand getan, weder die von Humboldt geprägte deutsche Hochschullandschaft, noch die nach ihrem Vorbild organisierten Universitäten Amerikas.

Wenn der Geist keine Wohnstatt findet, geht er eben woanders hin

Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe bei letzteren zu zeigen, wie durch finanzkräftige Stiftungen Gender Studies von außen in den Lehrplan implementiert wurden. Eindeutig als politischer Auftrag wird diese Pseudowissenschaft in Deutschland betrieben. Alleine das Zentrum für Gender Studies der Universität Marburg darf sich nun über eine Million Euro Steuergelder freuen, um zwei Jahre lang gegen Kritiker vorzugehen.

"Wir möchten Erkenntnisse darüber gewinnen, was genau am Wandel der Geschlechterverhältnisse als krisenhaft empfunden wird, wie anti-feministische Diskurse vor diesem Hintergrund mobilisierend wirken und wie der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder gestärkt werden kann", freut sich Projektleiterin Annette Henninger. Gläubige beim Gebet halt.

Es bleibt die Erkenntnis: Wenn der Geist keine Wohnstatt findet, geht er eben woanders hin. Übrig bleibt dann etwas, das sinnvoll wohl nur noch unter dem Gesichtspunkt klinischen Schwachsinn betrachtet werden kann.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. November 2017: >>**Schweigen ist Silber, Reden ist Gold!**

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Bei Politikern der Altparteien - abgehalfterten wie amtierenden - gilt das Sprichwort umgekehrt: Schweigen ist Silber, Reden ist Gold!

Als Mietredner kassieren sie satte, manchmal bis zu fünfstelligen Honorare für einen 45-minütigen Vortrag.

Viel Geld dafür, daß sie tun, was eigentlich ihr Job ist (bzw. war): Politik erklären, sich Diskussionen stellen.

Der "Mercedes" unter den Rednern ist Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD): Einschlägige Agenturen handeln ihn mit Preisen zwischen 50.000 und 75.000 Euro. Allerdings sollen immer weniger Unternehmen/Verbände bereit sein, diese horrende Summe auch wirklich zu zahlen.

Der grüne Ex-Außenminister Joschka Fischer (das Herz schlägt links, die Zunge schmeckt rechts) wird am Markt mit bis zu 30.000 Euro eingepreist. Er dürfte damit ebenfalls zur Redner-Premiumklasse zählen.

In der gehobenen Mittelklasse dominieren Union und Linksfraktion.

CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn, derzeit (noch) Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, ist begehrt bei Krankenkassen und Klinikverbänden. Für "Informationen aus erster Hand" gibt's hier zwischen 3.500 und 7.000 Euro.

Reger Nachfrage erfreut sich Ex-Linken-Fraktionschef Gregor Gysi. Der Dampfplauderer wird für ein launiges Grußwort auf bis zu 15.000 Euro taxiert.

Ex-CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) soll von einem dubiosen Privatnachrichtendienst regelmäßig fünfstelligen Summen kassiert haben - Insider sagen: bis zu 30.000 Euro. Damit dürfte er in einer Preisklasse wie Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) gespielt haben, der für bis zu 25.000 Euro "gut gewesen" sein soll.

Zur Erinnerung: Die Diäten (Gehalt) eines Bundestagsabgeordneten betragen aktuell 9.541,74

Euro zuzüglich einer steuerfreien Aufwandsentschädigung von 4.318,38 Euro.

Ein Sonderfall ist Ex-Sozialminister Norbert Blüm (CDU). Mit rund 9.000 Euro monatlich ist seine Rente nicht nur ganz besonders sicher - er genießt den Lebensabend mit Frau Marita auf ausgedehnten Kreuzfahrten. Zahlen muß Blüm nicht - er heuert als Polit-Conférencier an und bespaßt die mitreisenden Passagiere.

Manche kriegen den Hals einfach nicht voll!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. November 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat November geht an: Tina Hassel**

Die arme Tina. Im Sommer 2015, kurz vor Angela Merkels "Grenzen auf für alle", wurde Tina Hassel Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios. In ihrer untertänigen Verehrung für die Willkommenskanzlerin läßt sich die Rotfunkerin vom WDR seither so leicht von niemandem überbieten. Sogar mit andächtig zur Raute gefalteten Händchen hat man sie schon vor der Kamera gesehen. Und jetzt soll alles zu Ende gehen? Nicht mit Tina!

Was hat sie sich in den letzten Wochen nicht ins Zeug gelegt, um die "Jamaika" Schwampel als letzte Chance für die nächste Kanzlerschaft ihres Idols herbeizubeten und herbeizutwitern! Hunderte Kurznachrichten am Tag hat sie auf dem Höhepunkt des Sondierungs-Gewürges aus ihrem weich mit Zwangsgebührengeldern gepolsterten Berliner Chefsessel schon mal abgesetzt.

Pfui über jeden hat sie gegen Fieslinge ausgeschüttet, die was gegen den totalen Familien-nachzug für alle und jeden haben. Denen soll das Wort "Familie" im Halse stecken bleiben, donnert die Tina, jawohl! Für sie ist sogar der "atmende Deckel", den die Grünen aus der "CSU-Obergrenze" für die Aufnahme illegaler Migranten gebastelt haben, ein Geniestreich und jeder ein Schuft, der so einen Unfug nicht schluckt. Jamaika muß her, und "Asyl kennt keine Grenzen". So geht "unabhängiger" öffentlich-rechtlicher Fernsehjournalismus.

Mit ihrer "Jamaika-Begeisterung" steht Tina Hassel ja nicht alleine da. Auch die ZDF-Kollegen dreschen nach Kräften auf die Spielverderber ein, die bei der schwarz-gelb-grünen Schwampel nicht mitmachen wollen. Aber der "ARD-Brennpunkt" am Tag nach dem Platzen der Sondierungsgespräche schießt einsam den Vogel ab.

Den blöden Lindner von der FDP, der der unfehlbaren Kanzlerin die kalte Schulter gezeigt hat, den ollen Sozi-Chef Schulz, der nicht mehr Merkels Mehrheitsbeschaffer spielen will, bürstet Tina Hassel patzig ab, aber mit der "geschäftsführenden Bundeskanzlerin", die es "noch einmal wissen will", führt sie ein andächtiges Verherrlichungsinterview, um ihr das Versprechen zu entlocken, daß sie weitermachen will. Ja, darauf haben wir gewartet. Merkel hat ja nichts falsch gemacht, sie ist nach der "Jamaika-Pleite" sogar noch "gestärkt", schuld sind immer nur die anderen. Honeckers Regierungfernsehen hätte das auch nicht schöner hinbekommen.

Fragt sich bloß: Was will Tina Hassel mit diesem Heldenkult erreichen? Will sie Chefideologin der Grünen werden? Oder Merkels nächste Regierungssprecherin? Das könnten recht kurzlebige Jobs werden. Aber die Goldene Hoftrompete, die bleibt. Und wer hätte sie mehr verdient als die treue Tina?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Meinungszensur in Deutschland**

Das Stasi-Gesetz des Heiko Maas

Seit einiger Zeit ist das sogenannte Anti-Haß-Gesetz aus dem Hause des Noch-Justiz-Ministers Heiko Maas (SPD) in Kraft. Das Fazit bisher: Gleichviel Haß, mehr Zensur, weniger Meinungsfreiheit.

Der scheidende Bundesjustizminister Heiko Maas wollte mit seinem Gesetz das "verbale Faustrecht" im Internet beenden und die Meinungsfreiheit schützen. Dafür wurden die Plattformbetreiber für die Inhalte ihrer Nutzer in Haftung genommen. Bis zu 50 Millionen Euro

sollen die Unternehmen zahlen, wenn Inhalte nicht "sauber" genug sind.

Das Ergebnis: Facebook und Twitter löschen und sperren, was der Bundesregierung nicht gefallen könnte.

Jetzt hat es den deutsch-ägyptischen Islamkritiker Hamed Abdel-Samad getroffen. Er hatte auf Twitter über einen algerischen Asylbewerber geschrieben, der laut dem Politikwissenschaftler in Algerien wegen Gewalt gegen religiöse Minderheiten verurteilt wurde. Das Ergebnis war die Sperrung von Abdel-Samads Twitter-Konto. Wie genau das US-Unternehmen auswählt, wer blockiert oder gelöscht wird, ist nicht herauszubekommen. Fest steht jedenfalls, daß man sich dort nicht mit der deutschen Regierung anlegen möchte.

Das Ergebnis nennt Abdel-Samad "schleichende Diktatur".

Dank dem neuen Gesetz, entscheiden nicht mehr Gerichte, welche Aussagen in Deutschland erlaubt sind. Es sind US-Firmen wie Facebook und Twitter, die in vorauseilendem Gehorsam die Meinungsfreiheit unterdrücken. Sie wollen sich keinem Risiko aussetzen.

Die Merkel-Regierung behält dabei saubere Hände: Sie verbietet keinem direkt den Mund, Kritiker müssen für ihre Meinung nicht ins Gefängnis. Es wird nur dafür gesorgt, daß sie sich nicht mehr öffentlich äußern können. Was die Systemmedien nicht berichten, soll auch keinen Platz im Internet haben.

Eine solche Form der Zensur kennt man normalerweise aus autoritären Staaten wie China. Auch dort beugen sich die Internet-Riesen den Wünschen der Regierung. Gezeigt wird nur, was dem Regime genehm ist.

Daß das Twitter-Konto von Abdel-Samad nach dem Einschalten eines Anwalts wieder freigeschaltet wurde, ist der einzige Lichtblick. Mit Maas' Anti-Haß-Gesetz wird nicht Haß in Deutschland verhindert, sondern Meinungsfreiheit und Demokratie.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. Dezember 2017: >>>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat Dezember geht an: Die 'Süddeutsche Zeitung'**

Früher war manches doch einfacher. Bekam man mit, daß ein Nachbar oder Bekannter heimlich Feindsender hört, über die Partei herzieht oder gar Zweifel am Endsieg des Sozialismus verbreitet, verpiff man ihn einfach beim zuständigen Blockwart oder Abschnittsbevollmächtigten, und der sorgte dann schon dafür, daß Miesmacher und Wehrkraftzersetzer aus dem eigenen Umfeld entfernt und aus dem Verkehr gezogen wurden, bevor man womöglich noch selber in Verdacht kam.

Wer heute vermeiden will, daß auch nur der Hauch eines Zweifels an seiner allzeit zuverlässigen Gesinnung auftaucht, muß schon selbst aktiv werden. Praktische Lebenshilfe gibt es von der Münchener "Isar-Prawda", dem unentbehrlichen Wegweiser in allen Fragen der politisch korrekten Einstellung.

Der neue Schulfreund Ihres 13-jährigen Sohnes ist eigentlich ganz nett, aber Sie verdächtigen seine Eltern wegen so einiger nicht linientreuer Äußerungen, womöglich AfD zu wählen, und Sie wollen mit solchen Merkel-Feinden nichts zu tun haben? Die Experten der 'Süddeutschen Zeitung' wissen Rat: Erklären Sie Ihrem Sohn, daß die richtige Haltung wichtiger ist als Klassenkumpels, stellen Sie die Verdächtigen zur Rede, wie Sie dazu kommen, so undenkbbare Meinungen zu haben, machen Sie Ihrem Junior klar, daß man mit so was nicht an einem Tisch sitzt.

Ja, da ist er wieder, der gute alte Denunziantengeist. Wem das suspekt ist, der soll mal lieber aufpassen, worüber er mit seinen Kindern spricht. Oder mit den Eltern von dessen Schulfreunden. Die Blockwarte und Linientreuen mit der 'Süddeutschen' unterm Arm kriegen ja doch alles raus. Und zögern auch nicht einzuschreiten.

Anderswo plagt man sich schon auch damit, wenn die Untertanenpflicht, sich von allen bösen Menschen mit Abscheu abzuwenden, plötzlich auch Familienmitglieder erfaßt. Hilfe, was soll ich machen, wenn meine eigene Mutter was "gegen Ausländer" sagt, jammert einer im 'SZ-

Magazin', mein Bruder wählt AfD, und ich weiß nicht, wie ich damit umgehen soll, "wir müssen reden", bettelt einer in 'bento', dem Stuhlkreis-Magazin für die unerwachsene 'Spiegel-Klientel'.

Aber keiner verteidigt die politisch korrekte Filterblase so unbeirrt wie die 'Süddeutsche Zeitung'. Dafür gibts die Goldene Hoftrompete - mit der großen Kundschafter-Verdienstmedaille noch obendrauf.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 12/2018 berichtete am 17. März 2018 über den Kampf um die Meinungsfreiheit: >>Meinungskampf: Der Riß

Die Debatte um Durs Grünbein und Uwe Tellkamp überschattet die Leipziger Buchmesse. Es geht um Flüchtlingspolitik, Redefreiheit - und die erstarkende intellektuelle Rechte.

Zweitausendsechshundert Verlage stellen auf der Leipziger Buchmesse aus, rund 20.000 Bücher erscheinen in diesem Frühjahr, manche bejubelt, manche verrissen - und sehr viele gänzlich übersehen. Und dann gibt es noch jene Bücher, deren Titel die Stimmung nicht nur der Messe, sondern des ganzen Landes schon auf dem Buchumschlag einfangen: Monika Marons "Munin oder Chaos im Kopf", Bernhard Pörksens "Die große Gereiztheit - Wege aus der kollektiven Erregung" oder Yascha Mounks "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht".

Denn die Atmosphäre ist aufgeladen, seit kurz vor der Messe bei einer Diskussion auf der Bühne des Dresdner Kulturpalasts zwei Schriftsteller aneinandergeraten sind, als ginge es um einen Familienkonflikt im deutschen Bildungsbürgertum: Durs Grünbein und Uwe Tellkamp. Beide in den Sechzigern geboren, beide aus Dresden, beide preisgekrönte Autoren, ihre Werke erscheinen beim selben Verlag, bei Suhrkamp. Doch wie das manchmal so ist bei Familienkonflikten, beide können sich kaum mehr verständigen - und das in Fragen, die, je nach Standpunkt, zu den entscheidenden des Landes gehören: Wie hältst du es mit der Flüchtlingspolitik? Wie mit Merkel? Wie mit der Rechten? Ist die Meinungsfreiheit bedroht? Was darf man heutzutage noch sagen?

"Was ist denn das für ein Scheiß?", entfuhr es Grünbein, als Tellkamp behauptete, vor der Bundestagswahl sei die AfD die einzige regierungskritische Alternative gewesen. Die Szene wirkte, als hätte ein Regisseur diesen Konflikt inszeniert:

Auf dem einen Stuhl saß einer, der die offenen Grenzen genießt, der von seinen Reisen erzählte, von Paris. Auf dem anderen einer, der diese offenen Grenzen fürchtet. Einer, der glaubt, 95 Prozent der Migranten, die nach Deutschland kommen, seien keine Flüchtlinge, sondern wanderten in die Sozialsysteme ein.

Diese Zahl ist nicht zu halten. Und doch steht der Umstand, daß Tellkamp sie vortrug, wie der ganze Dresdner Abend sinnbildlich für die Stimmung in Deutschland. Das hat seit Mittwoch zwar wieder eine gewählte Regierung, getragen von einer ziemlich geschrumpften Großen Koalition. Doch das liberale und das rechte Lager tun sich zunehmend schwer, sich überhaupt noch zu verständigen.

Es ist, als ginge ein Riß durch dieses Land. Es hat viele Risse auszuhalten, zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich, doch der Riß zwischen den Lagern, der sich nun auf der Buchmesse zeigt, läßt sich nicht mit den gängigen Mustern wegdiskutieren, mit denen sich das linksliberale Milieu sonst das Phänomen der erstarkenden Rechten ein bißchen zu leicht erklärt hatte: abgehängt, sozial schwach, aus dem Brennpunkt, ungebildet.

In Leipzig nimmt die erstarkende intellektuelle Rechte Gestalt an. Diese intellektuelle Rechte ist eine bürgerliche Rechte, eine gut situierte, gut ausgebildete Rechte, für die, anders als für die Hilfsempfänger der Tafeln in Essen und anderswo, Migranten keine direkten Konkurrenten um Nahrungsmittel darstellen. Schon anlässlich der Pegida-Demonstrationen hatte der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen, die dort mitmarschierten, gering sei, die Zahl der Akademiker und Abiturienten aber hoch.

Für das intellektuelle Selbstverständnis der Bundesrepublik ist das eine Herausforderung. Der italienische Philosoph Antonio Gramsci, ein Marxist, hatte einst die These aufgestellt: Wer das intellektuelle Leben beherrsche, beherrsche das Klima im Land. Die deutschen Achtundsechziger haben Gramsci gelesen und seine Theorie von der kulturellen Hegemonie umgesetzt. Seit einem halben Jahrhundert stand der Geist hier links. Doch nun hat die Rechte Gramscis Theorie gekapert.

Noch ist sie weit davon entfernt, das intellektuelle Leben zu beherrschen. Uwe Tellkamps Auftritt aber könnte ein Markstein sein. Von seinem Roman "Der Turm" hat er knapp eine Million Exemplare verkauft, allein im deutschsprachigen Raum, sein Werk ist in 15 Sprachen übersetzt. Einen derart prominenten intellektuellen Fürsprecher hatte die AfD bislang nicht.

Im "Turm" hatte Tellkamp das Dresdner Bürgertum als Träger einer selbstbewußten kulturellen Identität geschildert. Es ist nur folgerichtig, daß Dresden nun zum Schauplatz der Debatte wurde. Denn darum geht es in deren Kern: Was ist heute noch bürgerlich? Wird der Migrant, jeder Migrant, zum Bürger, auch wenn er nur kurz hier ist? Gebührt jenen, die nur kurz hier sind, ein besonderer Respekt? Digitalisierung, Globalisierung und Wandel der Öffentlichkeit sind auch für das deutsche Bürgertum eine Bedrohung.

An einer der Zentralinstitutionen dieses Bürgertums, der Oper, wirbt in Leipzig ein Transparent für "Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg". Schräg gegenüber liegt das Gewandhaus, von Polizisten gesichert, hier findet der Festakt zur Eröffnung der Messe statt, die schon jetzt ihr großes Thema gefunden hat. Keinen Sängerkrieg, aber einen Dichterstreit. Der Konflikt zwischen Tellkamp und Grünbein war nur das Donnerrollen in der Vorwoche der Messe.

Es folgte der Aufgalopp, in dem die Lager sich in Stellung brachten. Auf Twitter, wo der AfD-Abgeordnete Jens Maier freudig konstatierte, "Star-Autor Tellkamp vertritt AfD-Positionen". Im Radio, wo die Schriftstellerin Monika Maron Tellkamps Aussagen ein bißchen harmloser machte, als sie waren. Dem Deutschlandfunk sagte sie, sie könne die Aufregung darüber nicht verstehen - dabei ist sie es, die in ihrem Roman "Munin oder Chaos im Kopf" mit literarischen Mitteln von genau dem Grundkonflikt erzählt, der sich nun in der Realität zwischen Grünbein und Tellkamp abspielt.

Auf der einen Seite das eher linksliberale Milieu, auf der anderen Seite die Empörten, womöglich rechts. Und am Horizont das große Kuddelmuddel der drohenden Apokalypse, Millionen Migranten, junge Männer, sexuelle Gewalt:

"Die Kriege, die bedrohlichen Bilder in den Zeitungen und im Fernsehen, unser Straßenkampf, alles floß unter dem unbeirraren Rauschen des Regens zu einem endlosen Panorama zusammen, in dem ein Bild auf das andere folgte, manche miteinander verschmolzen, schwererschwingende Männer liefen hinter Panzern her."

Die Suada steigert sich, am Ende erweist sie sich als Traum - oder doch nicht? So recht weiß man das ja nie bei derartigen Weltuntergangsszenarien. Ob die rechts sind? Schon zur Bundestagswahl hatte Monika Maron über sich selbst geschrieben: "Links bin ich schon lange nicht mehr."

Uwe Tellkamp war es wohl nie, schon in seinem Frühwerk "Der Eisvogel" schrieb er über einen rechtsradikalen Terroristen. Rollenprosa, gewiß. Auch hat Literatur keiner Gesinnung zu folgen. Große Autoren waren rechts, Gottfried Benn, Ernst Jünger - sie haben sich als Einzelgänger inszeniert, das gehört dazu, der "Waldgang", wie Jünger es nannte, als Widerstandsakt gegen die Mehrheit. Doch es ist auch diese Mehrheit, die rechten Dissidenten den Glorienschein des Außenseitertums erst so richtig verschafft - manches kritische Urteil dürfte diese in ihrer heroischen Pose nur bestätigen.

Durs Grünbein attestierte Tellkamp gerade in der "Zeit": "Was wir von Uwe Tellkamp hören, kennen wir von Pegida."

Auf der Bühne des Kölner Literaturfestivals Lit. Cologne konstatierte der Grünenchef Robert Habeck vor ausverkauftem Haus: "Tellkamps Argumente waren rechte Argumente, und seine Argumentation war verschwörungstheoretisch. Er soll aufhören zu jammern. Die Scheibe einschlagen und 'Haltet den Dieb rufen', das ist ziemlich peinlich."

Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu meinte: "Was fällt mir zu dem Mist ein? Mein Rat an die Heulsusen in der rechten Ecke: Lernt Deutsch, ihr Versager, und packt euch weg. Mein Rat an Tellkamp und andere Zonenzampanos: Maul auswaschen mit Seife. Gute Bücher schreiben." Selbst Suhrkamp distanzierte sich bereits am Morgen nach der Diskussion in Dresden von seinem Erfolgsautor: "Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlags zu verwechseln. ..."

Es war kein sonderlich glückliches Manöver, auch wenn eine Suhrkamp-Sprecherin sich später bemühte, den Tweet als Ausdruck allergrößter Normalität abzutun: "Dieser Satz weist lediglich auf eine Selbstverständlichkeit hin."

Die Suhrkamp-Autorin Sibylle Lewitscharoff meint dazu: Die Äußerungen von Herrn Tellkamp mögen empörend gewesen sein, aber ich rate davon ab, sich als Verlag dazu zu äußern. Der Verlag ist ausschließlich für die Bücher verantwortlich, die ein Autor geschrieben hat, nicht für dessen politische Haltung oder sonstiges Betragen."

Kulturstaatsministerin Monika Grütters, befragt nach ihrer Meinung zur Debatte, sagt, stets werde gefordert, daß die Intellektuellen sich in aktuelle Debatten einbrächten, und zwar gerade dann, wenn Krisenstimmung herrsche. "Nur muß man es dann auch verkraften, daß diese Leute provozierende und kontroverse Positionen vertreten. Auch da gilt der Grundsatz der Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung." Gleichermäßen müsse es der Autor Tellkamp aushalten, wenn viele Menschen deutlich machten, daß sie seine Meinung für eine Zumutung halten. Dafür habe sie gerade in diesem Fall großes Verständnis.

Die Aufregung kocht eben schnell hoch, wenn es um die Frage geht, ob ein Autor rechts ist, weil es hier schnell um die zentrale Frage der bundesdeutschen Identität geht: Wie verhält man sich zur Erinnerung an den Nationalsozialismus, in der manche Rechte nur einen "Schuldskult" sehen?

Auf der Frankfurter Buchmesse hatte es im Herbst einen Eklat gegeben, als es bei einer Veranstaltung von Götz Kubitscheks Antaios Verlag zu einer Prügelei zwischen Identitären und Autonomen kam.

Oliver Zille, der Chef der Leipziger Messe, hat nun ein Sicherheitskonzept erarbeiten lassen, um zu verhindern, daß sich das wiederholt. Die rechten Verlage teilen sich eine Ecke in Halle drei, Polizisten patrouillieren durch die Gänge. Gegenüber von Kubitscheks Verlag befindet sich die "Deutsche Stimme", ein NPD-nahes Blatt, daran schließt sich der Stand von Jürgen Elsässers rechtspopulistischem "Compact-Magazin" an, martialisch bewacht von blassen, muskulösen Männern im dunklen Sakko.

Bereits am Donnerstagvormittag, die Messehallen hatten gerade erst geöffnet, geht es in einer Diskussion um die Frage "Wie politisch ist der Buchhandel?". Mit auf dem Podium sitzt Susanne Dagen, eine Buchhändlerin aus Dresden. Ihre Buchhandlung liegt am Fuße jenes Villenviertels, das Tellkamp im "Turm" beschrieben hat, gleich bei der Elbbrücke. Eigentlich ein bürgerliches Idyll.

Dagen war es, die im Herbst die "Charta 2017" initiiert hatte, einen offenen Protestbrief an den Börsenverein des Deutschen Buchhandels, dessen Unterzeichner sich dagegen wandten, daß der Börsenverein politisch Stellung bezogen hatte: Wenn ein Branchen-Dachverband darüber befinde, was als Meinung innerhalb eines Gesinnungskorridors akzeptiert werde und was nicht, dann sei unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt, hieß es da. Unterzeichnet war das Schreiben unter anderem von Uwe Tellkamp.

Eine Gruppe anderer Dresdner Autoren, darunter wiederum Durs Grünbein, antwortete mit

einer Gegenerklärung: "Die Freiheit, sich zu äußern, begründet kein Recht, sich unwidersprochen zu äußern." Der "Opferhabitus", der durch die Klage über Gesinnungskorridore eingenommen werde, sei unangemessen.

Nun waren sie gefallen, die Reizworte, um die es seitdem geht: "Gesinnungskorridor", "Gesinnungsdiktatur" auf der rechten, "Opferhabitus" auf der linken Seite; Munition für einen Meinungskampf in Endlosschleife, moralisch hochgradig aufgeladen, geht es hier, je nach Sichtweise, doch um den Kampf gegen die "Gutmenschen", das "betreute Denken" oder eben um den zwischen dem hellen und dem dunklen Deutschland.

Dazwischen allerdings, könnte man einwerfen, gibt es viele Graustufen. Ist die öffentlich ausgetragene Diskussion zwischen Grünbein und Tellkamp nicht der beste Beweis dafür, daß es eine Gesinnungsdiktatur hierzulande nicht gibt? Susanne Dagen sieht das anders: "Das sogleich einsetzende Aufbrausen war der Beleg zur These. Die Stigmatisierungsmaschinerie lief unter Aufbietung sämtlicher negativ konnotierter Begriffe auf Hochtouren."

Der Mainzer Historiker Andreas Rödder stimmt ihr zu: "Es heißt immer, in Deutschland könne man alles sagen. Das stimmt, allerdings nur in einem technischen Sinne. Eine offene Debatte erfordert mehr als das, nämlich Respekt für die Meinung des anderen, auch und gerade wenn sie mir nicht gefällt." Thilo Sarrazin sei ein gutes Beispiel. "Tatsächlich konnte er alles schreiben und es auch millionenfach verkaufen. In der meinungsbildenden Öffentlichkeit aber wurde er geächtet - 'nicht hilfreich', sagte die Kanzlerin."

Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, der gerade das Buch "Die große Geiztheit" veröffentlicht hat, nennt die Debatte zwischen den beiden Schriftstellern ein "Lehrbuchbeispiel für die Empörung zweiter Ordnung", die längst zum kommunikativen Normalfall öffentlicher Auseinandersetzung geworden sei. "Jemand sagt etwas, aber dann beginnt kein Gespräch, kein suchendes, um Nuancen bemühtes Verstehen.

Dann beginnt die Sofort-Etikettierung der anderen Position, die Empörung über die Empörung der jeweils anderen Seite. Seht her! Ihr wollt nur erziehen! Nur stigmatisieren! Nur moralisieren!" Eigentlich handle es sich nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die von Ressentiments gesteuerte Simulation einer Debatte.

Schon in den Siebzigerjahren hatte es in der Bundesrepublik einen von Ressentiments befeuerten Meinungskampf gegeben, auch damals stritten Linke mit Rechten, auch damals schien es um alles zu gehen: entweder das "Vierte Reich" oder der Kommunismus. Darunter machte man es nicht.

Einer der Veteranen dieses Meinungskampfs ist Klaus Staeck, damals Plakatkünstler, später Präsident der Akademie der Künste. Eine Ausstellung mit den Arbeiten Staecks in Bonn empörte die CDU/CSU Mitte der Siebzigerjahre so sehr, daß deren damaliger Fraktionsgeschäftsführer Philipp Jenninger die Bilder von der Wand riß. Die übliche Talkshow-Dramaturgie nütze der AfD, meint Staeck: "Wenn Gangster neben Gutmensch sitzt, erhält immer der Gangster die meiste Aufmerksamkeit."

Er rät deshalb: "Macht mal halblang." Ein leicht ins Reaktionäre spielendes Geraune habe es in der deutschen Literatur schon lange gegeben. In Wahrheit aber sei die Rechte intellektuell schwach und ein disparater Haufen mit geringer Relevanz. Der Nation fehle ein Gewissen, meint Staeck, Ratlosigkeit mache sich breit. Nicht die Äußerungen rechter Autoren seien die Gefahr, sondern die Indifferenz. Merkel habe suggeriert, die Bürger könnten die Politik einfach ihr überlassen, dann sei Ruhe.

In der Schweiz hat sich der Diskurs seit einigen Jahren merklich nach rechts verschoben. Was in Deutschland für Aufregung sorgt, ist dort längst publizistische Routine. Es sind die linken und liberalen Stimmen, die es schwer haben, noch gehört und gelesen zu werden. Eine dieser liberalen Stimmen ist der Zürcher Historiker Philipp Sarasin. Er betreibt mit anderen Intellektuellen das Blog "Geschichte der Gegenwart", reflektiert dort auch das Wesen populistischer

Argumentation.

Sarasin warnt heute vor vorschneller Empörung und allem, was zur Lagerbildung beitrage. Es sei nicht so, daß eine rechte Position heute den Weg für einen neuen Faschismus bereite. Die zentrale Gefahr sei, daß die Gesellschaft auseinanderbreche. Darum müsse man den Korridor der Meinungen so weit wie möglich offen halten. Statt also nach der einen, wahren Meinung zu suchen, solle man den Streit annehmen und mit allen reden, die das überhaupt noch wollen. Dazu aber sei es nötig, ein wenig kühler zu reagieren und sich die Empörungsgesten zu sparen. Denn was solle nach den stets erwartbaren Distanzierungen kommen?

Yascha Mounk hat diese Empörungsgesten gerade selbst erfahren. Er ist in Süddeutschland aufgewachsen, mittlerweile ist er Politikwissenschaftler in Harvard, gerade hat er das Buch "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus die Demokratie bedroht" veröffentlicht - und schon ist er YouTube-Star: als Gewährsmann der Rechten. Klingt ein bißchen paradox angesichts seines Buchtitels.

Doch in einem Interview mit Caren Miosga hatte Mounk in den "Tagesthemen" von dem "historisch einzigartigen Experiment" gesprochen, eine "monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln" - rechten Bloggern genügte das als Beweis für eine ihrer liebsten Verschwörungstheorien: In Deutschland werde heimlich die Bevölkerung ausgetauscht. Wie soll man noch diskutieren, wenn Argumente derart fehlinterpretiert werden?

"Eine effektive Antwort auf rechts müsse zugleich respektvoll und prinzipientreu sein", meint Mounk. Mit Herablassung sei politisch nichts zu gewinnen. Wer Rechte schulmeisterlich belehre, werde sie nicht überzeugen. "Statt dessen sollten wir ganz klar formulieren, warum wir für unsere Prinzipien einstehen - und warum ihre Vision der Politik gefährlich ist."

Nur einer schweigt: Uwe Tellkamp. Er wolle sich nicht weiter äußern, läßt er mitteilen.

Durs Grünbein hingegen wirkt mittlerweile ein bißchen erschöpft. Er berichtet, statt noch einmal auf die Diskussion einzugehen, von einem seiner "regelmäßigen Albträume": "Man bittet mich auf das Podium (Paulskirche, Bundestag etc.), ich soll eine Rede halten und stelle fest - ich habe sie nie geschrieben. In meiner Jackentasche finden sich nur Notizzettel, die ich in der Eile nicht einmal entziffern kann."

Man könnte das für eine Metapher halten. Die Schwierigkeiten der Kommunikation.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>**Von Mainz- und Muselmännchen**

_ von Peter Bartels

Der Multikulti-Stadl der GEZ-Sender: Wer abends in Deutschland ins Bett geht, wacht mit dem *Morgenmagazin* auf einem anderen Kontinent wieder auf: Nur noch Moderatoren aus Afrika, Nahost und Asien. Schwarze Haare, braune Haut. Blondinen mit blauen Augen, das war früher. Als wir noch nicht fremd im eigenen Land waren ...

Von A wie *Astro TV* bis ZDF wie *Muselmännchen*: Mal heißen die Gesichter, die heute Deutschland präsentieren, Mitri Sirin (türkischer Syrer), mal Yasmin Parvis (Papa Perser), Pinar Tanrikolu (Türkschland), Jessica Zahedi (Iran), Aline Abboud (Libanon), Özden Terli (Türkschland) oder Till Nassif (Papa Syrer). Das Erfreuliche: Alle genannten ModeratorInnen sprechen perfekt Deutsch. Der nette Nassif mit dem Eulenspiegel-Vornamen Till parliert sogar Bayerisch! Was kein Wunder ist: Alle, die seit gut zwei Jahren im TV Buntschland repräsentieren, wurden in Deutschland geboren, gingen hier zur Schule oder zur Uni und sind gut integriert, wie man so schön sagt.

Bunt ist Trumpf

Namen sind Schall und Rauch? Leider nicht. Hier sind sie Programm. Wenn nämlich das Fernsehen Deutschlands Schaufenster nach außen *und* innen ist, dann erkennen weder die, die von draußen mal reinschauen, noch jene, die schon länger hier leben, ihr Deutschland wieder.

Mehr noch: Dann scheint der blöde Klapperstorch trotz "Prime" oder "Lieferando" sich seit Jahren zu verfliegen. "Big Brother Gutmensch" hat über Nacht subkutan die Umvolkung vollstreckt. Und Merkels Schutzsuchende üben weiter im Park...

Nach der totalen Zerstörung der deutschen Identität durch die Nazis und der totalen Entnazifizierung durch die Amis krümmte sich die nationale Würde der Deutschen zur Beifall heischenden Würdelosigkeit. Schon seit den Fünfzigern wurde frenetisch bejubelt, wer schwarz war, wie Kenneth Spencer, Billy Mo oder Roberto Blanco. Und diese Sänger verstanden es, mit schöner Stimme, knödelnder Trompete oder doppelbödigen Sprüchen ("Ich bin der einzige wahre schwarze Deutsche") in Deutschland Karriere zu machen.

Sechs Millionen systematisch ermordete Juden, die Erbsünde der Deutschen, mußten ja irgendwie kompensiert, konnten en passant wenigsten musikalisch etwas weggeklastcht werden. Jeder "Mr. Pumpernickel", jeder "Häuptling der Indianer", jeder GI-Heidelberger war recht, wenn er nur schön radebrechend endlich wieder mit den Deutschen zum Städele hinauszog. Dieses über Generationen anezogene deutsche Betteln um Gunst und Gnade gipfelte 2015 in einer Willkommens-Willkür nie gekannter Unterwerfung. Gestern GröFaz Hitler, heute GröKaz Merkel. Mit dem Einreißen der Grenzen entschied die Alternativlose, Deutschland endgültig abzuschaffen.

Das aber war dann offenbar selbst dem deutschen Untertan zu viel. Michel maulte. Und dann trauten sich sogar mehr und mehr Lämmer zu blöken: 12,6 Prozent AfD bei der großen Wahl (und jetzt steht die kleine, aber womöglich entscheidende Wahl in Bayern vor der Tür...). Denn inzwischen wittert Michel: Es geht um alles - das Häuschen mit Garten, die Tochter, die Frau, Arbeit, Rente, in Gottesnamen auch um den armen Kerl am Kreuz. Aaaber: "Big Brother Gutmensch" wittert auch. Und da er vom Staatsfunk bis zu den Papier-Medien alles an der ZK-Leine hat, läßt er auf breiter Front gegen alles, was deutsch ist, wettern.

Der Große Austausch

Seitdem wird jeden Morgen ab 5:30 Uhr zurückgeschossen: Hatte das *ZDF-Morgenmagazin* vor 2015 noch mehr oder weniger neun Moderatoren mit deutschen Wurzeln, sind es heute mehr oder weniger neun Moderatoren mit Migrationshintergrund. Freilich, auch vor der Merkel-Wende hatte das ZDF schon einen typisch deutschen Schwarzen. Er hieß Chernobobatey, trug Rastazopf, berlinerte biodeutsch, spielte E-Gitarre und führte hierzulande den Turnschuh-Dresscode zum Anzug ein. Papa war Schiffskoch aus Gambia, Mama Deutsche aus Berlin. Heute ist Chernos Zopf längst ab; Herr Jobatey, mittlerweile 57, trägt schicke Slipper und ist Herausgeber einer linken Laberpost im Netz.

Aber auch seine biodeutschen Weggefährten von einst haben Karriere gemacht: Peter Frey, ein inzwischen ergrauter vom Typ Versicherungsvertreter, wurde ZDF-Chefredakteur. Die Präsidenten-Belügerin Bettina Schausten ("Meine Freunde müssen für die Übernachtung zahlen") leitet heute das ZDF-Hauptstadtstudio.

Maybrit Illner, Honeckers Novizin im Roten Kloster Leipzig, legt mit 53 inzwischen peinlich keck den Finger an die schmal gewordenen Lippen, wenn sie ihrem ZDF-Untersuchungsausschuß (Schimpfwort: "Talkshow") vorsitzt. Und Christian Sievers, der lange Süßi mit dem kurzen Näschen, dessen Äuglein auch mit Kontaktlinsen nicht größer wurden, bellt seit gut zwei Jahren um 19 Uhr die *Heute*-Nachrichten vom Lerchenberg. ...

Damals, als das *ZDF-Morgenmagazin* noch deutsch war, hatte es natürlich auch einen deutschen Wetterfrosch. Der änderte sogar seinen schönen Namen Ben Vogel in Ben Wettervogel. Vielleicht, weil er sowieso so aussah, vielleicht, weil er sich zur Karriere quaken wollte. Nachdem *Bild* irgendwann seinen Selbstmord gemeldet hatte, kam - genauuu - ein Migrations-Deutscher, der Türke Özden Terli.

Der Fernmelder hatte zum Glück rechtzeitig auf Föhn umgesattelt. Heute sagt Özden den Rest-Deutschen im Nachmittagsprogramm, wie kalt der Wind aus Osten sein wird. Nur Mut,

Junge, auch Deine alleroberste Chefin Hülya Özkan fing mal im Nachmittagsprogramm an. Mittlerweile ist die Ansagerin und Muslima glückliche Ehefrau von ZDF-Intendant Thomas Bellut.

Das *ZDF-Morgenmagazin* hat natürlich längst wieder einen neuen Ben gefunden: Benjamin Stöwe aus Eberswalde. Dem gelernten Synchronsprecher setzten clevere Werber gleich eine französische Bordeaux-Dogge aufs Fensterbrett. Diese Töle glotzt also in den Regen, wenn der angelernte Wettervogel ein Tief tremoliert oder sich im Stakkato zu einem Hoch jazzt. Immerhin: Deutsche Wurzeln!

Leider nur die Wassereimer-Stolper-Nummer: Bio-Deutsche sind offenbar nur noch als Gender-Gustl oder Dödel-Detlef in TV-Buntschland gut. Hauptsache, der Redaktionsleiter haut sich im Regie-Halbdunkel vor Lachen auf die Schenkel. ...

Wirklich politisch korrekt repräsentiert wird Buntschland fast nur noch von migrantischem Wurzelgewächs: Unterhaltung, Nachrichten, Wetter - bis hin zum lieben Gott auf *Astro TV*. Sogar auf diesem Sparten-Kanal rollt eine mollige Griechin namens Theodora Kontodimou (sehr schwarze Korkenzieherlocken, sehr kurze, rote Fingernägel) aus dezent wogendem Busen irgendwas von einer "Gottesmutter", die einer anonymen Endfünfzigerin für 50 Cent die Minute ("Handy kann teurer werden") noch im Mai einen neuen Mann finden wird, sogar einen mit Geld. Oder einen Beamten. ...

Angriff auf die "alten weißen Männer"

Noch Ende Februar 2012, drei Jahre vor der Merkel-Wende, klagte ein Kai-Hinrich Renner im *Hamburger Abendblatt*: In deutschen Redaktionen gebe es kaum Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln. Vorzeige-Journalisten wie Giovanni di Lorenzo (*Die Zeit*) und Georg Mascolo (damals *Spiegel*), Väter Italiener, seien nur "Ausnahmen".

Bis dahin hießen die *Tagesschau/Tagesthemen*-Sprecher, ordinär aber biodeutsch, tatsächlich fast nur Karl-Heinz Köpcke, Hanns Joachim Friedrichs, Dagmar Berghoff, Eva Herman. Heute heißen sie Ingo Zamperoni, Pinar Atalay, Linda Zervakis. Ingo hat italienische, Pinar türkische, Linda griechische Wurzeln. Zum perfekten Wunschland für "Big Brother Gutmensch" wird Buntschland, wenn Julia Niharika Sen (Papa Inder) von NDR 3 die Zuschauer zur *Tagesschau* mit Linda Zervakis weiterreicht. ...

Beim *ZDF-Mittagsmagazin* strahlt sich neuerdings Jana Pareigis zur Karriere. Sie wurde 1981 in Hamburg geboren, trägt meistens knallrot, knallgelb, knallgrün und hat flammend rote Nägel. Sie ist schwarz, eigentlich braun, aber das klingt ja politisch nicht sooo korrekt. Fräulein Pareigis ist nämlich "polyethnisch", schnappatmet *Wikipedia* wie im Rausch: Deutschland, Schweden, Simbabwe (Afrika) lieferten ihr Gene. Sehr viel Afrika, wie jeder sieht. Vorbildung? Peacekeeping-Department bei der UNO. Uuund: Assistentin beim Chefredakteur von N24, heute *Welt-TV*. Nicht schlecht, Fräulein Specht.

Übrigens: Tanit Koch, die Assistentin von *Bild*-Totengräber Kai Diekmann himmelte sich sogar zeitweise zu dessen Nachfolger als Chefredakteuse hoch. Also aufpassen, "alter weißer Mann" Peter Frey...

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei "Bild". 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von "Bild" - als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte.<<

[Auf der Webseite "https://kenfm.de ..."](https://kenfm.de ...) des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 16. Januar 2019 folgender Bericht über die Freiheit der Rede und der Meinung (x1.014/...):
>>Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 6

von Jochen Mitschka

... Freiheit der Rede und der Meinung

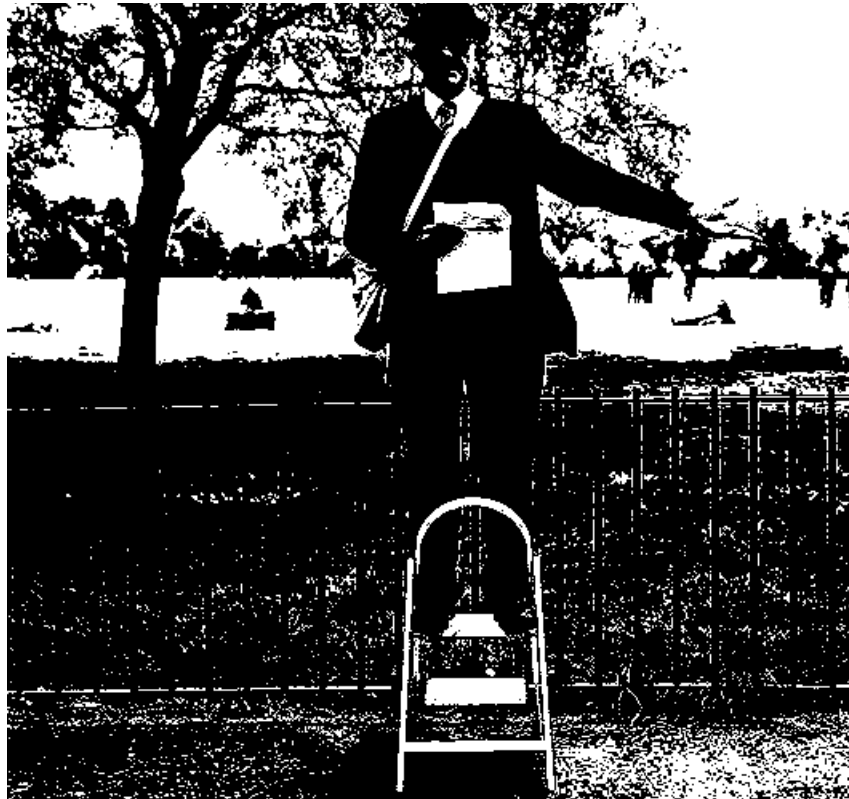
Meinungsfreiheit wird ausdrücklich und als hervorragend wichtig für eine Demokratie ge-

nannt. Meinungsfreiheit wäre gegeben, wenn jede Meinung, MINDESTENS entsprechend ihrer Vertretung in der Gesellschaft, auch in den Medien Verbreitung fände. Der Ansatz eines Öffentlich Rechtlichen Rundfunks war daher schon der richtige Beginn. Allerdings haben auch hier längst Verwässerungen, bis hin zur Pervertierung den Geist und Zweck in sein Gegenteil verkehrt. Die Widersprüche waren zuletzt so groß geworden, daß sogar das Bundesverfassungsgericht den Staatsvertrag über den ZDF für verfassungswidrig erklärte.

Daß die geforderte "Staatsferne" nur noch Makulatur ist, gesteht sogar die FAZ.

"Das zeigt sich nicht nur am Beispiel der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die dem Südwestrundfunk bei der Planung der Wahldebatten im Fernsehen die Grenzen aufzeigen. Es zeigt sich auch bei den benachbarten Sendern. Beim Hessischen Rundfunk wird am 5. Februar ein neuer Intendant gewählt. Es gibt nur einen Kandidaten, den Fernsehdirektor Manfred Krupp. Auf den hat sich die Findungskommission des Rundfunkrats schneller geeinigt, als man gucken konnte. Was damit zu tun hat, daß die CDU ihre Truppen so schnell ordnete, daß der Opposition Hören und Sehen verging."

Zusätzlich zu den Öffentlich Rechtlichen Medien gibt es jedoch inzwischen ja die privaten Medien. Und hier wurde die Meinungsfreiheit noch stärker pervertiert. Denn jeder Medienunternehmer kann seine eigene Meinung den Journalisten vorschreiben, das ist in der Tendenzbetriebsregelung ausdrücklich gesetzlich garantiert. Er ist nicht verpflichtet, eine gesellschaftlich ausgewogene Meinungsvielfalt anzubieten, sondern kann ganz alleine bestimmen, welche Meinung sein Medium vertritt.



Nicht einmal am Speakers-Corner in London darf man alles sagen. Es ist verboten, über die Königin und ihre Familie zu reden.

Gravierend wurde das durch die schriftliche Verpflichtung von Mitarbeitern im Springer Verlag bekannt, alles zu unterlassen, was die Interessen der USA oder Israels beeinträchtigen könnte.

Nun war die Ursprungsidee jene, daß sich eine ausgewogene Berichterstattung alleine daraus ergeben würde, daß es viele unterschiedliche Medienunternehmen gab. Dies ist jedoch durch die weltweite und die deutsche Medienkonzentration widerlegt worden.

Da Medien nichts anderes sind als Unternehmungen, nicht mehr an Personen geknüpft, wie früher Zeitungen einer Stadt an einen führenden Journalisten, können sie verkauft und gekauft werden wie es beliebt. Und wenn jemand eben den Wunsch hat, seine Meinung zu verbreiten, kann er sich im Extremfall alle Medien kaufen.

Ganz so drastisch ist es nicht gekommen, da Medien aber (mit einzelnen Ausnahmen, wie z.B. die Junge Welt oder die TAZ) einer kleinen Gruppe reicher Familien gehören, vertreten sie ganz natürlich die Interessen der Besitzenden - im Zweifel des Establishments.

Ein Artikel von Gerassimov beschreibt auch 2018 noch einmal, daß im Prinzip drei Familien in Deutschland die Meinungsbildung durch ihre Medien bestimmen.

Da ist zunächst der Springer-Verlag, eines der größten Verlagshäuser Europas. Die Bildgruppe erreicht täglich Millionen Bürger und hat den vermutlich größten politischen Einfluß.

Die Familie Mohn kontrolliert die Bertelsmann-Gruppe und die Bertelsmann-Stiftung. Dazu gehört über einen Umweg auch der "Spiegel" der einmal einen sehr guten Ruf von Unabhängigkeit und Dissens hatte. Was sich seit der Übernahme von 25 % durch eine Bertelsmann-Gesellschaft jedoch drastisch veränderte.

Spätestens als 2013 der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der "Bild-Zeitung" in die Chefredaktion des Spiegels berufen wurde, sollte jedem die Zeitenwende beim Spiegel deutlich geworden sein. Und zwei Jahre später ging Blome beim Spiegel wieder weg und kehrte in den Springer-Schoß, zu "Bild" zurück.

Bertelsmann übt aber nicht nur über Zeitschriften, Fernsehsender und Radiosendungen Meinungsbildung aus, sondern, ebenso wichtig, mit der Bertelsmann Stiftung. Zur Stiftung Bertelsmann gibt es eine ausführliche Kritik im Internet, die auf Hunderten von Seiten auflistet, wie die Lobbyarbeit der natürlich "gemeinnützigen" Stiftung sich auf das Leben der Menschen auswirkt. Im Bereich Weltpolitik (Weltmacht) beschreibt die Website, daß und wie die Stiftung direkte Drähte zur europäischen Spitzenpolitik nutzt.

Sie will darstellen, daß die Stiftung das Ziel verfolgt, die EU als wirtschaftliche Weltmacht auszubauen und auf allen Kontinenten den ungehemmten Marktzugang für europäische Konzerne zu erreichen. Wie die Autoren außerdem schreiben, möchte Bertelsmann, daß die EU zur politischen und militärischen Weltmacht aufsteigt, damit die wirtschaftlichen Interessen auch mit militärischen Mitteln abgesichert werden.

Private Medien sind also nicht viel mehr als Sprachrohre des Establishments geworden. Wenn man sich das Ranking der weltgrößten Medienkonzerne ansieht, erkennt man, daß die Welt der Medien fast ausschließlich von westlicher Sicht des Establishments beherrscht wird.

Interessanterweise belegt ein deutsches Unternehmen sogar Rang elf. Seine gesellschaftliche Zielrichtung dürfte stellvertretend für die meisten Unternehmungen sein. Für die bereits erwähnte, über Steuerermäßigungen finanzierte Bertelsmann-Stiftung, die wohl die gleiche Philosophie haben dürfte wie der Konzern, kann man im Buch "Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers" nachlesen:

"Die Stiftung betrachtet den Sozialstaat als überdehnt oder gar überholt und vor allem strebt sie eine über den Wettbewerb hergestellte Effizienz als Steuerungsinstrument in allen gesellschaftlichen Bereichen an."

Und immer geht es Bertelsmann deshalb auch um ein Zurückdrängen des Staates, eine Verringerung der Staatsquote und - als Mittel dazu - um die Senkung der Steuerlast. In meinem Buch "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg" widme ich der Stiftung ein Kapitel, weil es natürlich auch die Militarisierung der Gesellschaft unterstützt. In der Studie "European Defence Strategy" von 2004, erarbeitet von der Venusberg-Gruppe der Stiftung wird Klartext geredet:

"Was Europa dafür brauche, so die Studie, sei eine Streitmacht, die überall hinkommt, *überall kämpfen, essen, bleiben, erweitert werden und zurückkehren kann - alles unter einem autonomen*

men Kommando und Kontrollsystem unter der souveränen politischen Kontrolle der EU."

Dann ist da noch die Familie Burda, die in der Öffentlichkeit noch das geringste Profil hat. Dabei bietet die Gruppe ungefähr 540 Medienprodukte in 23 Ländern an. Was in der DDR unmöglich gewesen wäre, war im Westen der Republik eher Standard. Denn die Vergangenheit der Familie Burda wird einige Leser erstaunen:

"Bereits 1933 betonte Franz Burda Senior - der Begründer des Medienkonzerns, damals in der Form einer Druckerei - die nationalsozialistische Gesinnung seines Betriebs. Der Betrieb nahm eine aktive Rolle bei der *Arisierung* während der NS-Zeit ein - 1938 konnte er eines der größten *nicht-arischen* Druckereiunternehmen billig aufkaufen."

Allerdings gilt Hubert Burda als geläutert und ist ein Freund Israels und seiner Politik, ebenso wie die Familie Springer. Was bedeutet, daß zwei Drittel der entscheidenden deutschen Medienmacht sich bewußt zu einer zu Israel eher unkritischen Berichterstattung erklären.

Durch die privaten Medien, neben den Öffentlich Rechtlichen Medien, gibt es jetzt also zwei mediale Machtblöcke. Während die Öffentlich Rechtlichen Medien von den Parteien kontrolliert werden, wird der andere mediale Machtblock durch die viel Vermögen Besitzenden des Landes kontrolliert, jene, die es sich leisten können, selbst ein Medium zu finanzieren oder durch Finanzmacht darauf Einfluß zu nehmen.

Wie Meinung und Politik innerhalb von Jahrzehnten durch Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung geformt werden, hat die Satire-Sendung "Die Anstalt" am 7. November 2017 sehr eindringlich am Beispiel der Mont Pèlerin Gesellschaft deutlich gemacht. Diese Gesellschaft hat die deutsche soziale Marktwirtschaft im Laufe der Jahrzehnte ihrer Beeinflussung von Journalisten, Wirtschaftsführern und Politikern in ein Zentrum neoliberaler Netzwerke verändert.

Leider sind die Interessen von Politik und Wirtschaft sowie Banken in den letzten Jahrzehnten nicht nur wegen der Drehtürpolitik stark zusammen gewachsen, so daß man inzwischen davon ausgehen kann, daß bis auf Konflikte zwischen verschiedenen Fraktionen der gleiche Meinungstenor vorherrschen wird. Und es gibt einen großen gemeinsamen Nenner. Den kann man sehr gut beobachten im Gleichklang zwischen Politik, Öffentlich Rechtlichen Medien und Privaten Medien. Zum Beispiel in der Berichterstattung über Syrien, der Ukraine, Rußland oder über die Bankenkrise, genannt Finanzkrise der EU.

Unterdrückung der Meinungsfreiheit findet in Deutschland (noch) nicht durch Einsperren und Ermorden kritischer Journalisten statt. Man entzieht ihnen einfach die Lebensgrundlage.

Sie finden keine Arbeitgeber oder Auftraggeber mehr. Beispiele für solche "Ausgestoßenen" sind der Macher des preisgekrönten Films über die Folgen von Uranmunition (Deadly Dust, Frieder Wagner; Andreas von Bülow, ehemaliger Spitzenpolitiker und Autor; Christoph Hörstel, ehemaliger ARD-Korrespondent und Berater der Bundesregierung - bis zu dem Zeitpunkt, da er dissidente Meinungen über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zu vertreten begann; Ken Jebsen, der offen und unverklagt sagen kann, daß die Intendanz in seinem Fall gelogen hatte, um ihn loszuwerden, als er in die Kritik von transatlantischen Kreisen geriet.

Und selbst "kleine Fische" werden inzwischen mit Klagen überzogen, obwohl oder gerade weil sie nachweisen, daß sogenannte Qualitätsmedien Falschmeldungen verbreiten. Und sie werden dann auch noch in den sogenannten sozialen Medien mit Sperren bestraft.

Im Internet erkennt man eine immer größere Einschränkung der freien Meinungsäußerung besonders am sogenannten Upload-Filter, der vom EU-Parlament beschlossen wurde und der Beginn einer totalen Kontrolle der letzten Möglichkeit der freien Informationsbeschaffung sein wird.

Damit ist der Grundstein dafür gelegt, daß das Fenster zur Meinungsfreiheit, das Internet, geschlossen wird, und damit auch das Internet der neuen Aristokratie ergeben ist. Leider ist nicht nur der Bereich der "freien Wirtschaft" und des Staates von zunehmender Gesinnungsgleich-

macherei betroffen.

Das Beispiel von Daniele Ganser, der sich weigerte, stumpf der Mainstream-Meinung zu folgen und auch Dinge aussprach, die dem Establishment unangenehm waren, wurde von seiner schweizerischen Universität nicht länger beschäftigt. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, in seinen Forschungen die offiziellen Darstellungen des Attentates von 9/11 gleichberechtigt neben den alternativen Darstellungen zu behandeln.

"Basierend auf der Arbeit der durch Richard Gage geführten Architects & Engineers zur Wahrheitsfindung um die Vorfälle hinsichtlich 9/11, Ersthelfer- und Pilotenorganisationen, Bücher zu diesem Thema von David Ray Griffin und vielen anderen Autoren sowie zahlreichen Augenzeugenaussagen, hat das Rechtsanwaltskomitee zur Untersuchung der Vorfälle um 9/11 ausreichende und unumstößliche Tatsachen präsentiert, die dem US-Staatsanwalt für den südlichen Distrikt von New York übermittelt wurden, um diesen zur Befolgung von bestehenden Gesetzen unter Bezugnahme auf Bundesgesetze zu bewegen."

Wären die alternativen Darstellungen Verschwörungstheorien, hätte kein US-Staatsanwalt ein solches Verfahren eingeleitet. Und auch heute ist noch nicht sicher, ob und wie es sich denn entwickeln wird. Zumindest aber zeigt es, daß die Forschung Gansers durchaus berechtigt war.

Noch deutlicher ist die Entlassung von Tim Anderson, nach über 20-jähriger Dozententätigkeit an der Universität Sydney.

"Tim Anderson, der australische Autor von "Der Schmutzige Krieg gegen Syrien", schrieb eines der ersten kritischen Bücher über den Krieg gegen Syrien. Inzwischen ist das Buch in 10 Sprachen übersetzt, gehört zu den Klassikern der Aufklärung dieses Stellvertreterkrieges der NATO-Länder und Golfdiktaturen gegen Syrien. Nach über 20-jähriger Dozententätigkeit für die Universität von Sydney wurde Anderson nun suspendiert und erhielt Hausverbot."

In weiter führenden Berichten wird deutlich, daß es der Einfluß israelischer Lobbyisten war, der für seine Suspendierung gesorgt hatte, während es bei Ganser eher allgemeine Bedenken des Establishments waren.

"Daniele Ganser hat seinen letzten öffentlichen Lehrauftrag verloren. Die Uni St. Gallen hat sich laut Medienberichten von dem Schweizer Historiker getrennt. Ganser forscht zu westlichen Kriegen, zu 9/11 und zu den Stay-Behind-Organisationen der NATO."<<

Der deutsche Unternehmer Sven von Storch berichtete am 31. Mai 2019 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>**Mainstream-Medien und NGOs puschen die Grünen**

Liebe Leser!

Die Grünen werden gezielt aufgebaut, um EU-Zentralismus, Klima-Hysterie, Gender-Politik und Multikulturalismus durchzusetzen.

Die großen Mainstream-Medien und NGOs versuchen mit aller Kraft, ihre kulturmarxistische Agenda durchzusetzen. In Deutschland werden besonders die Grünen gepuscht, um Diesel-Fahrverbote, CO2-Steuer, Gender-Politik, Quotenregelungen, Abtreibung, Auflösung der Familien, EU-Zentralismus, Massenmigration und Multikulturalismus durchzusetzen. Die Klima-Hysterie um Greta Thunberg und die YouTube-Attacken haben gezeigt, wie raffiniert PR-strategisch die Pseudo-Öko-Globalisten und EU-Lobbyisten vorgehen.

Doch unsere erfolgreiche Aufklärungsarbeit über die alternativen Medien und sozialen Netzwerke zeigt, daß es auch in die andere Richtung geht. Und das ist jetzt nötiger denn je, bevor die Grünen das Ruder übernehmen und mit der rückgratlosen Union eine Koalition schaffen, die Deutschland ins Abseits führt.

Matteo Salvini in Italien, Viktor Orbán in Ungarn und Nigel Farage in Großbritannien zeigen, wie man auch gegen die Massen- und Mainstream-Medien, gegen globalistische NGOs und EU-Lobbyisten erfolgreich Politik machen kann, um den Wahnsinn zu stoppen.

In Ungarn konnten die patriotischen und EU-kritischen Kräfte den deutlichsten Wahlerfolg

erkämpfen. Trotz des internationalen Medienkrieges konnte die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen grandiosen Sieg erringen. Mit mehr als 56 Prozent der Stimmen hat sie ein Ergebnis eingefahren, von dem die CDU/CSU in Deutschland nur träumen kann: Die Ungarn stärken ihrem Viktor Orbán den Rücken.

Grandios ist auch das Ergebnis, daß der EU-Kritiker und Vater des Brexit, Nigel Farage, einfahren konnte. Seine gerade erst frisch gegründete Brexit-Partei hat über 31 Prozent der Stimmen geholt. Die Konservativen von Theresa May sind auf rund 8 Prozent abgerutscht. Damit haben die Briten nochmals deutlich unterstrichen, daß sie für den Brexit sind: Brexit-Partei: Nigel Farage ist strahlender Sieger.

In Italien konnte Matteo Salvini mit seiner Lega punkten. Die Partei kam auf Platz 1 in seinem Land. Im neuen EU-Parlament wären die Lega und die Brexit-Partei die stärksten Parteien. Das ist ein deutliches Signal für Brüssel: Lega und Brexit-Partei stärkste Parteien im neuen Parlament. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2018 berichtete im August 2019:
>>**Schwarzer Kanal, bunte Manipulation: Propagandamuster in DDR und BRD**

Wie zu DDR-Zeiten wird auch heute die Öffentlichkeit von der Regierung kontrolliert und gelenkt. Die GEZ-Medien sind keineswegs objektiver als die privaten.

– von Enrico Komning

Wer regiert uns, wer lenkt uns, wer manipuliert uns, und wie funktioniert das Ganze? Warum sind Medien so mächtig und warum so anfällig für absichtliche oder fahrlässige Fehl- und Falschmeldungen? Im Folgenden werde ich nicht auf die sozialen Medien mit all ihrer Inhaltsfülle und ihren Problemen bei DSGVO sowie NetzDG eingehen, denn das würde den Rahmen sprengen, sondern mich an den herkömmlichen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen orientieren.

Schon vor 2015, danach aber um so intensiver, wird Kritik an Medien lauter und offener vortragen. Schlagworte wie Lügenpresse, Lückenpresse oder Fake News sind in aller Munde. Mal laut anklagend, mal flapsig behauptend, mal tiefgründig nachweisend. Die Menschen nehmen zunehmend wahr, daß sich die Berichterstattung häufig nicht mehr mit ihren eigenen Wahrnehmungen deckt. Sie erkennen, daß Rundfunk, Fernsehen und Presse etwas ganz anderes berichten als das, was sie selbst erlebt haben.

Journaille und Volk

Das erinnert, zumindest im Osten, sehr an schlimmste DDR-Zeiten, in denen man nach offiziellen Verlautbarungen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben immer überplanmäßig erfüllt hat, die Regale aber leer waren und der Mangel an allen Ecken sichtbar war. So wird die Tagesschau schon mal mit der Aktuellen Kamera verglichen oder die ARD-Sendung Panorama von Anja Reschke mit dem Schwarzen Kanal von Karl-Eduard von Schnitzler.

Den Medienmachern und deren politischen Hintermännern ist dieser Erkenntnisgewinn der Bürger ein Dorn im Auge. Deshalb werden die oben genannten Ausdrücke als "rechte Kampfbegriffe" verschrien und deren Benutzer in die Nähe von Diktatur-Sympathisanten gerückt. So schrieb Sascha Lobo auf Spiegel Online am 13. November 2016 unter der Überschrift "Lügenpresse ist keine Medienkritik": "Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft."

Mit keinem Wort setzt sich der Autor mit den eigentlichen Kritikpunkten, die gegen die Medien vorgebracht werden, auseinander, sondern würgt die Kritik ab und spielt sie herunter - obwohl er ein gegenläufiges Zitat von Frank-Walter Steinmeier anführt: "Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der

Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."

Der Bundespräsident beschreibt das Problem aber nicht ausreichend. Die Kritik vieler Bürger geht weiter: Laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Februar 2016 waren drei Viertel der Deutschen der Meinung, daß die Medien kein korrektes Bild vom Bildungsniveau und Familienstatus der Flüchtlinge des Jahres 2015 zeichnen.

In völligem Gegensatz dazu steht die Selbstwahrnehmung der Presseleute und ihre völlige Selbstüberschätzung. So verglich der Spiegel Journalisten in einem Artikel aus diesem Frühjahr mit den demokratisch gewählten Abgeordneten der Parlamente: "Wenn man so will, sind auch die Medien in Deutschland repräsentativ.

Journalisten haben es zu ihrem Beruf gemacht, die Nachrichten zu gewichten und zu entscheiden, was wichtig und was nicht so wichtig ist." Der Chefredakteur der Berliner Zeitung meinte gar: "Die Medien sind ja die vierte Gewalt." Die Chefredaktion der Zeit hob völlig ab: "Wir Journalisten haben eine Muezzin-Position." Journalisten als religiöse Prediger, die den dummen Schafen die Welt erklären müssen. ...

Auch die Öffentlich-Rechtlichen verbreiten Unwahrheiten und Falschmeldungen. Ihre Unabhängigkeit ist ohnedies gefährdet, denn Politiker sind in ihren Rundfunkräten vertreten, und eine Einflußnahme ist zumindest nicht ausgeschlossen. Auch die Programmdirektoren haben meistens ein Parteibuch. Damit sind nicht wegzudenkende Partei- und Politiknähe vorhanden und entsprechende Abhängigkeiten gegeben, weshalb von Neutralität nicht mehr die Rede sein kann.

Gerade durch Festlegungen im Ende letzten Jahres auch durch Deutschland unterzeichneten UN-Migrationspakt ist offensichtlich, daß Medien genutzt werden sollen, um auf Denken und Ansichten der Menschen einzuwirken. So wird im Ziel 17 des Migrationspaktes als Maßnahme c.) gefordert, "die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung derjenigen Medien einzustellen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung von Migranten unterstützen" - also Geldhahn zu bei kritischer Berichterstattung!

Bilder, die lügen

Gerade bei den Öffentlich-Rechtlichen geht es um Meinungsmache. Und da ist jedes Mittel recht. Nicht nur Verzerrungen, Weglassungen oder Hinzudichtungen, sondern immer wieder auch plumpe Unwahrheiten werden eingesetzt - und bei Enttarnung als sogenannte Fehler heruntergespielt. ...

Framing - Handbuch der Manipulation

Die Meinungsmacher haben erkannt, daß Worte und Sprache in den Medien wesentliche Manipulationselemente sind. Für 120.000 Euro (aus GEZ-Zwangsabgaben bezahlt) ließ die ARD ein Strategiepapier entwickeln, das nach der Kritikwelle gegen die Öffentlich-Rechtlichen dazu dienen sollte, in der Debatte wieder Oberwasser zu gewinnen. So heißt es in diesem sogenannten Framing-Manual: "Auch und gerade in Zeiten, in denen Gegner der ARD deren Relevanz in Frage stellen", gehe es darum, die Aufgaben und Ziele der ARD "gegen die orchestrierten Angriffe von Gegnern" zu verteidigen. Darauf fragte *Bild.de*: "Sieht sich die ARD in einem Krieg gegen ihre kritischen Zuschauer?"

Framing ist ein Forschungsfeld aus der Linguistik, bei dem es im Kern um die Frage geht, wie bestimmte Sprachmuster, vor allem Metaphern, einen Deutungsrahmen setzen - also letztlich das Denken und auch das Handeln steuern. Es bedeutet, daß Themen in einen Kontext eingebettet werden, der bei den Empfängern bestimmte Assoziationen hervorruft. Ein Beispiel: Es ist ein Unterschied, ob man eine Infrastrukturabgabe als Pkw-Maut oder als Ausländer-Maut bezeichnet.

Das Gutachten enthält Sprachregelungen für Mitarbeiter und ruft dazu auf, Begriffe zu ver-

wenden, mit denen die ARD positiv dargestellt wird. Über den Rundfunkbeitrag heißt es in dem Papier, dies sei keine "Zwangsabgabe" oder "Zwangsgebühr" (so nennen Kritiker der ARD das, was früher GEZ-Gebühr genannt wurde), sondern "unsere finanzielle Beteiligung". Die Arbeit der ARD sei "von moralischen Prinzipien getragen", überzeugt von der eigenen "moralischen Notwendigkeit für das gesellschaftliche Miteinander".

Kritik am Papier kam - man höre und staune - selbst vom WDR-Rundfunkrat: Das Papier sei "keine vernünftige Grundlage für eine Diskussion", sagte die Europa-Parlamentarierin Petra Kammerevert (SPD) bei der Gremiensitzung. Es enthalte nicht mehr zeitgemäße "linke Kampfbegriffe". ...

*_ Der Text basiert auf einem Vortrag bei der AfD Vorpommern-Greifswald am 20. Juni 2019. Enrico Komning (*1968) ist Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises.<<*

Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel berichtete im Jahre 2019 in ihrem Buch "WIDERWORTE. Gedanken über Deutschland" (x362/21-22): >>... **Republik aus den Fugen**

Die Bundesrepublik Deutschland ist gründlich aus den Fugen geraten. Regeln und Gewißheiten, die jahrzehntelang verlässlich und unhinterfragt das Funktionieren des Gemeinwesens sicherstellten, sollen auf einmal nicht mehr gelten, werden über Nacht einseitig außer Kraft gesetzt oder willkürlich nur noch nach Stimmungslage angewandt. Kontrollmechanismen, die für die Balance der republikanischen Institutionen und die demokratische Gewaltenteilung unabdingbar sind, scheinen lahmgelegt.

Eine Kanzlerin trifft als Vollstreckerin eines gefühlten Zeitgeistes einsame Entscheidungen von schicksalhafter Tragweite, ohne das Staatsvolk oder seine gewählten Vertreter auch nur zu konsultieren, geschweige denn ihnen das letzte Wort zu geben. Im Medien-Mainstream, angeführt von den regierungsnahen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern, dominierte der Applaus, kritische Nachfragen blieben die Ausnahme.

Gerade in der Migrationskrise sind die deutschen Leitmedien, die sich sonst so gerne selbstgefällig als "vierte Gewalt" sehen, dieser Rolle nicht gerecht geworden: Ihre Aufgabe wäre es gerade, jene Öffentlichkeit herzustellen, in der die politische Willensbildung der Bürger im Widerstreit der unterschiedlichsten Positionen und Argumente stattfinden und korrigierend auf Volksvertreter und Exekutive einwirken kann.

Die Kommunikation zwischen Bürgern und Politik ist vielmehr zutiefst gestört, bis zur Sprachlosigkeit und offenen Anfeindung. In grundlegenden Fragen breiten sich regelrechte politisch-mediale "Meinungskartelle" mit Absolutheitsanspruch aus: Der Euro und die immer engere politische Integration der EU seien nicht hinterfragbare Errungenschaften, die allein den Frieden sicherten; Einwanderung sei als Wert an sich zu begrüßen und die Aufnahme von unterschiedslos als "Flüchtlinge" etikettierten Migranten eine humanitäre Pflicht; der Klimawandel sei menschengemacht und die Aufgabe fossiler Energieträger und der Stromgewinnung aus Nukleartechnik daher eine zwingende Notwendigkeit. ...<<

Schlußbemerkungen

Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Der US-amerikanische Journalist und Zeitungspublizist John Swinton (1829-1901) berichtete bereits im Jahre 1883 während einer Rede in New York vor anderen Journalisten über die angebliche Unabhängigkeit der US-Presse (x317/248-249): >>... So etwas gibt es bis zum heutigen Tage nicht in der Weltgeschichte, auch nicht in Amerika: eine unabhängige Presse.

Sie wissen das, und ich weiß das. Es gibt hier nicht einen unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben. Und wenn er es täte, wüßte er vorher bereits, daß sie niemals im Druck erschiene. Ich werde wöchentlich dafür bezahlt, daß ich meine ehrliche Meinung aus dem Blatt, mit dem ich verbunden bin, heraushalte.

Andere von Ihnen erhalten ähnliche Bezahlung für ähnliche Dinge, und wenn Sie so verrückt wären, ihre ehrliche Meinung zu schreiben, würden Sie umgehend auf der Straße landen, um sich einen neuen Job zu suchen. Wenn ich mir erlaubte, meine ehrliche Meinung in einer der Papierausgaben erscheinen zu lassen, dann würde ich binnen 24 Stunden meine Beschäftigung verlieren.

Das Geschäft der Journalisten ist, die Wahrheit zu zerstören, schlankweg zu lügen, die Wahrheit zu pervertieren, sie zu morden, zu Füßen des Mammons zu legen und sein Land und die menschliche Rasse zu verkaufen zum Zweck des täglichen Broterwerbs. Sie wissen das, und ich weiß das, also was soll das verrückte Lobreden auf die freie Presse?

Wir sind Werkzeuge und Vasallen von reichen Männern hinter der Szene. Wir sind Marionetten. Sie ziehen die Strippen und wir tanzen an den Strippen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben stehen allesamt im Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte. ...<<

Die von der neumarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflussten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen.

Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.

Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradikalen blieben meistens völlig unbehelligt und wurden nicht selten sogar durch staatliche Organisationen gefördert und finanziell unterstützt, während man die sogenannte "rechtsradikalen" Abweichler konsequent gesellschaftlich ausgrenzte, um ihnen die physische und psychische Lebensbasis zu entziehen. Im "Kampf gegen Rechts" geht es den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen und Medien) und staatlichen Institutionen angeblich in erster Linie darum, das hohe Gut der Toleranz zu verteidigen. Obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität in Deutschland vielerorts vollkommen anders aus.

Wer als Konservativer Kritik äußert oder friedlich gegen Mißstände demonstriert, muß jederzeit damit rechnen, von linksextremen Antifa-Aktivisten diffamiert, öffentlich angepöbelt oder sogar tätlich angegriffen zu werden. Sämtliche Kritiker, die z.B. nur auf die Ein-

haltung von demokratischen Regeln und Gesetzen hinweisen, werden von den Linksradi- kalen und den gleichgeschalteten Medien gewöhnlich sofort pauschal als Rechtsradikale, Rechts- populisten, Nazis oder Rassisten mit der Kollektivschuldkeule zum Schweigen gebracht.

Jeder Widerspruch wird von den neomarxistischen Wächtern reflexhaft und unbarmherzig als Naziunwesen diskreditiert und mit sozialer Ausgrenzung sowie mit der Existenzvernichtung (Arbeitsplatzverlust, gesellschaftliche Ächtung etc.) geahndet, um kritische Ausein- dersetzung über strittige politische Themen zu vermeiden. Infolge dieser systematischen Ver- folgungen wagen es immer weniger Menschen, die totalitäre Ideologie der selbsternannten Gutmenschen zu kritisieren und passen sich umgehend ängstlich an.

Mit Hilfe der allmächtigen Staats- und Konzernmedien, der Schulen, Kirchen und Gewerk- schaften gelang es schließlich bis zum heutigen Tag, die düsteren Zukunftsperspektiven der Deutschen auszublenden und die perfide Destabilisierungspolitik der eigenen fremdbestimm- ten Politiker zu verharmlosen oder zu rechtfertigen.

Infolge der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche (Schuld- und Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, Nationalmasochismus und Schuldbewußtsein) schafften es die von der kommunistischen "Frankfurter Schule" ausgebildeten oder beeinflussten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten, jede sachliche Kritik und jeglichen Widerstand als Faschismus oder Rassismus vom Tisch zu fegen oder niederzubügeln, so daß kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen fast nicht in der Öffentlichkeit stattfanden.

Den meisten Deutschen ist offensichtlich jeglicher Realitätssinn und der gesunde Menschen- verstand abhanden gekommen. Fast das gesamte Land ähnelt heute einem Irrenhaus, in dem die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländi- sche Diplomaten und Journalisten zweifeln an der Zurechnungsfähigkeit des deutschen Vol- kes oder kritisieren die alles beherrschende Meinungs- diktatur der selbsternannten "Gutmen- schen".

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechts- subjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähig- keit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbe- stimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souve- ränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Sou- veränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Sou- veränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vor- mundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und

Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 32 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x009/79) = SBZ von A bis Z, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): <u>SBZ von A bis Z</u> . 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten – verkauft – verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x362	Weidel, Alice: <u>WIDERWORTE</u> . Gedanken über Deutschland. 3. Auflage. Kulmbach 2019.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/ – November 2019
x953	https://kritisches-netzwerk.de/forum/luegen-die-medien-propaganda-rudeljournalismus-und-der-kampf-um-die-oeffentliche-meinung – November 2019
x964	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/09/29/die-deutsche-obrigkeitshoerigkeit-und-ihr-ursprung/ – November 2019
x994	https://frankfurter-erklaerung.de/2017/04/1400-jahre-islamische-expansion-islamischer-imperialismus-und-islamischer-sklavenhandel/ – September 2020
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021